

Preußische Allgemeine



Nr. 36 · 10. September 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Die Erschütterung der Welt

Vor 20 Jahren läuteten die Terroranschläge vom 11. September ein neues Zeitalter ein. Die dabei erzeugten Druckwellen bewegen die internationale Politik bis heute **Seiten 2 und 3**



Wirtschaft Ist die Inflation wirklich nur ein temporäres Problem? **Seite 7**



Geschichte Das polnische Pendant zu den Benesch-Dekreten **Seite 10**

AUFGEFALLEN

Spahn definiert Endpunkt

In der ARD-Sendung „hart aber fair“ sagte Jens Spahn: „Wenn wir jetzt sozusagen geschützte Menschen auch genauso testen wie ungeschützte, dann hört diese Pandemie nie auf.“ Die Stellungnahme markiert einen Lichtblick in der langen Reihe von Versäumnissen, welche sich auch der Bundesgesundheitsminister hat zu Schulden kommen lassen. Denn der CDU-Politiker definiert damit einen Punkt, an dem wenigstens eine der Pandemie-Maßnahmen auszulaufen hat – das massenhafte Testen.

Genau dies wollen die Betonköpfe der „No Covid“-Fraktion verhindern. Um die Restriktionen zu verewigen, legen sie die Bedingungen für ein Ende so aus, dass sie nie zu erreichen sind. Die Testungen von „Geschützten“, also vor allem von Geimpften, sollen die umstrittenen Inzidenzzahlen möglichst hoch halten. Dabei ist klar, dass eine Infektion bei einem Geimpften nur in sehr seltenen Fällen zu einer ersten Erkrankung führt. Wer also auch sie testen will, dem geht es nicht um Gesundheitsschutz, sondern um einen Vorwand für die Aufrechterhaltung der Pandemie-Maßnahmen – zu welchem Zweck auch immer.

Wohin das führt, zeigen Australien und Neuseeland, wo sich die „No-Covid“-Fraktion bislang durchgesetzt hat. Die Länder sind zur Geisel ihrer eigenen Panik geworden. Steuern die Inselstaaten nicht um, werden sie tatsächlich nie mehr aus der „Pandemie“ herausfinden. Denn Wissenschaftler gehen davon aus, dass SARS-CoV2 bleiben, wenngleich bald kaum noch gefährlich sein wird. **H.H.**

JOURNALISMUS

Leitmedien im Wahlkampf für das linke Lager

In geradezu aufreizender Einseitigkeit springen tonangebende Meinungsmacher den Parteien links der Mitte zur Seite

VON HANS HECKEL

Dankbarkeit ist keine Kategorie im Ringen um die politische Macht. Wenn die CDU dies noch nicht gewusst haben sollte, erfährt sie es gerade im laufenden Wahlkampf auf schmerzhafteste, wenn nicht gar vernichtende Weise.

Wenn man jedenfalls im Adenauerhaus geglaubt hatte, in den grünlinks dominierten Medien Sympathie dafür zu ernten, dass man jahrelang grünlinke bis radikal linke Positionen übernommen und große Teile des bürgerlichen Wählerspektrums gen AfD verjagt und nachher noch beschimpft hat, so wurde man bitter enttäuscht. Dieser Tage ziehen die in 16 Merkel-Jahren von der Union umschmeichelten Meinungsmacher aller Anbiederei zum Trotz in eine erbarmungslose Schlacht gegen die bürgerlichen Parteien.

FDP darf nicht Rang 1 besetzen

Die Einseitigkeit der medialen Wahlkampfbegleitung kommt bisweilen in geradezu aufreizender Offenheit daher – wie jüngst im WDR-Wissenschaftsmagazin „Quarks“. Bei einer Rangfolge der ambitioniertesten „Klimapolitik“ war die FDP überraschend auf Platz 1 gelandet. Da dies den Redakteuren des Staatssenders aber nicht gefiel, stuften sie die Liberalen kurzerhand – gewissermaßen „händisch“ – auf den vorletzten Platz zurück.

Begründung: Man zweifle daran, dass die Partei ihre Ziele auch in die Tat umsetzen werde. Mit diesem Einwand kann man nach Belieben jedes Wahlprogramm zerlegen: Wer weiß schon mit Sicherheit, was von den Versprechen nach einer Regierungsübernahme übrig bleibt? Diese Unsicherheit aber betrifft nicht bloß die Zusagen der Liberalen, sondern die Versprechen sämtlicher Parteien.

Wo Will kontert – und wo nicht

So aber konnten die WDR-Redakteure ihre gewünschte Sympathie-Reihenfolge wiederherstellen: Ganz oben die Grünen, ganz unten die AfD und gleich darüber auf dem zweit schlechtesten Platz die FDP.

Unionskandidat Laschet kann tun oder lassen, was er will. Er wird entweder verspottet oder kritisiert. Konkurrent Scholz kommt deutlich besser weg. Anne Will etwa kontert so gut wie jede Äußerung eines Politikers von Union, AfD oder FDP mit einer abweisenden Nachbemerkung, wohingegen sie Äußerungen von Repräsentanten des linken Spektrums fast immer unkommentiert stehen lässt.

Der RBB verschiebt eine Dokumentation über die skandalöse Entlassung des langjährigen Leiters der Berliner Stasi-Gedenkstätte Hubertus Knabe vom 1. September auf einen Termin nach der Wahl. Drahtzieher des Skandals war Kultursenator Klaus Lederer, der zur Berliner Landtagswahl, die ebenfalls am

26. September stattfindet, als Spitzenkandidat der Linkspartei antritt. Hat natürlich nichts miteinander zu tun, wie der Staatssender beteuert.

Aber die staatlichen Medien „kämpfen“ nicht allein. Im Nachrichtenkanal „Welt“ kommentiert der Moderator einen Auftritt von SPD-Kandidat Scholz bei protestierenden Mitarbeitern des Amazon-Konzerns mit reinster SPD-Parteitagsrhetorik: „Wenn einer für soziale Gerechtigkeit ist, dann sind es die Genossinnen und Genossen.“ Amazon betreibt übrigens seit Jahren Steuervermeidung in Milliardenhöhe. Auch ein Finanzminister Scholz hat das nicht gestoppt.

92 Prozent der Volontäre bei der ARD, so ergab unlängst eine Umfrage (die PAZ berichtete), zählen sich selbst zum rotgrün-dunkelroten Lager. Die Nachwuchsjournalisten wurden von älteren Kollegen ausgesucht, die mit ziemlicher Sicherheit nicht wesentlich anders ticken. Diese weltanschauliche Schieflage dringt im Bundestagswahlkampf 2021 mit voller Wucht an die Oberfläche.

Die Spaltung vertieft sich

Ein Nebenprodukt dieser medialen Linkslastigkeit ist der Trend, dass sich immer mehr Deutsche von den sogenannten Leitmedien abwenden. Auch auf diese Weise kann sich jene „Spaltung der Gesellschaft“ manifestieren, die doch angeblich so bitterlich beklagt wird.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie es die Grünen und die Naturschutzverbände mit dem Tesla-Werk halten **Seite 4**

Kultur

Vor 700 Jahren starb Dante, der als letzter Römer zum ersten Italiener wurde **Seite 9**

Lebensstil

Die Residenz des „Wilden Markgrafen“ Carl Wilhelm Friedrich in Ansbach **Seite 21**

Beilage

Dieser Ausgabe liegt der „Personalschop“ der Firma PMS bei



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303404 36
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

20 Jahre „Nine/Eleven“ Wie der Terror im Namen Allahs zum alltäglichen Begleiter unseres Lebens wurde

Die weltweite Blutspur des Schreckens

Anschläge radikal-islamischer Attentäter seit dem 11. September 2001

Seit den Anschlägen des Spätsommers 2001 ist die Zahl der weltweit von Islamisten ausgeführten Attentate kaum noch zu überblicken. Die folgende – nicht ansatzweise vollständige – Auflistung erinnert an einige jener Ereignisse, die für ein paar Tage im Fokus der Öffentlichkeit standen, bis sie schon bald von anderen schrecklichen Dramen verdrängt wurden.

11. September 2001

In New York und Washington lenken Selbstmordattentäter drei entführte Verkehrsflugzeuge in das World Trade Center und in das Pentagon. In einer vierten Maschine kommt es zum Aufstand der Passagiere, sodass sie bei Pittsburgh abstürzt. 2977 Opfer sterben, mehr als 6000 weitere Menschen werden verletzt.

11. April 2002

Im tunesischen Djerba fährt ein mit 5000 Litern Flüssiggas befüllter Tanklastwagen in die Al-Ghriba-Synagoge. 19 Touristen sterben, darunter 14 aus Deutschland. Rund 30 weitere Personen werden verletzt, zum Teil schwer.

16. Mai 2003

Zwölf Selbstmordattentäter stürmen in Casablanca jüdische und von westlicher Lebensart geprägte Einrichtungen. Dabei töten sie 33 Menschen und sich selbst. Über hundert weitere Personen, fast alle Muslime, werden verletzt.

11. März 2004

In Madrid detonieren zehn Sprengsätze in Vorortzügen der spanischen Hauptstadt. 191 Menschen werden getötet, 2051 weitere verletzt, 82 davon schwer.

7. Juli 2005

Vier „Rucksackbomber“ steigen im morgendlichen Berufsverkehr an der Londoner Station „King's Cross“ in drei U-Bahnzüge sowie in einen Doppeldeckerbus. Kurze Zeit später detonieren vier Sprengsätze in allen Verkehrsmitteln. 56 Menschen sterben, über 700 werden verletzt.

11. Juli 2006

In der indischen Metropole Mumbai detonieren bei vier Al-Quaida zugerechneten Bombenanschlägen gegen die Volksgruppe der Jesiden 796 Menschen getötet und 1562 weitere Personen verletzt.

14. August 2007

Im nordirakischen Distrikt Sindschar werden bei vier Al-Quaida zugerechneten Bombenanschlägen gegen die Volksgruppe der Jesiden 796 Menschen getötet und 1562 weitere Personen verletzt.

26. November 2008

In Mumbai stürmen zehn in Teams aufgeteilte Attentäter mit Schnellfeuerwaffen und Sprengsätzen zwei Luxushotels, diverse Cafés und jüdische Einrichtungen. Anschließend liefern sie sich mehrtägige Gefechte mit der Polizei. 166 Menschen werden getötet, 304 weitere verletzt.

5. November 2009

Der US-amerikanische Militärpsychiater Nidal Malik Hasan erschießt in der texanischen Militärbasis Fort Hood 13 Menschen und verletzt 31 weitere Personen. Hasan wurde in Virginia als Sohn palästinensischer Einwanderer geboren, seine Tat steht für das Phänomen des „homegrown terrorism“ („zu Hause herangewachsener Terrorismus“) von im Westen aufgewachsenen Migrantenkindern, die gegen das Asylland ihrer Eltern zu Felde ziehen.



Als der islamistische Terror nach Deutschland kommt: Am 19. Dezember 2016 fährt der tunesische Asylbewerber Anis Amri mit einem LKW in die Menschenmenge auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz
Foto: pa

11. Juli 2010

In der ugandischen Hauptstadt Kampala werden bei zwei von der somalischen Terrormiliz al-Shabaab verübten Selbstmordattentaten gegen Fußball-Fans, die das Finale der WM in Südafrika schauen, 76 Menschen getötet und 85 weitere verletzt.

1. Januar 2011

In Alexandria detoniert kurz nach Mitternacht ein Sprengsatz vor der koptischen al-Qiddissine-Kirche. 22 Menschen sterben, 97 weitere werden verletzt. Die Hintergründe sind nicht restlos aufgeklärt, die Täter werden im Umfeld der palästinensisch-salafistischen Organisation Dschaisch al-Islam vermutet.

3. Oktober 2012

Bei einem Anschlag auf die Handelskammer und Verwaltungsgebäude im syrischen Aleppo töten vier Selbstmordattentäter der dschihadistisch-salafistischen al-Nusra-Front mit Autobomben 45 Personen und verletzen 90 weitere Menschen.

15. April 2013

Während des Boston-Marathons zünden die Brüder Dschochar und Tamerlan Zanajew auf der Zielgeraden zwei Sprengsätze. Fünf Menschen sterben durch das Attentat auf eine der traditionsreichsten Sportveranstaltungen der Geschichte, 264 weitere werden verletzt.

26. und 27. Januar 2014

Bei Anschlägen auf eine Kirche im nigerianischen Bundesstaat Adamawa sowie auf ein Dorf im Bundesstaat Borno töten Kämpfer der Terrororganisation Boko Haram zunächst 22 Menschen sowie am Folgetag 52 Menschen und verletzen 50 weitere Personen. Im April des gleichen Jahres entführen Boko-Haram-Kämpfer in der Stadt Chibok rund 270 Schülerinnen im Alter von 12 bis 17 Jahren. Menschenrechtsorganisationen rechnen damit, dass sich noch immer mehr als 100 von ihnen in der Gewalt der Entführer befinden.

2015

... wird zu einem Schreckensjahr, das insbesondere den Europäern zeigt, dass der

Terror jederzeit auch zu ihnen kommen kann:

Am 7. Januar marschieren in Paris zwei schwer bewaffnete Attentäter in die Büroräume der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und erschießen elf Personen (darunter einen zum Schutz abkommandierten Polizisten). Auf der Flucht töten sie einen weiteren Polizisten und verletzen rund ein Dutzend Personen. Einen Tag später tötet ein weiterer Attentäter im Pariser Süden eine Polizistin. Am 9. Januar verschanzt sich dieser dann in einem Supermarkt für koschere Waren im Pariser Osten und tötet dabei vier Personen. Neun weitere Menschen werden verletzt.

Am 14. Februar schießt ein Attentäter in Kopenhagen zunächst in ein Kulturzentrum und am Tag darauf auf die Große Synagoge. Dabei werden zwei Menschen getötet sowie sechs weitere verletzt.

Am 18. März überfallen zwei IS-Attentäter das Nationalmuseum von Bardo in der tunesischen Hauptstadt Tunis. Dabei sterben 24 Touristen und Mitarbeiter des Hauses, 42 weitere werden verletzt.

Am 2. April stürmen Kämpfer der somalischen al-Shabaab-Miliz mit Sturmgewehren und Granaten den Campus der Universität im kenianischen Garissa. 148 Menschen finden den Tod, 104 weitere werden verletzt.

Am 31. Oktober 2015 stürzt ein Airbus A321 der russischen Fluggesellschaft Kogalymavia auf der Sinai-Halbinsel ab. Dabei kommen alle 224 Passagiere und Crew-Mitglieder zu Tode. Der „Islamische Staat“ (IS) bekennt sich zu dem Anschlag.

Am 12. November zünden zwei sunnitische Selbstmordattentäter in Beirut in einem schiitisch dominierten Vorort von Beirut ihre Sprengsätze und töten dabei 44 Personen. Über 200 weitere Personen werden zum Teil schwer verletzt.

Am 13. November 2015 töten sieben Selbstmordattentäter in Paris insgesamt

130 Menschen und verletzen 413 weitere Personen, davon 97 schwer. Ein erster Terrorist zündet vor dem Stade de France, in dem ein Freundschaftsspiel zwischen Frankreich und Deutschland stattfindet, einen Sprengsatz und reist einen Passanten in den Tod. Zwei weitere Bomber sprengen sich in die Luft, ohne andere Personen zu verletzen. Wenige Minuten später feuern Attentäter wahllos in Pariser Cafés, Bars und Restaurants und töten dabei Dutzende Gäste. Schrecklicher Höhepunkt der Anschlagsserie ist das Massaker im Theater „Bataclan“, in dem gerade ein Rockkonzert stattfindet. Hier feuern die Attentäter minutenlang wahllos mit Kalaschnikows in die Menge und werfen Handgranaten in den Saal.

Am 2. Dezember stürmen zwei Attentäter im kalifornischen San Bernardino in ein gemeinnütziges Zentrum für Menschen mit Behinderung und töten dabei 14 Menschen. 21 weitere Heimbewohner und Pflegekräfte werden verletzt.

2016

Auch dieses Jahr wird für die Europäer und Amerikaner ein *Annus horribilis*. So detonieren am 22. März in Brüssel zwei Sprengsätze am Flughafen und an der Metrostation „Maelbeek“. Dabei sterben 32 Personen, 340 weitere werden verletzt.

Am 12. Juni erschießt der islamistische Amokläufer Omar Mateen in einem Nachtclub in Orlando (Florida) 49 Gäste und verletzt 53 weitere.

Am Abend des 13. Juni ersticht der sich zum IS bekennende Larossi Abballa im nordfranzösischen Magnanville zunächst den stellvertretenden Chef der örtlichen Kriminalpolizei und nimmt anschließend dessen Frau und den dreijährigen Sohn der Familie zur Geisel. Als die Polizei das Haus stürmt, findet sie die Frau mit durchgeschnittener Kehle.

Am 28. Juni töten drei Selbstmordattentäter mit Sturmgewehren auf dem Istanbul Atatürk-Flughafen 45 Menschen und verletzen 235 weitere Personen.

Am 14. Juli fährt Mohamed Lahouaiej Bouhlel in Nizza auf der Promenade des Anglais mit einem LKW in eine feiernde Menschenmenge. 86 Menschen sterben, mehr als 400 weitere werden – zum Teil sehr schwer – verletzt.

Am 24. Juli zündet ein syrischer Asylbewerber vor einem Weinlokal in Ansbach eine Rucksackbombe. Zwar kommt nur der Attentäter selbst ums Leben, doch werden 15 Personen verletzt.

Am 19. Dezember verübt der Tunesier Anis Amri den ersten großen islamistischen Terroranschlag in Deutschland. Nachdem er zunächst einen polnischen Sattelzug in seine Gewalt bringt und dessen Fahrer erschießt, fährt er mit dem LKW am Abend in die Menschenmenge auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz. Elf Besucher des Weihnachtsmarktes werden getötet, 67 weitere – zum Teil schwer – verletzt.

3. April 2017

In Sankt Petersburg zündet ein Selbstmordattentäter in einer U-Bahn einen Sprengsatz. 15 Menschen werden in den Tod gerissen, 63 weitere verletzt.

22. Mai 2017

Nach einem Popkonzert in der Manchester Arena sprengt sich ein Selbstmordattentäter inmitten der hinausströmenden, überwiegend aus Teenagern bestehenden Menge in die Luft. 22 Konzertbesucher sterben, über 800 weitere werden verletzt.

17. August 2017

In Barcelona fährt ein Attentäter auf dem Boulevard „Las Ramblas“ mit einem Lieferwagen durch die Menschenmenge. Dabei werden 14 Menschen getötet und 118 weitere Personen verletzt. Auf der Flucht ersticht der Terrorist eine weitere Person.

14. Oktober 2017

Ein Attentäter tötet in Mogadischu durch Überfahren mit einem Lkw und durch Zünden einer Bombe 587 Menschen und verletzt 316 weitere, zum Teil schwer.

23. März 2018

In Carcassonne und Trèbes im Süden Frankreichs tötet ein Salafist vier Menschen und verletzt 15 weitere.

11. Dezember 2018

In der Nähe des Straßburger Weihnachtsmarktes schießt ein Attentäter unter „Allahu Akbar“-Rufen auf Passanten. Dabei tötet er fünf Menschen und verletzt elf weitere zum Teil schwer.

3. Oktober 2019

Bei einem Anschlag auf die Pariser Polizeipräfektur werden vier Polizisten von einem islamistischen Kollegen erstochen und zwei weitere Personen verletzt.

2. November 2020

Der 20-jährige Albaner und IS-Sympathisant Kujtim Fejzulaj läuft durch die Wiener Innenstadt und schießt wahllos auf Passanten. Vier Menschen sterben, 23 weitere werden zum Teil schwer verletzt.

26. August 2021

Inmitten des Abzugs der westlichen Truppen aus Afghanistan zündet ein Selbstmordattentäter an einem Eingangstor des Kabuler Flughafens eine Bombe. Dabei reißt er 183 Menschen mit in den Tod und verletzt über 200 weitere Personen.

Zusammenstellung: René Nehring

Der ewige Krieg

Die Anschläge vom 11. September 2001 erschütterten die Welt – und leiteten ein neues Zeitalter ein. Ob der Kampf gegen den Terrorismus je zu Ende sein wird, weiß niemand. Ebenso unklar ist, ob der Westen noch bereit ist, diesen Kampf zu führen

VON RENÉ NEHRING

Selten hat ein historisches Ereignis den Anbruch eines neuen Zeitalters so deutlich markiert wie „Nine/Eleven“. Als in den (nach US-Zeit) Morgenstunden des 11. September 2001 zwei Verkehrsflugzeuge in die „Twin Towers“ des World Trade Centers in New York und anschließend eine Maschine in das Washingtoner Pentagon gelenkt wurden sowie ein weiteres Flugzeug bei Shanksville (Pennsylvania) abstürzte, verfolgten Milliarden Zuschauer weltweit live an den Bildschirmen, wie die größte Militärmacht der Geschichte in ihrem Herzen angegriffen wurde. Vor allem der Anblick der beiden brennenden und bald darauf einstürzenden New Yorker Zwillingstürme prägte sich in das kollektive Gedächtnis der Weltgemeinschaft, aber auch jedes Einzelnen ein, der die Ereignisse damals mitverfolgte.

Eine neue Qualität der Kriegsführung

Neu war jedoch nicht nur die Sichtbarkeit des Geschehens, sondern auch die Ausführung der Anschläge – und die dahinterstehende Einstellung der Attentäter. Waren bis dato die Feldherren aller Kriege darauf bedacht, möglichst wenig Truppen zu opfern, um die eigene Kampfkraft zu erhalten, waren hier junge Männer bereit, als erste Kampfhandlung sich selbst zu töten, um möglichst viele feindliche Opfer mit in den Abgrund zu reißen.

Eine weitere neue Qualität war, dass hier ein Krieg stattfand, den zuvor niemand erklärt hatte. Ein Krieg ohne Anfang – und demzufolge ein Krieg ohne Ende. Sowie ein Krieg ohne erkennbare Kombattanten, angezettelt von der Terrororganisation „al-Qaida“ (deutsch: „die Basis“), die sich eher als Ideengeber für den weltweiten Dschihad verstand und die weltweite Gemeinschaft der Muslime dazu aufrief, ihr nachzueifern. Somit auch ein Krieg, in dem noch nicht einmal klar war, wer und wo der Feind ist. Die freundlichen jungen arabischen Männer, die neben einem im Flugzeug saßen, konnten harmlose Reisende sein – oder plötzlich zu Mördern werden. Oder auch zu Opfer des nächsten Anschlages. Die Selbstmordattentäter und die Drahtzieher im Hintergrund nahmen jedenfalls keine Rücksicht darauf, wen sie mit in den Tod rissen, ob Christ, Jude, Atheist – oder Muslim.

Trotz dieser unklaren Umstände ließen sich die angegriffenen US-Amerikaner in den Krieg ziehen. Am 20. September 2001 proklamierte US-Präsident George W. Bush vor dem Kongress den „Krieg gegen den Terror“ („War on Terror“), der zunächst gegen al-Qaida geführt werden und solange dauern sollte, „bis jede terroristische Gruppe von globaler Reichweite gefunden, gestoppt und geschlagen ist“. Bereits am 12. September hatten die NATO-Staaten – erst- und bislang einmalig – den Bündnisfall ausgerufen.

„Krieg gegen den Terror“

Am 7. Oktober 2001 begann die Operation „Enduring Freedom“ („Dauerhafte Freiheit“) gegen al-Qaida, die unter dem Taliban-Regime in Afghanistan ihre Heimatbasis hatte. Weitere Einsatzgebiete waren das Horn von Afrika (Somalia), die Sahara-Region und der Süden der Arabischen Halbinsel (Jemen). Schnell gelang es den Amerikanern und ihren Verbündeten, al-Qaida und Taliban am Hindukusch zurückzudrängen – vernichtend zu schlagen vermochten sie diese nicht. Vielmehr konnten sich wichtige Terrorfürsten wie al-Qaida-Gründer Osama bin Laden und Taliban-Führer Mullah Mohammed Omar absetzen und weiter Unheil stiften.

Im Zuge von „Enduring Freedom“ aktualisierten die USA auch ihre Liste der „State Sponsors of Terrorism“, der staatlichen Unterstützer des Terrorismus, denen ebenfalls Vergeltungsmaßnahmen angedroht wurden.



Konflikt der Kulturen: Zum Wesen des Krieges unserer Zeit gehört die Begegnung mit Angehörigen verschiedener Ethnien und Religionen. Deren Haltung fremden Mächten gegenüber kennt niemand. Jeder Passant kann sich als Attentäter entpuppen

Damit freilich begannen die Irr- und Abwege der amerikanischen Kriegsführung. Denn in den Fokus der USA gerieten nun auch der Irak Saddam Husseins und der Iran der Mullahs, die nichts mit den Terroranschlägen in New York und Washington zu tun hatten, mit denen die Amerikaner jedoch noch alte Rechnungen offen hatten. Mit angeblichen Beweisen – die sich schon bald als Fälschung erwiesen – für einen Terroranschlag des Iraks mit Massenvernichtungswaffen versuchte Washington, ein Mandat der Vereinten Nationen für den Sturz des Hussein-Regimes zu bekommen. Als dieses verweigert wurde, schlug die USA im März 2003 mit einer „Koalition der Willigen“ zu. Binnen weniger Wochen war das Regime am Tigris gestürzt, sodass Präsident Bush am 1. Mai 2003 auf dem Flugzeugträger „USS Abraham Lincoln“ vor der Welt die Botschaft „Mission Accomplished“ („Mission erfüllt“) verkündete.

Trotz der militärischen Erfolge gab es keinen Frieden. Die dezentrale Struktur der islamischen Gotteskrieger ermöglichte es ihnen, immer weitere Anschläge zu verüben. Selbst nach der Tötung bin Ladens (am 2. Mai 2011) und Omars (am 23. April 2013) ging der Terror weiter. Nicht zuletzt deshalb, weil es den USA nirgendwo gelang, anstelle der gestürzten Regime neue staatliche Strukturen zu errichten. So wurden die gescheiterten Staaten zu Nährböden für neue Terrororganisationen.

Zur bekanntesten und furchterregendsten dieser neuen Organisationen stieg der „Islamische Staat“ (IS) auf, der sich bereits 2003 nach dem Sturz Saddam Husseins im Irak gegründet hatte, bis zum weitgehenden Abzug der US-Truppen im Dezember 2011 jedoch weitgehend unbedeutend blieb. Zu diesem Zeitpunkt, zehn Jahre nach „Nine/Eleven“, hatten die Amerikaner längst begriffen, dass ihre Kraft nicht ausreichen würde, der ganzen Region ihren Stempel aufzudrücken.

Strategische Fehler des Westens

Zu einem der größten strategischen Fehler des Westens in den letzten zwei Jahrzehnten wurde der Umgang mit dem „Arabischen Frühling“. Als Ende 2010 und im Frühjahr 2011 zahlreiche Proteste und Aufstände gegen die Despoten des Nahen Ostens und im Norden Afrikas ausbrachen, ließen sich die USA und ihre Verbündeten gleichermaßen von der Sehnsucht der dortigen Völker nach Freiheit

wie auch von dem Wunsch hinreißen, endlich mit alten Gegnern wie den Diktatoren Baschar al-Assad in Syrien oder Muammar al-Gaddafi in Libyen abrechnen zu können.

Doch an die Stelle der Potentaten traten keine Demokratien, sondern neue machtpolitische Vakuen. Während Libyen zerfiel und alsbald zur Durchgangsstation für die Migrantenströme aus Afrika nach Europa wurde, wurde Syrien zum Schauplatz eines grausamen Bürgerkriegs, der Hunderttausende außer Landes trieb und – zusammen mit dem Irak zum Nährboden für den Aufstieg des IS wurde. Dieser trat noch einmal deutlich brutaler auf, als es Taliban und al-Qaida je getan hatten: mit der grausamen Ermordung „ungläubiger“ Männer, der Versklavung eroberter Frauen, der Zerstörung alter Kulturstätten wie in der syrischen Oasenstadt Palmyra bis hin zur Live-Übertragung bestialischer Morde in den sozialen Medien.

Fast wäre es den Terroristen gelungen, tatsächlich einen eigenen Staat zu gründen. Dass es dazu nicht kam, lag nicht etwa an den aufgewachten Führern des Westens – der schon damals kriegsmüde war – sondern an dem beherzten Eingreifen der Russen 2015, die bereit waren, ihren Verbündeten in Damaskus Assad um jeden Preis zu halten.

Wendepunkt der Weltgeschichte

Die US-Amerikaner, so scheint es, die nach dem Zweiten Weltkrieg und dem damit verbundenen Niedergang der alten europäisch geprägten Welt in weiten Teilen der Erde ihre eigene Friedensordnung durchsetzen konnten (samt kultureller Hegemonie), scheinen jenen Zustand erreicht zu haben, den der britische Historiker und Politologe Paul Kennedy in seiner großen Studie über den „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ im Jahre 1987 „imperiale Überdehnung“ genannt hat. Die Präsenz auf immer mehr Konfliktschauplätzen bindet zunehmend personelle und materielle Ressourcen zur gleichen Zeit, bis irgendwann eine im Einzelnen unschlagbare Macht im Ganzen überfordert ist.

Zu den strategischen Dilemmata der Amerikaner und ihrer Verbündeten gehörte von Beginn an der Irrglaube, den Krieg gegen den Terror mit den Maßstäben der westlichen Welt führen zu können. Ob die Afghanen und all die anderen Völker in den Einsatzgebieten unsere Werteordnung über-

Zu den strategischen Dilemmata der Amerikaner und ihrer Verbündeten gehörte von Beginn an der Irrglaube, den Krieg gegen den Terror mit den Maßstäben der westlichen Welt führen zu können. Ob die Afghanen und all die anderen Völker in den Einsatzgebieten unsere Werteordnung überhaupt wollten, wurde nie gefragt

haupt wollten, wurde nie gefragt. Die Antwort geben sie derzeit in Kabul.

Umso fataler wirkten sich die bekanntgewordenen Menschenrechtsverstöße der US-Amerikaner aus: die Praxis der „erweiterte Verhörmaßnahmen“ genannten Foltermethoden wie das „Waterboarding“ oder die Entführung von Terrorverdächtigen und deren Internierung in exterritorialen Gefängnissen wie Guantanamo oder die 2004 bekanntgewordene Folter gefangener irakischer Kämpfer im Gefängnis Abu-Ghuraib. Der ungewinnbare Krieg, in dem die USA nach „Nine/Eleven“ anfangs noch das Mitgefühl großer Teile der internationalen Staatengemeinschaft hatten, verlor mit jeder neuen Enthüllung ein Stück moralischer Rechtfertigung.

Folgen für Deutschland

Für die Bundeswehr brachte der fast zwanzigjährige Krieg trotz des oftmaligen Allein-Gelassen-Werdens durch die Politik einen enormen Professionalisierungsschub. Neben der Gewöhnung an das Wort „Gefallene“, über dessen Rückkehr in den öffentlichen Sprachgebrauch anfangs heftig debattiert worden ist, gehört dazu die Erkenntnis, dass auch die Deutschen nicht frei von Fehlern sind. So war es der Bundesnachrichtendienst, der – auf Basis von Falschaussagen seines Informanten Rafid Ahmed Alwan El-Dschanabi alias „Curveball“ – den US-Amerikanern die gefälschten Informationen lieferte, auf deren Basis sie 2003 in den Irak-Krieg zogen. Im September 2009 gab Oberst Georg Klein den fatalen Befehl zu einem Luftschiess bei Kundus, bei dem nicht die vermuteten Taliban-Kommandeure, sondern rund 80 Zivilisten getötet wurden. Und im Juni 2013 enthüllte der ehemalige US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden, dass auch der BND Teil eines weltweiten Abhörnetzwerks des US-Dienstes NSA ist, das unzählige Bürger ohne Rechtsgrundlage und richterlichen Beschluss ausspionierte.

Die Ergebnisse dieses endlosen Kämpfens sind in Zahlen schwer zu fassen. Einer Studie der Brown University in Rhode Island zufolge wurden während des Krieges gegen den Terror weltweit zwischen 879.000 und 929.000 Menschen direkt getötet – davon etwa 387.000 Zivilisten. Die Organisation der Ärzte für die Verhinderung eines Atomkriegs kommt in ihrer Untersuchung gar auf über eine Million Tote. Demgegenüber stehen die Opfer des weltweiten Terrors. Allein 8302 Anschläge (wohlgemerkt nicht Personen, sondern Attentate!) weist das Portal „statista.com“ für 2020 aus. Seit 2006 waren es über 260.000 (!) Anschläge. Wenn in diesen Zahlen auch politische Attentate verschiedenster Couleur enthalten sind, so stellt der Terror im Namen des Islam unstrittig die größte Bedrohung dar. 2019 etwa wurden allein von den Taliban 1459 Attentate mit 13.964 Todesopfern ausgeführt, gefolgt vom „Islamischen Staat“ mit 575 Anschlägen und 2770 Toten sowie von al-Shabaab mit 484 Attentaten und 2637 Getöteten.

Die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre zeigen zweierlei: dass der Krieg gegen den Terror a) kaum etwas gebracht hat und dass er b) dennoch ohne Alternative ist, wenn man das Feld nicht den Terroristen überlassen will. Die Frage ist jedoch, ob der Westen noch gewillt ist, diesen Krieg zu führen – und ob er die richtigen Anführer dafür hat. Als Ende Juni die Bundeswehr-Mission am Hindukusch offiziell endete, reiste niemand aus dem politischen Berlin zum Luftwaffenstützpunkt Wunstorf, um die Heimkehrenden zu begrüßen. Als sechs Wochen später die afghanische Hauptstadt in die Hände der Taliban fiel und die Bundeswehr spontan zu einem Evakuierungseinsatz nach Kabul musste, war die Truppe wieder einmal gut genug für die Rolle der Feuerwehr. Das lässt den Schluss zu, dass das Bewusstsein für den Ernst der internationalen Lage nicht sonderlich ausgeprägt ist.

● MELDUNGEN

Todesursachen in Deutschland

Wiesbaden – Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind vergangenes Jahr 985.620 Menschen in der Bundesrepublik gestorben. In der Rangliste der Todesursachen standen dabei die Herz-Kreislauf-Erkrankungen an erster Stelle, denen 324.271 Personen zum Opfer fielen. Danach kamen die Krebsfälle mit letalem Ausgang. Das waren insgesamt 230.125. Platz drei belegten Krankheiten der Atemorgane ohne Covid-19. Hier nennt die Statistik 59.190 Verstorbene. Auf den Plätzen vier bis sieben folgten psychiatrische, gastroenterologische, endokrinologische und neurologische Erkrankungen. An achter Stelle führt das Bundesamt die angeblichen Sterbefälle „an und mit“ Corona auf, deren Zahl 32.849 betragen haben soll. Das durchschnittliche Alter dieser Toten betrug 84 Jahre. Mehr als 89 Prozent der Verstorbenen, bei denen das Virus SARS-CoV-2 nachgewiesen wurde, gehörten der Gruppe der über 70-Jährigen an. **W.K.**

Einwanderer in Deutschland

Wiesbaden – Laut Angaben der AfD-Fraktion im hessischen Landtag hatten Ende vergangenen Jahres 23,7 Prozent der Bevölkerung Deutschlands einen Immigrationshintergrund. In der Gruppe der unter 20-Jährigen haben bereits 38,5 Prozent mindestens einen nichtdeutschen Elternteil. Obwohl Deutschland nur 8,4 Prozent der Fläche der Europäischen Union einnimmt und 18,4 Prozent der EU-Bürger beherbergt, leben 22 Prozent der Einwanderer nach Europa in der Bundesrepublik. Laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sollen rund 5,5 Millionen Muslime in Deutschland leben. Diese Zahl zweifelt die AfD allerdings an, da man bereits 2009 4,3 Millionen Moslems gezählt habe. **W.K.**

EU fördert Islamic Relief

Brüssel – Die als gemeinnütziger Verein eingetragene und in Köln sitzende Nichtregierungsorganisation Islamic Relief Deutschland (IRD) verfügt laut dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat über „signifikante“ Kontakte zur Muslimbruderschaft und wird von Israel wegen ihrer Verbindungen zur Hamas als terroristische Vereinigung angesehen. Dennoch erhielt sie 2019 und 2020 Fördergelder der Europäischen Union in Höhe von insgesamt 712.000 Euro. Und nach einer erneuten Einstufung als „karitativ“ winkt der Organisation von 2021 bis 2027 der nächste Geldsegen aus Brüssel, der sich diesmal auf über zwei Millionen Euro belaufen könnte. Vor diesem Hintergrund wollte die Abgeordnete Julie Lechanteux von der Fraktion Identität und Demokratie im Europäischen Parlament von der EU-Kommission wissen, wieso diese eine solche Organisation unterstütze. In Beantwortung der Anfrage wurde auf positive Bewertungen der Islamic Relief Deutschland durch „unabhängige Nichtregierungsorganisationen“ verwiesen. **W.K.**

VON NORMAN HANERT

Hinsichtlich des neuen Tesla-Werks in Brandenburg sind sich Bündnis 90/Die Grünen und Umweltverbände uneins. Von Letzteren stehen insbesondere der Landesverband Brandenburg der Grünen Liga, eines Netzwerks ökologischer Bewegungen, und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) dem Bau des Tesla-Werkes im südöstlichen Umland Berlins ablehnend gegenüber. Ein großer Teil des Werksgeländes liegt in einem Wasserschutzgebiet. Die Umweltverbände befürchten durch die Werksansiedlung unter anderem negative Folgen für das Trinkwasser der Region und sogar für die Millionenmetropole Berlin.

Im Juli 2021 sind die Grüne Liga Brandenburg und der NABU mit einem Eilantrag gegen die vorzeitige Genehmigung des Baus vor dem Obergerichtsverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gescheitert. Obwohl noch immer eine abschließende umweltrechtliche Gesamtzulassung fehlt, hat Tesla vom Landesumweltamt immer wieder vorläufige Teilgenehmigungen für einzelne Bauschritte erhalten. Diese Salomistik hat mittlerweile zu einem derart weitgehenden Baufortschritt geführt, dass Tesla bei einzelnen Anlagen schon einen Probebetrieb durchführen kann.

Hofreiter verteidigt den Bau

Bauen kann der Tesla-Chef Elon Musk dabei auf die Unterstützung der rot-schwarz-grünen Landesregierung. Neben Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) kommt bei dem Projekt Umweltminister Axel Vogel (Grüne) eine Schlüsselrolle zu. Der Grünen-Politiker hat inzwischen ganz offen eingeräumt, dass Tesla eine Vorzugsbehandlung erhält. Im Juni sagte der Grüne bei einer Veranstaltung der Handelskammer: „Wir sind der Überzeugung, dass es richtig ist, Tesla bevorzugt zu behandeln.“ Auf der Veranstaltung mit Wirtschaftsvertretern erklärte Vogel, von dem Projekt gehe eine „unglaublich positive, europaweite Strahlkraft“ aus.

Brandenburgs Umweltminister liegt mit seinem Vorgehen offenbar auf einer Linie mit der Bundestagsfraktion der Grünen. Nach dem CDU-Kanzlerkandidaten Armin Laschet ließ sich im August auch der Grünen-Bundestagsfraktionschef Anton Hofreiter die Tesla-Baustelle zeigen. Dabei wies Hofreiter Befürchtungen der Umweltverbände zurück, das Werk würde die Wasserversorgung der Region gefährden. Nach seinem Besuch der Tesla-Baustelle sagte Hofreiter: „Ich habe mich da erkundigt. Die Wassermenge, die benötigt wird – das wird optimiert und das ist darstellbar.“ Offenbar auch in Richtung der Natur-



FOTO PA

Unterstützen das Tesla-Projekt gegen Widerstände aus dem Lager der Naturschützer: Die Grünen-Politiker Vogel und Hofreiter (v.l.)

BRANDENBURG

Ökologische Gretchenfrage

Wie es die Grünen und die Naturschutzverbände mit dem Tesla-Werk halten

schutzverbände sagte der Grünen-Fraktionschef, es sei zwar „legitim, Fragen zu stellen und Kritik zu äußern“. Zugleich verwies er aber darauf, dass alle bisherigen Gerichtsentscheidungen das Handeln der Landesregierung bestätigt hätten.

Streitfall Verbandsklagerecht

Als positives Signal dürften die Naturschutzverbände wenigstens Hofreiters Seitenhieb auf eine Forderung Armin Laschets aufgenommen haben. Laschet hatte sich bei seinem Treffen mit dem Tesla-Chef Elon Musk in Grünheide für eine Beschränkung des Verbandsklagerechts ausgesprochen, um große Wirtschaftsprjekte schneller voranzubringen. Klagen sollten nur jenen möglich sein, die auch am Verwaltungsverfahren beteiligt waren. Mit Blick auf Laschets Vorstoß verwies der Grüne bei seinem Besuch in Grünheide auf „EU-Recht beziehungsweise Völkerrecht“. Tatsächlich könnte eine Änderung des Verbandsklagerechts im Naturschutz schnell mit der bisherigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Konflikt geraten. Dessen Richter hatten 2011 in einem Fall geurteilt, dass die Einschränkungen von



FOTO LANDTAG BRANDENBURG

„Wir sind der Überzeugung, dass es richtig ist, Tesla bevorzugt zu behandeln“

Axel Vogel
Minister für Landwirtschaft,
Umwelt und Klimaschutz des
Landes Brandenburg

Klagerechten von Umweltvereinigungen gegen EU-Recht verstößt.

Überall wären weitere Flächen nötig

Dem gegenüber stehen groß angelegte Pläne der schwarz-roten Bundesregierung und der Grünen zur „Klimaretteung“. Mit dem im Sommer geänderten Klimaschutzgesetz strebt die Bundesregierung schon bis zum Jahr 2045 eine „Treibhausgasneutralität“ für Deutschland an. Zur Umsetzung soll nach den Vorstellungen der Regierung allein bis 2030 landseitig die Windkraft um 71 Gigawatt Nennleistung ausgebaut werden. Erreichbar ist dieses Ziel eigentlich nur, wenn überall in Deutschland weitere Flächen für den Bau neuer Windkraftanlagen ausgewiesen werden. Schon jetzt regt sich allerdings an vielen Orten Widerstand von Anwohnern gegen neue Anlagen.

Zumindest von den Grünen können betroffene Bürger dabei nicht auf Rückendeckung rechnen. Den Umweltverbänden steht mit den massiven Ausbauplänen für Windkraftanlagen, Solarparks, Stromtrassen, Batteriefabriken und Wasserstoffanlagen eine große Prüfung ihrer Glaubwürdigkeit in Sachen Naturschutz bevor.

BUNDESTAGSWAHL

Die einzige Ausnahme sind die Freien Wähler

Nur den FW wird ein erstmaliger Einzug ins Parlament zugetraut

Der Wiedereinzug der bisher im Deutschen Bundestag vertretenen Gruppierungen nach der Wahl vom 26. dieses Monats darf als sicher gelten. Von den anderen haben seit ihrem Wahlerfolg in Rheinland-Pfalz lediglich noch die Freien Wähler wenigstens Außenseiterchancen. Sie kommen in den Umfragen zwar bisher nur auf maximal drei Prozent, doch könnte der Partei durch das Erringen dreier Direktmandate dennoch der Einzug ins Parlament gelingen.

Für viele andere Listen geht es in erster Linie darum, die Sperrklausel von 0,5 Prozent zu überwinden, um an staatliche Förderpötte der Parteienfinanzierung zu gelangen. In allen 16 Bundesländern treten Die Partei, Tierschutzpartei, NPD, ÖDP, MLPD und Volt an. Erfolgsaussichten hat dabei vor allem letztgenannte Partei. Volt

Europa existiert seit März 2017, der deutsche Ableger gründete sich etwa ein Jahr später. Die Partei ist jung, das Durchschnittsalter der Mitglieder liegt bei 33 Jahren. Bei den Kommunalwahlen 2020 bekam die Partei in Nordrhein-Westfalen insgesamt 16 Mandate, darunter in Großstädten wie Düsseldorf oder Aachen. Der Trierer Politikwissenschaftler Uwe Jun erklärte gegenüber dem „Handelsblatt“, dass Volt künftig eine Rolle spielen könnte. „Die paneuropäische Perspektive und dass die Partei vor allem die Interessen der Jüngeren anspricht“, mache sie interessant, erklärte Jun. Einen Einzug in den Bundestag hält er allerdings für ausgeschlossen, einen Überraschungserfolg im messbaren Bereich dagegen nicht.

Davon können die Liberal-Konservativen Reformer (LKR) nur träumen, obwohl

sie durch den Übertritt von mehreren Bundes- und Landtagsabgeordneten, die sich mit der AfD überworfen haben, in einigen Parlamenten vertreten sind. Zuletzt rief der frühere rheinland-pfälzische AfD-Chef Uwe Jung zur Wahl der AfD-Abspaltung auf. AfD- und LKR-Gründer Bernd Lucke ist nur noch einfaches Mitglied. Die LKR haben allerdings nur in elf der 16 Bundesländer die erforderlichen Unterstützungsunterschriften bekommen und kaum eine Chance auf ein nennenswertes Resultat.

Zur Überraschung vieler Beobachter hat mit der NPD die älteste deutsche Rechtspartei die Unterschriften in allen Bundesländern zusammenbekommen. Nach einem Zwischenhoch Anfang der 2000er ist die Partei spätestens nach der Etablierung der AfD und zahlreicher Skandale auf dem absteigenden Ast. Dennoch

verfügt sie immer noch über ein gewisses Mobilisierungspotential. „Wer das Original wählen will, wählt NPD“, sagt Bundeschef Frank Franz. Konkurrenz gibt es für sie nicht nur durch die AfD, sondern vor allem auch aus dem Querdenkenmilieu.

Die Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis) hat es in allen Ländern außer Berlin auf den Stimmzettel geschafft. Sie kämpft gegen Sonderrechte für Geimpfte und fordert ein Ende aller Corona-Maßnahmen. Dass es für sie ein Potential gibt, zeigte die Landtagswahl in Baden-Württemberg, wo sie in mehreren Wahlkreisen mehr als ein Prozent erhielt.

Ebenfalls in 15 Ländern tritt das Team Todenhöfer des ehemaligen CDU-Politikers Jürgen Todenhöfer an. Es kämpft für eine „humanistische Revolution“.

Peter Entinger

TEURE BAUPROJEKTE

Wo der Bund das Steuergeld verpulvert

Kanzleramt, Bellevue, Regierungsterminal am BER: Die Kosten für Staatsbauten in Berlin explodieren

VON NORMAN HANERT

Is in die 90er Jahre hat der „Baufilz“ des alten West-Berlin immer wieder für Skandale gesorgt. Inzwischen scheint der Bund die Tradition der Berliner Bauskandale weiterzuführen. Ging es den Berliner Baulöwen früher vor allem darum, mit öffentlich geförderten Bauprojekten möglichst viel Gewinn zu machen, fällt nun der Bund selbst als maßloser Verschwender an der Spree auf.

Derzeit sorgt vor allem die angekündigte Sanierung des Schlosses Bellevue und des Bundespräsidialamtes für Kopfschütteln. Schloss Bellevue, der Amtssitz des Bundespräsidenten, war nämlich erst in den Jahren 2004/05 für rund 24 Millionen Euro modernisiert worden.

Sanierungsbedarf sieht das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung allerdings nicht nur bei dem 1786 gebauten Schloss, sondern auch beim benachbarten Präsidialamt. Dieses ist erst vor 23 Jahren für 46 Millionen Euro fertiggestellt worden. Bei dem Gebäude, wegen seiner elliptischen Form mitunter „Präsidenten-Ei“ genannt, soll es nach offiziellen Angaben Mängel beim Brandschutz geben.

Die Sparsamkeit von einst

Für die Dauer der Bauarbeiten von 2025 bis 2029 sollen der Bundespräsident und seine Mitarbeiter als Zwischenlösung einen Büroneubau nutzen, der gegenüber dem Kanzleramt entstehen soll. Allein die Mietkosten für dieses Provisorium werden auf 65 Millionen Euro beziffert. Wie selbstverständlich die Haushaltspolitiker des Bundestages bei Bauprojekten inzwischen mit solchen Beträgen jonglieren, zeigt ein Vergleich zur zweijährigen Modernisierung des Schlosses Bellevue, die ab August 2002 stattfand.

Im Vorfeld hatten die Finanzpolitiker im Bundestag seinerzeit als Ausweichvarianten das Prinzessinnenpalais Unter den Linden und das Schloss Niederschönhausen ins Auge gefasst. Die Kosten für deren Herrichtung lagen bei zwölf Millionen beziehungsweise sechs Millionen Euro. Am Ende entschieden sich die Haushälter aus Kostengründen für eine vorübergehende Nutzung des Schlosses Charlottenburg und des Gästehauses des Auswärtigen Amtes in Dahlem. Diese Va-



Die größte Regierungszentrale der westlichen Welt soll noch größer werden: Kanzleramt in Berlin Foto: imago images/photothek

riante schlug lediglich mit zwei Millionen Euro zu Buche. Derartig kostengünstige Lösungen scheinen im Bundestag mittlerweile kein Thema mehr zu sein. Ebenso wenig der Umstand, dass der Bundespräsident in Bonn mit der Villa Hammerschmidt noch immer ganz offiziell einen zweiten Amts- und Wohnsitz hat.

Wie unmodern Sparsamkeit für den Bund als Bauherren geworden ist, zeigt sich ebenso an den Erweiterungsplänen für das Bundeskanzleramt. Schon jetzt ist das Kanzleramt mit 25.000 Quadratmetern Nutzfläche die größte Regierungszentrale in der westlichen Welt. Ab dem Jahr 2023 soll der Bau nochmals erweitert werden, sodass sich die Fläche des Amtes verdoppelt.

Steuierzahlerbund hat gewarnt

Als Kanzleramtschef Helge Braun im Jahr 2019 den Entwurf für die Erweiterung präsentiert hat, waren für das Projekt bereits 460 Millionen Euro veranschlagt. Doch vergangenen Juni förderte eine Anfrage der Grünen zutage, dass die Kosten

bereits vor Baubeginn aus dem Ruder laufen. Nach Angaben der Bundesregierung muss mittlerweile mit mindestens 485 Millionen Euro gerechnet werden. Ein Hauptgrund für den Kostenanstieg ist ein zusätzlicher Tunnel zur unterirdischen Erschließung der Anlage. Bereits vor knapp einem Jahr, im Oktober 2020, hatte der Präsident des Steuierzahlerbundes, Reiner Holznagel, davor gewarnt, dass bei dem Erweiterungsprojekt am Ende mit 600 Millionen Euro Baukosten zu rechnen sei.

Auch beim Regierungsterminal auf dem neuen Flughafen BER treibt das Anspruchsdenken des Bundes massiv die Kosten. Auf dem Flughafen steht für Bundesregierung und Staatsgäste schon jetzt ein nagelneues gesondertes Abfertigungsgebäude zur Verfügung. Ausgestattet mit Büros, Dolmetscherkabinen und Pressekonferenzraum wurde der repräsentative Bau erst vor wenigen Jahren für 70 Millionen Euro errichtet. Für den Bund handelt es sich dabei allerdings um eine Zwischenlösung, bis Baufreiheit am ursprüng-

lich geplanten Standort am alten Schönefeld-Terminal herrscht.

Tegel hätte es auch getan

Durch eine FDP-Anfrage im Bundestag wurde im Februar bekannt, dass der Bund weiter an seinen früheren Plänen zu einem kompletten Neubau eines Protokollbereichs festhält. Für dieses Projekt veranschlagt der Bund bislang rund 350 Millionen Euro.

Bereits im Zusammenhang mit dem, vom Senat nicht umgesetzten, Volksentscheid zur Offenhaltung Tegels hatte der Flughafenexperte der Berliner AfD, Frank-Christian Hansel, darauf hingewiesen, dass auf die Lösung, die generell die wenigsten Kosten verursacht hätte, leichtfertig verzichtet worden sei. Hätte der Bund nämlich weiterhin den militärischen Bereich des Flughafens Tegel für Regierungsfieger genutzt, wären am BER weder Mietzahlungen für eine Interimslösung nötig gewesen noch die Planungen im dreistelligen Millionenbereich für ein neues Regierungsterminal.

BERLIN-WAHL

Berliner SPD auf Kurs zur „Deutschland-Koalition“

Spitzenkandidaten Giffey reizt ihre bisherigen Partner Linkspartei und Grüne offenbar ganz bewusst

Die neuesten von Infratest dimap erhobenen Umfragewerte geben für das Land Berlin, wo zeitgleich zur Bundestagswahl am 26. September ein neues Abgeordnetenhaus gewählt wird, eine Mehrheit für eine sogenannte Deutschland-Koalition von SPD (23 Prozent), CDU (19 Prozent) und FDP (acht Prozent) her. Die Sozialdemokraten legten unter Führung ihrer Spitzenkandidatin Franziska Giffey einen beeindruckenden Zwischenspur hin.

Gegenüber den letzten Wahlen würde sich die Partei geringfügig verbessern. Das Gleiche gilt für CDU und FDP. Linkspartei und AfD müssen hingegen mit Verlusten rechnen, während auch die Grünen – wenn auch nur geringe – Zuwächse erwarten können. Bei dieser Gesamtlage könnte die SPD auch eine andere Koalition als das gegenwärtig regierende rot-rot-grüne Bündnis anstreben.

Dazu scheint Giffey, unterstützt von SPD-Fraktionschef Raed Saleh, entschlossen zu sein. Das Ressort Verkehr wird bislang von den Grünen, das Ressort Bauen von der Linkspartei geführt. Auf beiden Politikfeldern gibt es in der Bevölkerung starke Widerstände. Unter heftiger, teilweise galliger Begleitmusik der Grünen und Linkspartei verhindern die Sozialdemokraten einige Lieblingsprojekte ihrer Koalitionspartner. Insbesondere angeordnete Maßnahmen des sogenannten Mobilitätsgesetzes und in der Baupolitik stoppt die SPD aktuell, was Linkspartei, Grüne und die sie unterstützenden Presseorgane wie die „taz“ offenbar zur Weißglut bringen. Giffey habe zwei „B“ – Beton und Benzin – im Kopf, ätzt das Blatt.

Ein anderer Vorwurf lautet, wer SPD wähle, werde mit CDU und FDP aufwachen. Wegen des Linksrucks in der SPD-

Mitgliedschaft müsste Giffey jedoch zunächst mit Grünen und Linken sondieren. Wie das funktionieren könnte, machte seinerzeit Klaus Wowereit vor, der den Widerstand der Grünen gegen den Weiterbau der Autobahn A 100 nutzte, um Renate Künast mit ihrer Partei vor die Tür zu setzen und stattdessen der CDU Senatorenposten anzubieten.

Knackpunkt Enteignungen

Die Sollbruchstelle für derartige (Schein-) Sondierungen ist diesmal noch einfacher zu finden. Giffey erklärte unlängst, mit keiner Partei in Koalitionsverhandlungen treten zu wollen, die sich für Enteignungen ausspreche. Damit dürfte die Linkspartei draußen sein, denn die Enteignungsphantasien des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ sind integraler Bestandteil des Wahlkampfs

der Dunkelroten. Spitzenkandidat Klaus Lederer vertrat jüngst sogar die Ansicht, dass eine Entschädigung des Konzerns „deutlich unter dem Marktwert“ möglich sei. Giffey kann also nach der Wahl ganz entspannt abwarten, ob und wie die Linkspartei von ihrem zentralen Wahlversprechen abrückt oder nicht. Eigentlich kann sich die umbenannte SED ein Abrücken gar nicht leisten.

So wäre dann der Weg für Rot-Schwarz-Gelb frei. Ein Koalitionsmuster, das auch bereits in Sachsen-Anhalt umgesetzt wird. Insider berichten, dass die Aussagen zur Verkehrspolitik im SPD-Programm auf Giffey's Initiative verfasst worden sein sollen. Die Grünen beschwerten sich, weil dort nichts über einen Fußgänger- und radgerechten Umbau von Verkehrsflächen und auch keine City-Maut zu finden ist. Frank Bückner

● KOLUMNE

Wie „Me too“

VON THEO MAASS

Der Vorgang mutet wie ein Remake der Politikomödie „Der Campus“ von Dietrich Schwanitz an, die von Sönke Wortmann mit Heiner Lauterbach in der Hauptrolle verfilmt wurde. Dort missbraucht die Frauenbeauftragte an der Hamburger Universität einen unberechtigten Vergewaltigungsvorwurf, um einen unbequemen Bewerber für das Amt des Universitätspräsidenten zu Fall zu bringen.

Womöglich hat sich der Berliner Kultursenator Klaus Lederer (Linkspartei) von dem Film oder dem Buch inspirieren lassen, denn es sieht wie die Blaupause dafür aus, wie er einen der profiliertesten Stasi-Jäger, den früheren Leiter der Stasiopfer-Gedenkstätte Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, mutmaßlich aus dem Amt hinausintrigiert hat.

Am Anfang steht eine Volontärin. Es stehen Vorwürfe wegen sexueller Belästigung im Raum. Nicht gegen Knabe selbst, sondern gegen seinen Stellvertreter. Weiterhin wird Knabe vorgeworfen, bei einem Betriebsausflug, einer Bootstour auf dem Wannensee, seine Badehose angezogen und schwimmen gegangen zu sein.

Im Zuge des parlamentarischen Untersuchungsausschusses entstand der Eindruck, Lederer hätte die Kampagne gegen Knabe regelrecht koordiniert. Peinlich ist, dass sich die Kulturstatsministerin des Bundes, Monika Grütters von der CDU, offenbar wenig sachorientiert der Position Lederers unkritisch anschloss.

Die Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus kritisiert den Kultursenator scharf. In einem Sondervotum der CDU heißt es zudem, Grütters sei „kaum informiert“ gewesen und habe „einfach alles geglaubt“, was Lederer ihr übermittelt hat. Die FDP bescheinigte Lederer, die Entlassung Knabes sei politisch motiviert gewesen, und die AfD spricht von einer „äußerst geschickt eingefädelten Intrige“. Ein kritischer Beitrag zur Angelegenheit Knabe des staatlichen Senders RBB – die TV-Doku „Sondervorgang MeToo“ – wurde kurzfristig abgesetzt und soll später gesendet werden.

● MELDUNG

Heftiger Streit bei Enteignern

Berlin – Die linke Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ wird wegen Vorwürfen der sexuellen Belästigung gegen den Gründer und bisherigen Sprecher, Michael Prütz, erschüttert. Eine Frau behauptet, dass der 69-Jährige ihr in aller Öffentlichkeit zwischen die Beine gefasst habe. Sie wolle deswegen Anzeige erstatten – allerdings liegt bisher bei der Staatsanwaltschaft nichts vor. Der Vorstand der Initiative hat Prütz inzwischen aus dem Gremium geworfen. Dessen Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung der Sache soll nicht erfüllt werden. Eine etwaige Prüfung des Vorwurfs sei unangemessen, der Frau sei als Frau uneingeschränkt zu glauben, alles andere sei „Täterschutz“, heißt es aus dem Vorstand. Aus Gewerkschaftskreisen, die bislang die Initiative unterstützt hatten, heißt es, in dem Verein gebe derweil die radikale „Interventionistische Linke“ den Ton an. F.B.

● MELDUNGEN

EU setzt Athen unter Druck

Brüssel – Die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, hat angekündigt, die EU werde künftig finanzielle Unterstützung für den Schutz der EU-Außengrenze in Griechenland an die Einrichtung eines Mechanismus zur Überwachung der Grundrechte knüpfen. Verschiedene Organisationen werfen den griechischen Grenzschützern vor, über das Mittelmeer ankommende Migranten zurück in Richtung Türkei zu treiben, ohne die Möglichkeit zur Asylbeantragung zu ermöglichen. Griechenland beruft sich auf sein Recht, irreguläre Grenzübertritte zu verhindern. Die EU hat an Griechenland seit 2015 mehr als 643 Millionen Euro für die Bewältigung der Migrationskrise gezahlt. Erst im März hatte die EU-Innenkommissarin die Bereitstellung von 276 Millionen Euro für den Bau von neuen Asylsucherlagern auf griechischen Inseln angekündigt. *N.H.*

EGMR-Urteil zu 32 Afghanen

Straßburg/Warschau – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat angeordnet, dass Polen einer Gruppe von 32 Afghanen, die im polnisch-weißrussischen Grenzgebiet fest sitzt, Lebensmittel, Kleidung und medizinische Versorgung zukommen lässt und wenn möglich, auch eine vorübergehende Unterkunft bereitstellt. Die Afghanen können nach Angaben des Gerichts weder nach Weißrussland zurück, noch nach Polen einreisen. Nach dem Vorbild Lettlands hat die polnische Regierung am 2. September in Regionen in direkter Grenz Nähe zu Weißrussland den Ausnahmezustand verhängt. Die Ministerpräsidenten Polens, Estlands, Lettlands und Litauens haben am 21. August in einer gemeinsamen Stellungnahme Weißrussland vorgeworfen, durch die Instrumentalisierung von Immigranten zur Destabilisierung benachbarter Länder gegen das Völkerrecht zu verstoßen. Litauen und Polen verstärken durch den Bau von Zäunen inzwischen ihre Grenzinfrastruktur. *N.H.*

Letztes Rohr verschweißt

Sassnitz – Vergangenen Montag haben Spezialisten auf dem Verleges Schiff „Fortuna“ das letzte Rohr der beiden Stränge der Nord-Stream-2-Pipeline verschweißt. Das Rohr mit der Nummer 200.858 wurde anschließend in deutschen Gewässern auf den Meeresboden herabgelassen. Als nächstes wird der von der deutschen Küste kommende Abschnitt der Pipeline mit dem aus den dänischen Gewässern kommenden Abschnitt durch eine sogenannte Überwasserschweißnaht verbunden. Anschließend werden die erforderlichen Aktivitäten vor der Inbetriebnahme durchgeführt. Das Ziel ist, die Pipeline noch in diesem Jahr in Betrieb nehmen zu können. Nord Stream 2 soll dazu beitragen, den langfristigen Bedarf des europäischen Energiemarktes an Erdgasimporten zu decken, die Versorgungssicherheit und -zuverlässigkeit zu verbessern sowie Gas zu vergleichsweise günstigen Konditionen bereitzustellen. *PAZ*

NORDAFRIKA

Länder der „Arabellion“ ordnen sich neu

Regierungen ohne die Muslimbrüder – Wachsender Migrationsdruck auf EU-Staaten

VON BODO BOST

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Marokko und Algerien sowie die Entmachtung der Muslimbruderschaft in Tunesien vom 25. Juli haben die Karten der regionalen Geopolitik zugunsten der Achse Ägypten–Vereinigte Arabische Emirate neu gemischt. Während die ganze Welt gebannt auf die Vorgänge in Afghanistan schaute, wurden in Nordafrika gleich mehrfach die regionalen Karten neu gemischt. Der tunesische Präsident Kaïs Saïed hatte am 25. Juli den Ausnahmezustand verkündet und am 23. August die Ausnahmeregelung auf unbestimmte Zeit verlängert. Währenddessen haben Marokko und Algerien ihre seit 1993 bereits auf Sparflamme fahrenden diplomatischen Beziehungen endgültig abgebrochen, weil Algerien Marokko verdächtigt, hinter den verheerenden Sommer-Waldbränden zu stecken, die in Algerien fast 100 Todesopfer gefordert haben.

Marokko hatte im vergangenen Jahr die Bewegung für die Autonomie der Kabylei (MAK) anerkannt, nachdem die USA die marokkanische Oberhoheit über die Westsahara anerkannt hatte, aber Al-

gerien weiterhin die Frente Polisario als einzige legitime Vertreterin des sahraouischen Volkes anerkennt.

Auch in Tunesien, dem einzigen Staat, der demokratisch geführt aus dem Arabischen Frühling von 2011 hervorgegangen war, wurden mit dem Staatsstreich von Präsident Saïed die Karten neu gemischt. Hauptopfer dieses Staatsstreichs ist die Partei Ennahda der Muslimbruderschaft, die seit dem Arabischen Frühling von 2011 im Parlament immer die stärkste Fraktion stellte und an jeder Regierung beteiligt war. Damit hat sich Tunesien der Achse aus Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien angenähert, die einen erbitterten Kampf gegen den Einfluss der Muslimbruderschaft führen.

Partei der Muslimbrüder entmachtet

In Ägypten hatte nach einem Staatsstreich Armeechef Abd al-Fattah as-Sisi 2013 die Muslimbruderschaft, die das Land nicht geeint, sondern gespalten hatte, entmachtet. Die Beamten und die Medien dieser Staaten haben die „außergewöhnlichen Maßnahmen“ von Saïed sehr begrüßt, und seit einem Monat folgen Besuche hochrangiger Diplomaten in

Tunis aufeinander, zuletzt der des saudischen Ministers für afrikanische Angelegenheiten am 22. August.

Zur Diskussion steht eine komplette Neuorientierung der gesamten Region, die für Europa von herausragender Bedeutung ist, weil sie Europa von Schwarzafrika trennt, das immer mehr zum Hauptfaktor der weltweiten Einwanderung in die EU-Staaten zu werden droht. Bislang war die Drehscheibe dieser Mig-

ration der gescheiterte Staat Libyen, der nur noch mit Mühe von fremden Mächten als eigenständiger Staat nach dem Sturz Muammar al-Gaddafis im Jahr 2011 zusammengehalten wird. Aber nach einer Einigung auf eine Übergangsregierung unter Kontrolle der Vereinten Nationen und Wahlen im Dezember ist es fraglich, ob Libyen diese Rolle weiter spielen will. Mit dem Wechsel von Tunesien ins ägyptische Lager könnte Libyen von der Anti-Muslimbruderschaft-Koalition in die Zange genommen werden, wenn sich nicht Algerien dagegen stemmt.

Trotz türkischer Protektion im Niedergang

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan mit seinen großen Sympathien für die Muslimbruderschaft versteht sich gern als Führer und Förderer der Bruderschaft, auf deren Seiten die Türkei im libyschen Bürgerkrieg intervenierte. Algerien ist jetzt die einzige Unbekannte in diesem Puzzle, da dort die Muslimbruderschaft noch nicht verboten ist. Der Staat hat zwar eine neue Regierung nach dem Langzeitherrscher Abd al-Aziz Bouteflika, aber der neue Präsident hat noch nicht klar angedeutet, in welches Lager er strebt.

Algeriens Militärregime hat im Juni ein neues Parlament wählen lassen, aber die Wahlbeteiligung betrug nur 23 Prozent. Die Protestbewegung „Hirak“ (Bewegung) und die Opposition hatten die Wahlen boykottiert. Die Muslimbrüder sind in Algerien gleichgeschaltet. Algerien hatte bereits in den 1980er Jahren nach dem Wahlsieg einer radikalislamischen Partei ein Jahrzehnt islamischer Gewalt erlebt, das zigtausend Opfer forderte.

Die Proteste in Algerien konzentrierten sich fast ausschließlich auf die traditionell aufmüpfige Kabylei, in der es im Sommer zu den verheerenden Waldbränden gekommen war, hinter denen die Regierung das Königreich Marokko vermutet.

In Nordafrika scheint der Siegeszug der Muslimbruderschaft als zentrale Organisation des politischen Islam erst einmal gestoppt, weil die Menschen nach Jahrzehnten politischer Kämpfe die Erfahrung gemacht haben, dass radikal-islamische Parteien genauso wenig wie alle anderen Parteien in der Lage sind, die Probleme der Region zu lösen.



Tunis am 26. Juli: Sicherheitskräfte drängen protestierende Ennahda-Anhänger vor dem Regierungsgebäude zurück

AUSTRALIEN

Corona-Streit heizt sich zunehmend auf

So wenig das Land von der Pandemie betroffen ist, so hart sind die Maßnahmen der Regierung

Australien ist, begünstigt durch seine Insellage, bislang vergleichsweise gut durch die SARS-CoV-2-Pandemie gekommen. Dennoch haben die Regierungen der sechs Bundesstaaten ein ganzes Bündel von Maßnahmen verhängt, die inzwischen vielfach diktatorische Züge tragen.

Sehr rigide agierte beispielsweise die Premierministerin von New South Wales, Gladys Berejiklian von der konservativen Liberal Party of Australia, die im Juni 2021 einen bis heute nicht aufgehobenen, extrem strengen Lockdown über Sydney verhängte, und das bei einer damaligen Inzidenz von Eins. Darüber hinaus entsandte sie das Militär, um mehrere Viertel der Millionenstadt abzurie-

geln. Darin herrschen jetzt Verhältnisse wie im Strafvollzug. So dürfen die Menschen nur noch eine Stunde Sport pro Tag im Freien treiben.

Noch schlimmer geht es in Victoria zu, wo die nach Sydney zweitgrößte Stadt Australiens, Melbourne, liegt. Der dortige Premierminister Daniel Andrews von der Australian Labor Party trägt mittlerweile den Spitznamen „Kim Jong-Dan“, weil seine Anordnungen viele Australier an nordkoreanische Verhältnisse erinnern. Beispielsweise müssen Arbeitnehmer nun Passierscheine am Körper tragen, um ihrer Beschäftigung nachgehen zu können. Des Weiteren ließ Andrews alle Sportplätze sperren und beschränkte das Einkaufen auf eine Person pro Haus-

halt und Tag sowie einen Umkreis von fünf Kilometern um die Behausung.

Vollkommen überschießend handelte auch der Labour-Premierminister des riesigen, aber bevölkerungsarmen West Australia, Mark McGowan. Der ließ sämtliche Grenzen zu den Nachbarstaaten abriegeln, damit es weiter bei null Corona-Fällen in seinem Machtbereich blieb.

Naheliegenderweise regt sich unter den freiheitsliebenden Bewohnern von Down Under zunehmend Widerstand gegen diese Zumutungen, zu denen auch die anhaltende Aussperrung von 37.000 Auslandsaustraliern gehört. Das Aufbegehren wird jedoch mit demonstrativer Härte unterdrückt. Anti-Lockdown-Demonstranten erhielten zunächst brutal Prügel

von der Polizei und dann saftige Geldbußen in Höhe von umgerechnet 3000 Euro. Noch schlimmer traf es den Organisator einer Protestveranstaltung gegen die Regierungspolitik. Der musste für acht Monate ins Gefängnis.

Je mehr Menschen am Sinn der Maßnahmen zweifeln, desto schärfer wird der Ton der Herrschenden. Sie bezeichnen ihre Kritiker nun als „Meute von Schwachköpfen“ und schwelgen in immer totalitären Fantasien. Dazu gibt es wohlfeile „Hygiene-Ratschläge“ folgenden Kalibers: Wer beim Einkaufen im Supermarkt auf einen seiner Nachbarn treffe, solle den lieber nicht grüßen, weil auch das der Verbreitung des Virus Vorschub leiste.

Wolfgang Kaufmann

VON NORMAN HANERT

Der Zustand des Rentensystems, die Zuwanderung nach Deutschland, die Ausbreitung schwerer Gewaltkriminalität oder die Angst um die Ersparnisse sind Sorgen, die vielen Deutschen unter den Nägeln brennen, die jedoch im Wahlkampf bislang bemerkenswert wenig thematisiert wurden. Speziell der Verlust von Kaufkraft und die Entwertung von Ersparnissen kann jedoch sehr schnell zu einem der wichtigsten Probleme der kommenden Legislaturperiode werden.

Geht es um die Inflationsentwicklung der letzten Monate, ziehen Kommentatoren immer öfter Vergleiche zu den hohen Inflationsraten der 70er und 80er Jahren. Das gilt auch für die sogenannte importierte Inflation. Im Juli lagen die Preise von Einfuhren um 15 Prozent über denen des Juli 2020. Ein ähnlich starker Anstieg war zuletzt im September 1981 als Folge der zweiten Ölpreiskrise zu konstatieren.

Importierte Inflation

Auch aktuell haben Energiepreise einen großen Anteil am Anstieg der Importpreise. Im Vergleich zum Vorjahresmonat lag der Importpreis von Erdgas um 170,5 Prozent, der von Erdöl um 68,9 Prozent und der von Steinkohle um 71,6 Prozent höher. Die Preise für Stromlieferungen aus dem Ausland stiegen in den letzten zwölf Monaten sogar um 171,4 Prozent.

Produktions- und Personalengpässe

Einige Ökonomen weisen darauf hin, dass bei den Preissprüngen ein statistischer Basiseffekt eine wichtige Rolle spielt. Durch die Vollbremsung der Weltwirtschaft während der Corona-Krise im vergangenen Jahr waren die Preise für viele Güter stark gefallen. Umso stärker fällt mit dem Anziehen der Nachfrage nun der prozentuale Preisanstieg aus.

Diese Entwicklung wird allerdings noch durch weitere Faktoren verschärft. Ein Teil der Unternehmen hat die Dynamik des Aufschwungs völlig unterschätzt. Die Folge sind Produktions- und Personalengpässe.

Steigende Transportpreise

Obendrein leidet der globale Warentransport noch immer unter der Corona-Pandemie. Insbesondere auf dem Seeschiffsweg von Asien nach Europa und in die USA fehlen Container, zum Teil auch Schiffsbesatzungen. Als Folge sind die Transportpreise im Seehandel von China nach Europa in den letzten Monaten geradezu durch die Decke gegangen. Laut einer Auswertung des Bochumer Unternehmens Setlog sind die Frachtkosten für



Inzwischen beim Endkunden angekommen: Preisanstieg bei vielen Produkten

Foto: action press

INFLATION

Wirklich nur ein temporäres Problem?

Was dafür spricht, dass wir es mit einem länger anhaltenden Preisanstieg zu tun haben

Container auf der Route Asien-Europa im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit zum Teil um das Sechs- bis Achtfache höher. Hiesigen Unternehmen machen zudem generelle Lieferschwierigkeiten auf dem Weltmarkt, etwa bei Halbleitern, zu schaffen.

Viele Ökonomen und Kommentatoren sehen die aktuellen Preisschübe nur als eine vorübergehende Folge der Corona-Krise. Die Befürworter der These von der vorübergehenden Inflation hoffen, dass bereits in den kommenden Monaten die Preisdynamik wieder abbricht und sich die Lage im Jahr 2022 normalisiert.

„Green Deal“

Allerdings gibt es auch Stimmen, die weniger optimistisch sind. So sieht der frühere Bundesbankchef Axel Weber beispielsweise

eine länger anhaltende Inflationsgefahr: „Ich glaube nicht, dass die jetzigen Inflationsraten so vorübergehend sein werden, wie Notenbanken jetzt glauben.“

Gestiegene Löhne in Asien

Tatsächlich werden sich gerade die Verbraucher in der EU darauf einrichten müssen, dass im Zuge des „Green Deal“ der EU-Kommission die Energiepreise auch in den kommenden Jahren ein massiver Preistreiber bleiben. Bert Rürup, Chefökonom des „Handelsblatts“, wies zudem auf gestiegene Löhne in China und anderen asiatischen Ländern hin. Aus Sicht des ehemaligen Wirtschaftsweisen spricht dies gegen ein Sinken der Preise. Gerade bei Konsumgütern haben die Importe aus Asien in der Inflationsstatistik

bislang einen allgemein dämpfenden Effekt gehabt.

Offen ist zudem die Frage, ob sich wie in den 70er Jahren eine sogenannte Lohn-Preis-Spirale einstellt. Die Bedingungen für einen solchen inflationstreibenden Aufschaukelungseffekt sind derzeit durchaus vorhanden. Das Statistische Bundesamt hat im August eine Teuerungsrate von 3,9 Prozent ermittelt. Nach Angaben des Bundesamts hat die allgemeine Teuerung im zweiten Quartal dieses Jahres zu einem Reallohnverlust bei den Tarifbeschäftigten geführt. Bei ihnen lagen die Verdiensterhöhungen unterhalb der allgemeinen Preisteigerung. Dementsprechend steigt der Druck auf die Gewerkschaften, für ihre Mitglieder bei Tarifverhandlungen wieder stärkere Lohnzuwächse zu fordern.

LANDWIRTSCHAFT

„Jeder Hof zählt!“ – Bauern gegen Ausverkauf

Stärkere Bezuschussung für ökologische Landwirtschaft – Stopp des Bodenverkaufs an Investoren

Am 1. Juli hat die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft eingesetzte „Zukunftskommission Landwirtschaft“ (ZKL) ihren Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen für die Politik vorgestellt. Wichtige Bestandteile des ZKL-Berichtes sind bei den nächsten Koalitionsverhandlungen in Berlin zu berücksichtigen.

Bei dem anstehenden Umbau der Landwirtschaft müssen demnach die Landwirte für die von ihnen erwarteten gesellschaftlichen Leistungen im Sinne des Gemeinwohls und der Ökologie wesentlich stärker bezuschusst werden. Für die zukünftige Bodenmarktpolitik empfiehlt die ZKL, den Ausverkauf der Landwirtschaft an außerlandwirtschaftliche Investoren zu stoppen. Über den notwendigen Schutz bäuerlicher Betriebe vor

übermächtigen Konkurrenten bei der Vergabe von land- und forstwirtschaftlichen Flächen informierte die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft vom 3. bis zum 10. September mit einer bundesweiten Aktionswoche unter dem Motto „Jeder Hof zählt! Ackerland in Bauernhand – für einen gerechten Bodenmarkt“.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL) versteht sich als Gegenpol zum Deutschen Bauernverband e.V. (DBV), der größten landwirtschaftlichen Berufsvertretung. Bei vielen Mitgliedern des DBV, insbesondere bei den Großbetrieben und der Agrarindustrie, herrscht Unruhe wegen des zukünftig größeren nationalen Verteilungsspielraums der Agrarmilliarden aus Brüssel. Zusätzliche Sorgen bereitet hier der ZKL-Bericht.

Hinter den Kulissen wird um eine gemeinsame Linie gerungen. In der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft sind mehrheitlich kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe zusammengeschlossen, welche die neuen Zielsetzungen befürworten. Ihre Forderungen nach einer nachhaltigen Landwirtschaft mit einer Entlohnung für gemeinwohlorientierte Leistungen wurden im Abschlussbericht der ZKL berücksichtigt. Die AbL nutzt die mediale Aufmerksamkeit für die Thematik, um für ihre Vorstellungen von einer Agrarwende mit sozialer Gerechtigkeit zu werben, bei der Perspektiven für Landwirte und den Umweltschutz geschaffen werden.

Am 3. September startete die Aktionswoche „Jeder Hof zählt“ mit einer Kundgebung auf einem der letzten Hamburger Familienbetriebe mit Milchkühen. Hier

droht das Aus, weil ein Immobilienmakler die verpachtete Hofstelle gekauft hat. Die Veranstalter betonen, dass es eine gesellschaftspolitische Frage und wichtig für die Zukunft des ländlichen Raums sei, wem der Boden gehört. Der AbL tritt für eine Änderung des Bodenmarktgesetzes aus den 60er Jahren ein. Bei der gleichzeitigen Auftaktveranstaltung in Berlin stand die bundeseigene Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) in der Kritik. Diese privatisiert seit 1992 land- und forstwirtschaftliche Flächen in den neuen Bundesländern. Die BVVG habe die preisgesteuerte Bodenpolitik wesentlich zu verantworten, heißt es, da der Auftrag durch das Bundesministerium der Finanzen an die BVVG nach wie vor lautet, die Flächen möglichst gewinnbringend zu verkaufen.

Dagmar Jestrzowski

● MELDUNGEN

30 Milliarden Euro pro Jahr

Berlin – Nach Ansicht der Denkfabriken Agora Energiewende und Agora Verkehrswende sowie der Stiftung Klimaneutralität muss die nächste Bundesregierung ihre Anstrengungen zum Klimaschutz gegenüber jetzt etwa verdreifachen. Die drei Organisationen sehen Deutschland weit davon entfernt, das im Juni vom Bundestag verabschiedete Ziel bis 2030 mindestens 65 Prozent weniger sogenannten Treibhausgasemissionen und bis 2045 „Klimaneutralität“ zu erreichen. Laut Patrick Graichen, dem Direktor von Agora Energiewende, muss die neue Bundesregierung in den ersten 100 Tagen das ehrgeizigste „Klimaschutz-Sofortprogramm“ auf den Weg bringen, das es in Deutschland je gegeben hat. Als übergreifende Maßnahme schlagen die drei Organisationen einen „Klima-Haushalt“ vor, aus dem jährlich zusätzlich mehr als 30 Milliarden Euro für „Klimaschutzinvestitionen“ bereitgestellt werden.

N.H.

Aeroflot nutzt Wasserstoff

Moskau – Auf einem Wirtschaftsforum in Wladiwostok hat die Moskauer Fluggesellschaft Aeroflot eine strategische Neuausrichtung des Unternehmens angekündigt. Künftig soll Aeroflot auf ausgewählten Routen mit ökologisch sauberem Treibstoff fliegen. Mit dem staatlichen Ölkonzern Gazprom Neft laufen Verhandlungen über die Entwicklung und Lieferung des sogenannten Sustainable aviation fuel (SAF), der als kohlenstoffarm gilt. Dieser kann entweder aus Biomasse unter Verwendung von Tier- und Pflanzenfetten oder der Verarbeitung von Altölen hergestellt werden oder synthetisch aus der Zersetzung von Wasser in Wasser- und Sauerstoff. SAF wird mit Wasserstoff und mit aus der Atmosphäre eingefangenen Kohlendioxid gewonnen. Gazproms Fokus wird auf der Gewinnung von Wasserstoff liegen. Die Entwicklung eines marktreifen SAF wird laut Experten drei bis vier Jahre dauern. Aeroflot stellt sich mit der Nutzung von grünem Treibstoff auf steigende Umweltafgaben auf CO₂-Emissionen auf internationalen Flugrouten ein.

MRK

Auf Distanz zu E-Autos

Toyota – Toyota setzt nicht ausschließlich auf Elektroautos. Der weltweit größte Autobauer wartet lieber ab, welche Antriebsart sich am Markt durchsetzen wird. Die „New York Times“ kritisiert das: „Toyota hat sich still und leise zur stärksten Stimme der Branche entwickelt, die sich gegen einen vollständigen Übergang zu Elektrofahrzeugen ausspricht.“ In Japan scheint vornehmlich bei Hybridautos ein Wachstumspotential zu bestehen. In den USA sind E-Autos sogar auf dem Rückzug. Auf dem russischen Markt spielen E-Autos keine große Rolle. Europa beziehungsweise die EU scheint mit ihrer Festlegung auf das E-Auto einen Sonderweg zu gehen, der möglicherweise in der Bedeutungslosigkeit enden könnte.

F.B.

HINTERGRUND

Das demaskierende Schweigen der Muslime

VON BODO BOST

Der muslimische Religionsphilosoph Milad Karimi, der 1979 als Flüchtling nach Deutschland kam und an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster Islamische Philosophie lehrt, vermisst deutliche Kritik islamischer Länder und Institutionen am brutalen Regime der Taliban. Karimi wirft islamischen Gelehrten und Regierungen vor, zu der menschenverachtenden Taliban-Herrschaft, die mit dem Islam unvereinbar sei, zu schweigen. Anstatt Kritik und Abscheu kommt von maßgeblichen Muslimführern wie dem selbsternannten „Kaid“ (Führer) aller Muslime Erdogan sogar Verständnis für die Radikalislamisten, mit dessen religiösen Bekenntnissen Erdogan keinerlei Probleme hat.

Auch die Golfstaaten, die schon in der Vergangenheit als Vermittler zwischen dem Westen und den Taliban gedient haben, hatten die Taliban und ihr „Emirat Afghanistan“ bereits in ihrer ersten Herrschaftsperiode 1996 diplomatisch anerkannt. Von ihnen wird ein solcher Schritt auch jetzt bald erwartet. Allein Katar könnte zögern, könnte sonst doch die Austragung der Fußball WM 2022 in Gefahr geraten boykottiert zu werden, da zu viele Teilnehmer-Länder am Krieg gegen den Terror in Afghanistan beteiligt waren.

„Infantiles Islamverständnis“

Der sunnitische Islam kennt anders als die Kirchen und das Judentum keine religiöse Hierarchie. Kalif, Scheich, Emir et cetera sind zwar religiös besetzte Titel im Islam, aber es herrscht die Vielfalt und sogar die Konkurrenz der Lehrmeinungen und Islamschulen. Im Grunde könnte jeder männliche Muslim eine solche Schule gründen und sich zum Emir erklären, wie es Abu Bakr al-Bagh-dadi als „Emir des IS“ 2014 in Mosul getan hat. Al-Baghdadi stand in der Tradition der Salafisten, die wiederum wie die Wahhabiten in Saudi-Arabien eine Rückkehr zum Ur-Islam propagieren, als Antwort auf die Krise des Glaubens in der Moderne.

Die Taliban stehen in der Tradition der indischen Islamschule von Deoband, die seit 1866 in Britisch-Indien

den Kampf gegen die Ungläubigen als Lösung für die Krise des Islams nach dem Untergang des Mogulreiches propagierte. Aber nicht die radikalen Moslems von Deoband haben 1947 Indien und Pakistan mit einem Kampf gegen die Ungläubigen befreit, sondern der gewaltlose Widerstand des Hindus Mahatma Gandhi. Die indischen Deobandis haben sich in der Folge an die neue Umgebung angepasst und den Kampf gegen die Ungläubigen hintangesetzt. 1966 erschien Indira Gandhi zum 100. Jubiläum der Schule und propagierte das friedliche Zusammenleben der Religionen und die historisch kritische Schriftforschung als neue zentrale Aufgaben von Deoband, dem sich die Islamführer auf dem Subkontinent bis heute fügten.

Nicht so in Pakistan und Afghanistan. Pakistan wurde als erster dezidiert islamischer Staat der Neuzeit mit der Hauptstadt Islamabad gegründet, die Schule von Deoband entwickelte für Pakistan eine islamische Herrschaftsideologie. Und für Afghanistan entstand in den pakistanischen Flüchtlingslagern eine islamische Opfertheologie gegen die Fremdherrschaft der Sowjets zwischen 1979 und 1989, aus der schließlich 1994 die Taliban entstanden.

Der afghanische Religionsphilosoph Karimi bezeichnete die Taliban im Deutschlandfunk als rein politische Bewegung von „Menschen, die nicht mal eine Grundschulausbildung haben“ und ihre Taten religiös zu begründen versuchten. Ihr Islamverständnis sei ebenso infantil wie mörderisch und blasphemisch. „Die Menschen in Afghanistan verdienen das nicht und meine Religion verdient das nicht“, sagte Karimi. Die Taliban müssten von Muslimen isoliert werden. Dazu müssten mehr Islamgelehrte Stellungnahmen gegen die Extremisten wagen und die islamischen Staaten die Taliban nicht anerkennen. Afghanistan dürfe nicht zum Modell für einen angeblichen Gottesstaat und einer Art „sunnitischem Iran“ werden, forderte Karimi. Im Iran allerdings gibt es mit dem Ayatollah-Amt eine religiöse Hierarchie und eine schiitische Herrschaftstheologie der Statthaltertschaft des Rechtsgelehrten (Welāyat-e Faqih).



Fragwürdige Forderung: Demonstration für die Evakuierung afghanischer Ortskräfte nach Deutschland

LEITARTIKEL

Wer wem geholfen hat

RENÉ NEHRING

Der überstürzte Abzug der westlichen Armeen aus Afghanistan beschäftigt weiter die in- und ausländischen Gemüter. Zu einem zentralen Problem der letzten Tage wurde die Frage, wie mit den sogenannten Ortskräften umzugehen ist – denjenigen Afghanen also, die in den vergangenen zwanzig Jahren im Dienst der ausländischen Mächte gestanden haben.

Klar ist, dass der Westen ein Glaubwürdigkeitsproblem bekäme, wenn er diese ehemaligen Mitstreiter im Stich ließe. Viele der Übersetzer, Kraftfahrer oder Reinigungskräfte vertrauten auf die Zusagen, dass man sie nicht den Taliban überlassen werde. Allerdings hätten die Erfahrungen in anderen Krisengebieten sie von Beginn an vorsichtig sein lassen müssen. Denn dort – etwa im Irak, wo die Amerikaner die Kurden wiederholt zu Angriffen erst gegen Saddam Hussein und dann gegen den IS angestiftet hatten – waren Verbündete des Westens schnell wieder vergessen, sobald sie nicht mehr gebraucht wurden.

Notwendig ist gleichwohl, einige in diesem Kontext gefallene Aussagen zu

hinterfragen. So behauptet das eilig aus dem Boden gestampfte Patenschaftsnetzwerk Afghanische Ortskräfte e.V. (wobei erstaunlich ist, wie schnell hier ein Verein gegründet werden konnte): „Wir sind den Menschen gegenüber verantwortlich, die uns in Afghanistan unterstützt, geholfen und vertraut haben.“

Insofern haben „wir“ den Menschen am Hindukusch geholfen, nicht umgekehrt

Diese Aussage, die von zahlreichen Politikern verschiedener Couleur umgehend aufgegriffen wurde, kann jedoch nicht unwidersprochen bleiben. Schließlich sind nach den Terroranschlägen von 2001 die westlichen Staaten nach Afghanistan gegangen, um nicht nur die Welt vom Terrorismus, sondern auch die Afghanen von der Diktatur der Taliban zu befreien (zumindest wurde dies von der

politischen Führung behauptet). Insofern haben „wir“ den Menschen am Hindukusch geholfen und nicht umgekehrt.

Dies sollte schon deshalb nicht vergessen werden, da der Einsatz hundertenden Soldaten aus Europa und Nordamerika das Leben gekostet hat. Allein 59 Bundeswehrsoldaten fielen am Hindukusch.

Der zweite kritische Punkt ist die Frage, warum die Afghanen, wenn sie denn eine solche Angst vor der Rückkehr der Taliban hatten, nicht selbst gekämpft haben. Gemäß den bekannten Zahlen hatte die reguläre afghanische Armee etwa dreieinhalb bis viermal so viele Kämpfer wie die Freischärler der Taliban.

Zudem ist die Lage im Lande – zumindest bis jetzt – durchaus geordnet. Die Taliban zeigen sich bemüht um Gespräche mit dem Ausland, westliche Journalisten konnten in den letzten Tagen frei über die Lage vor Ort berichten, und am vergangenen Wochenende wurden sogar Taliban gemäßregelt, die gegen eine Frauendemonstration vorgegangen waren.

Ob dies so bleibt, weiß freilich niemand. Angesichts der genannten Fakten gibt es derzeit jedoch keinen Grund, überstürzt – und ungeprüft (!) – tausende Afghanen nach Deutschland zu holen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Sturer Lokführer

Aus Sicht vieler Zugführer war es höchste Eisenbahn für einen Streik. Hätten sie im Frühjahr die Arbeit niedergelegt, hätte kaum jemand von ihren Forderungen nach einem Flächentarifvertrag mit einer Entgelterhöhung zum 1. März 2021 sowie einer Corona-Sonderprämie Notiz genommen. Damals im Lockdown fanden sich einzelne Zugreisende allein und verlassenen im Großraumwagen wieder.

Dass jetzt ausgerechnet in der Ferientzeit gestreikt wird, macht den Vorsitzenden der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) für viele zum meistgehassten Mann Deutschlands. **Claus Weselsky**, so heißt es, habe man es zu verdanken, dass die wenigen Züge, die an den Streiktagen noch fuhren, überfüllt waren und Abstandsgebote keine Rolle spielten. Ihm ginge es nur um einen Machtkampf mit der konkurrierenden Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG, die mit der

Deutschen Bahn bereits einen neuen Tarifvertrag ausgehandelt hat.

Doch damit wird man Weselsky nicht gerecht. Der 62-jährige Gewerkschaftsboss aus Sachsen, der zu DDR-Zeiten zum Schlosser und Lokführer ausgebildet wurde, will um jeden Preis verhindern, dass man den Lokführern die Betriebsrente um 50 Euro auf 100 Euro kürzt. So kritisiert er das Management der DB AG, „das

sich selbst die Taschen füllt und den kleinen Eisenbahnern die Renten wegnehmen will. Das kann so nicht sein!“

So hat er das zuletzt verbesserte Lohnangebot der Bahn auch deshalb abgelehnt, da es die Forderungen bei der Altersversorgung unberücksichtigt ließ. Vor dem Hintergrund, dass sich das Bahn-Management die Taschen vollstopft – allein Vorstandsmitglied und Ex-Bundesminister Ronald Pofalla „verdient“ jährlich mehr als 1,2 Millionen Euro – gilt CDU-Mitglied Weselsky als harter und nicht erpressbarer Verhandler, was die Bahn schon 2014 nach einer intensiven Streikphase zu spüren bekam.

Und so wird das Streikritual wohl auch diesmal das gewohnte Ende finden: Ein altgedienter Politiker wird als Schlichter einen Weg finden, mit dem beide Seiten ihr Gesicht wahren und sich als Sieger im Tarifstreit fühlen können. *H. Tews*



Harter Verhandler: Claus Weselsky

Der letzte Römer – und der erste Italiener

Vor 700 Jahren starb der Florentiner Dichter Dante Alighieri.
Aufgewachsen in der Welt der Spätantike, wurde er zum Schöpfer der italienischen Sprache

VON EBERHARD STRAUB

Ein so zahlreiches und vornehmes Trauergefolge wie zu Ehren Dante Alighieris, am 14. September 1321 verstorben, hatte es, wie Zeitgenossen vermuteten, seit dem Tod des römischen Kaisers Augustus nicht mehr gegeben. Sie waren sich bewusst, dass es sich bei Dante, dem Dichter der „Divina Commedia“ (zu Deutsch: „Göttlichen Komödie“), um einen ganz außerordentlichen Mann gehandelt hatte, berühmt auf dem weiten Erdenrund, weil Schöpfer der neueren, der italienischen Sprache und Zierde wie Leuchte der alten, des Latein. In beiden Sprachen bestätigte er, nicht nur ein geschickter Versemacher, sondern ein profundur Denker und Gelehrter zu sein.

Der Florentiner Dante war stolz darauf von echten Römern abzustammen, die 59 vor Christus auf den Trümmern einer von ihnen zerstörten etruskischen Siedlung die Militärkolonie Faesulae gründeten, aus der sich im Lauf der Zeiten Florenz entwickelte. Er begriff sich als römischen Florentiner.

Der leidenschaftliche italienische Patriot haderte allerdings heftig mit seinem kleinen Vaterland, weil es vor dem großen Vaterland – Italien – versagte, das nur als Teil des von den deutschen Kaisern verwalteten Römischen Reiches und in Übereinstimmung mit ihnen seinen Aufgaben gerecht werden konnte, eine Friedensordnung aufrechtzuerhalten. Florenz und die übrigen Städte und Herrschaften verwickelten sich ununterbrochen in schreckliche Bürgerkriege, weil die nicht mehr fähig waren, sich in größere Zusammenhänge zu versetzen.

Sehnsucht nach klassischem Italia

Deshalb ging ihnen eine Vorstellung von der klassischen Italia verloren, dem Garten des Römischen Reiches. Indessen verwarhlost veranschaulichte dieser, wie sehr er auf Pflege angewiesen ist, weil im schlechten Acker auch die beste Saat nicht gedeiht. Ohne die römischen Tugenden, die zu Tüchtigkeit, praktischer Vernunft, Umsicht und Eleganz verhelfen, löste sich die frühere „civilitas“, die allgemeine Lebenskultur, auf und ebnete wilder Formlosigkeit den Weg, deren schaurigstes Ergebnis die babylonische Sprachverwirrung von den Alpen bis nach Sizilien war.

Dante ging es von vorneherein darum, als Dichter, entsprechend der Forderung des Römers Horaz, zu unterhalten und zu nützen, was für ihn hieß, den Italienern zu einer gehobenen Sprache zu verhelfen, die alle Vorzüge des Latein besitzt und es ihnen zugleich ermöglicht, wieder zu einer Idee ihres Vaterlandes zu gelangen.

Die Sprache sollte Einigkeit, nicht Einheit schaffen in der Tradition des Römischen Reiches, das in der alten Italia viele Besonderheiten achtete und dem freien Leben sein Recht in den Gemeinden und Landschaften ließ. Dante setzte fort, was eine Generation früher der schwäbische Kaiser Friedrich II. und dessen Söhne von Sizilien aus vorbereitet hatten: eine Wiedergeburt Italiens aus dem Geist der gemeinsamen Sprache.

Der Kaiser reiste während seiner Kriegszüge stets mit einem großen Gefolge von Dichtern, Sängern und ritterlichen Schöngesternen, die auf dem Festland unter den in ihren Dialekten und in ihren



Italiens lorbeerbekränzter Dichter- und Denker-König: Dante-Statue auf der Piazza Santa Croce in Florenz

Lokalpatriotismen Befangenen dafür warben, sich um die noch ungeordneten Volkssprachen zu kümmern, sie zu adeln, zu verschönern, und den gefälligen Klang der gesprochenen Rede auch dem geschriebenen Wort zu verleihen. Klang und Rhythmus, die Musik, die edelste aller Künste, sollte dem Wort, dem Begriff einen besonderen Zauber verleihen.

Dante wusste wie jeder Christ: Im Anfang war das Wort und das Wort war bei Gott, der mit der Schönheit identisch ist. Die Umgangssprache, in der die göttliche Wahrheit verkündet wurde, sollte deshalb eine Ahnung von dem „splendor veritatis“, dem Glanz und der Klarheit vermitteln, mit dem sich alles Göttliche offenbart. Es waren nicht zuletzt Florentiner, die des Kaisers Empfehlungen beherzigten, sodass Dante vor allem aus dem Toskanischen die verbindliche Sprache gewinnen konnte, die seitdem alle zu Italienern erzieht.

Entdeckung der Volkssprache

Dante war im Übrigen auch der erste und einzige, der lange vor der Sprachwissenschaft die Sprachgruppen in Europa untersuchte, die sich aus dem Latein und den germanischen Idiomen entwickelt hatten. Und das nicht nur aus philologischer Neugier, sondern aus patriotischer Leidenschaft.

Dante war als tüchtiger Bürger ein Opfer der parteipolitischen Zwiste in den Kommunen mit ihrer „Demokratie“ geworden. 1302 wurde er aus Florenz verbannt, später gar zum Tode verurteilt, reiste dann unstet durch Italien und lernte somit die Unzulänglichkeiten seiner Landsleute – nicht nur in Grammatik und Aussprache – gründlich kennen.

Er urteilte schroff über Städte und Herrschaften und über die Italiener insgesamt. Sein heiliger Zorn über die vaterlandslosen und nichtswürdigen Krämer,

Krieger und Herren, die vorzugsweise im Nachteil des anderen ihren Vorteil witterten, ergab sich unvermeidlich aus dem hohen Ideal, das er sich – voller römischer Erinnerungen – entworfen hatte und dem nur wenige Zeitgenossen genügten. Er hoffte auf eine künftige „patria“ und auf begeisterte Patrioten, die römische Würde und Größe erneuerten. Er war tatsächlich als letzter Römer der erste Italiener und ist deshalb auch der größte geblieben, ein Gründer wie Romulus.

Pedantische Humanisten tadelten, dass Dante erhabene Dinge in der Volkssprache behandelte. Doch gerade unter denen, die kein oder kaum Latein konnten, wurde seine „Commedia“ rasch populär, trotz aller Gelehrsamkeit und der schon damals vielen gar nicht mehr vertrauten Personen mit ihren Lebensdramen, ganz abgesehen von den mythologischen Helden und römischen Senatoren,

Soldaten und Kaisern. Es mögen lebenswürdige Lügen sein, dass Eseltreiber oder Schmiede Dantes Verse deklamierten oder sangen. Doch solche Anekdoten konnten nur verbreitet werden, weil eben „das Volk“, wie Dante es sich gewünscht hatte, in der Sprache das Band erkannte, das bei aller Formalität einen freien, natürlichen Austausch erlaubte. Von den Italienern lernten die übrigen Europäer „civilitas“, eine Lebenskultur, die Anmut, Witz und Würde vereinte.

Sehr bald stellte sich eine weitverbreitete Freude ein, sich gewandt ausdrücken zu können und phantasievoll mit den Möglichkeiten zu spielen, die Grammatik und Vokabular boten. Nirgendwo gab es damals ein solches Sprachbewusstsein, das bei aller Formalität einen freien, natürlichen Austausch erlaubte. Von den Italienern lernten die übrigen Europäer „civilitas“, eine Lebenskultur, die Anmut, Witz und Würde vereinte.

Die italienische Mission

Die Italiener reisten viel und konnten mit ihrer anmutigen Lebhaftigkeit nicht allein für die vornehmen Leute zum Vorbild werden. Handwerker, Künstler, Händler, Soldaten, Gastwirte und allerlei fahrendes Volk regten mit ihrem weltläufigen Betragen ihresgleichen unter Spaniern, Franzosen und Deutschen dazu an, manche ihrer Grobheiten oder Schwerfälligkeiten abzulegen. Italiener wurden zu einer Weltmacht des guten Geschmacks. Das war Dantes Verdienst. Nicht zuletzt, weil er dem italienischen Patriotismus eine universale Richtung gewiesen hatte.

Für Dante war Italien doppelt bevorzugt: wegen Rom, der Hauptstadt des Römischen Reiches und der Römischen Kirche, des weltlichen und des geistigen Imperiums mit universalem Auftrag. Er sah Italiens Bestimmung darin, einträchtig mit Kaiser und Papst dafür zu sorgen, dass eine alles umfassende Ordnung auf Erden eine Ahnung von dem göttlichen Friedensreich im Paradies vermittelt, in dem Christus als Römer herrscht.

Die Fülle der Zeiten war gekommen, als unter Augustus, für Dante der ideale und vollkommene Kaiser, das Römische Reich den Höhepunkt seiner Macht erreicht und mit seiner „Pax Romana“ die Voraussetzung geschaffen hatte für den Eintritt Christi in die Geschichte. Der Herr der Geschichte, Christus der Weltenkaiser, wurde als Retter und Römer geboren. Von der Sendung Roms, die Welt von allen Übeln zu befreien, kündete Vergil. Dieser heidnische römische Reichsdichter führte Dante – den anderen, nun christlichen Reichspoeten – durch die Unterwelt über den Läuterungsberg bis zu den Pforten des Paradieses.

Die „Divina Commedia“ ist nicht nur die Erlösungsgeschichte Dantes und des irrenden Menschen, sondern vor allem die Geschichte der Welterlösung durch Rom, durch Kaiser und Papst als Stellvertreter des Römers Christus. Alles gerät in Unordnung, sobald beide in Zwietracht miteinander leben und Rom, die Mitte der Welt, um seine Macht bringen. Die Macht ist gut, weil sie von Gott dem Allmächtigen herrührt. Ohne Macht lässt sich nichts machen.

Aufgrund dieser politischen Theologie Dantes waren das Heilige Römische Reich und die Heilige Römische Kirche auf Rom angewiesen, auf das Haupt der Welt. Fern von der „urbs“, der Stadt, die den „orbis“, den Weltkreis, repräsentiert, wie jetzt zu Dantes Zeiten, verkümmern beide und tragen mit ihren Schwächen zur Friedlosigkeit der Welt bei. Italien ist dann nicht mehr die Zierde des Reiches, sondern ein Irrgarten, wo jeder in anderen einen Wolf fürchten muss.

Dante hielt den weltlichen Ehrgeiz der Päpste für verderblich, den erst die Kaiser weckten, indem sie den Bischof von Rom seit Konstantin dem Großen mit politischen Privilegien ausstatteten, die sie aufmunterten, nach weiteren Vorrechten zu streben, endlich gar nach Obermacht über den Kaiser. Die Kaiser, die Hüter des Rechts, sind, wie Dante beklagt, in ihre deutschen Affären verstrickt, zu Parteilühnern geworden, die das Reich und Italien vernachlässigen. Päpste und Kaiser beschleunigen mit ihren Spießgesellen die vollständige Korruption in Italien, die der Römer Dante heftig beklagt.

Stifter des Vaterlands

Er geißelt Personen, ob Kaiser oder Päpste, die den Institutionen aber nichts anhaben können. Denn Ideen und Ideale verlieren ihre Bedeutung und fordernde Macht nicht wegen menschlicher Schwächen. Ganz im Gegenteil. In der Welt voller Täuschungen und Lügen, in der Fiktionen die Wirklichkeiten überlagern, gewähren sie allein einen Halt und mahnen Italiener, sich an die alten römischen Tugenden zu erinnern und nicht alle Hoffnung aufzugeben und mutlos zu verzagen.

Alle, die sich nach einem würdigen Vaterland während der sieben Jahrhunderte seit Dantes Tod heraussehnten aus dem ohnmächtigen, uneinigen Italien, beriefen sich auf diesen Vater eines idealen Vaterlandes. Seine Sprache blieb – einzigartig in Europa – unverändert die ihrige. Rinascimento und Risorgimento, vaterländische Wiedergeburt oder nationales Auferstehen, sind mit diesem Römer und Italiener verbunden, der immer wieder als Nothelfer beschworen wird, wenn die Kleinmütigen darüber hadern, was Italien war, ist und sein könnte.

UNGERN-STERNBERG

Der „Weiße Baron“

Ein unumstrittener Vorzeigeheld war Baron Roman-Nikolai-Maximilian Feodorowitsch von Ungern-Sternberg nie, selbst nicht zu Zeiten, als die Maßstäbe für das Urteil über Persönlichkeiten vergangener Epochen noch nicht so engstirnig waren wie heute. Bekannt war er auch als „Weißer Baron“, der im Russischen Bürgerkrieg nach der Oktoberrevolution die Bolschewiki bekämpfte, oder als „Blutiger Baron“, wodurch seine Grausamkeit unterstrichen werden sollte. Höhepunkt seines Wirkens war die beherrschende Stellung, die er 1921 für einige Monate in der Mongolei einnahm.

Geboren wurde Ungern-Sternberg am 10. Januar 1886 in Graz. Er entstammt einer baltendeutschen



Roman von Ungern-Sternberg

Adelsfamilie. In Reval besuchte er das Gymnasium. Anschließend erhielt er in Sankt Petersburg eine militärische Ausbildung. Danach diente er bei Kosakenregimentern in Ostsibirien und bereiste die Mongolei. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges kämpfte er in Galizien und Ostpreußen. Anerkannt war sein Mut, allerdings galt er auch als psychisch labil und wenig diszipliniert.

Unter Grigorij Semjonow, einem der wichtigsten zarentreuen Befehlshaber des Bürgerkrieges, kämpfte er ab Ende 1917 von der Transbaikalregion aus gegen die Rote Armee. Diese konnte zunächst erfolgreich zurückgedrängt werden. Aus Freiwilligen formierte Ungern-Sternberg, inzwischen im Rang eines Generalsmajors, die Asiatische Kavalleriedivision, deren Angehörige aus über 16 Nationalitäten stammten. Soll er diesbezüglich sehr offen gewesen sein, so wird auf der anderen Seite immer wieder auf seinen ausgeprägten Antisemitismus hingewiesen. Er verstand sich als Christ, bekannte sich aber auch zum tibetischen Buddhismus und war Monarchist durch und durch.

Von Semjonow trennte er sich und agierte seit Herbst 1920 in der sogenannten Äußeren Mongolei. Diese war bis 1911 chinesische Provinz gewesen. Mit Unterstützung des damaligen Zaren hatte sie sich gelöst und für selbständig erklärt, was von China nicht akzeptiert wurde. Der Bogd Gegen, der höchste mongolische Lama, der zugleich Anspruch auf die Herrschaft über das Gebiet erhob, gelangte durch das Wirken der Truppen Ungern-Sternbergs wieder an die Macht, dem „Weißen Baron“ verlieh er den höchsten Fürstentitel „im Range eines Khans“. Halten konnte Ungern-Sternberg sich allerdings nur kurz. Verraten von den eigenen Leuten wurde er an die Bolschewiki ausgeliefert und am 15. September 1921 im heutigen Nowosibirsk hingerichtet. *Erik Lommatzsch*

BIERUT-DEKRETE

Polens Pendant zu den Benesch-Dekreten

Vor 75 Jahren unterzeichnete Staatschef Bolesław Bierut das siebte und letzte der nach ihm benannten Vertreibungs- und Entrechtungsdekrete

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 13. September 1946 unterzeichneten Polens damaliger Vorsitzende der Krajowa Rada Narodowa (KRN, Landesnationalrat) und spätere Staatspräsident Bolesław Bierut sowie Ministerpräsident Edward Osóbka-Morawski und 20 Minister der provisorischen Regierung das Dekret über die Ausstoßung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Volksgemeinschaft. Es war das letzte der insgesamt sieben sogenannten Bierut-Dekrete, welche die scheinbare Legalisierung der Enteignung und Vertreibung der Deutschen aus dem polnisch verwalteten Teil Ostdeutschlands und aus Polen zum Ziele hatten.

Den Reigen dieser Bierut-Dekrete eröffnete das Dekret des Ministerrats vom 28. Februar 1945 „über den Ausschluss feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft“. Dieser Ausschluss betraf sowohl Einwohner Polens, die nach dem letzten Tag der Zwischenkriegszeit, dem 31. August 1939, die deutsche Staatsbürgerschaft besessen oder angenommen hatten als auch Bürger der Zweiten Polnischen Republik mit deutscher Nationalität.

CSU-Kritik zur Bundestagswahl

Dem folgten die Gesetze vom 6. Mai 1945 „über die Ausstoßung feindlicher Elemente aus der polnischen Gemeinschaft“ und „über das verlassene und aufgegebene Vermögen“. Mit dem erstgenannten Gesetz wurde den Bestimmungen des Dekrets vom 28. Februar Gesetzeskraft

Erst wurden die Deutschen vertrieben und ihre Rückkehr verhindert, um dann das von den „fortgegangenen“ Vertriebenen „aufgegebene“ Eigentum zu enteignen

verliehen. Das zweitgenannte Gesetz vom 6. Mai 1945 „über das verlassene und aufgegebene Vermögen“, das implizit auch das der Deutschen im polnisch verwalteten Teil Ostdeutschlands betraf, besagte in Artikel 2 Paragraph 1: „Jedes bewegliche oder unbewegliche Vermögen, das Eigentum oder Besitz des deutschen Staates ist ... oder das Vermögen eines deutschen Staatsangehörigen oder von Personen, die die Seiten zugunsten des Feindes gewechselt haben, ist ein aufgegebenes Vermögen im Sinne dieses Gesetzes.“

Dieses Gesetz war Teil des perfiden Spiels der polnischen Seite im Vorfeld der Potsdamer Konferenz vom Juli/August 1945, auf der über die von Stalin und Polen geforderte Übertragung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße verhandelt werden sollte: Erst vertrieb man die Deutschen aus ihrer Heimat oder hinderte Flüchtlinge an der Rückkehr in die Ostgebiete, um dann zu behaupten, die deutsche Bevölkerung sei „fortgegangen“ und habe ihr Eigentum „aufgegeben“.

Nach der Potsdamer Konferenz setzte der Kreis um Bierut seine legislatorische Tätigkeit fort. Im Gesetz vom 3. Januar 1946 „betreffend die Übernahme der Grundzweige der nationalen Wirtschaft in das Eigentum des Staates“ hieß es, sämtliches Betriebseigentum in deutscher Hand – ganz gleich ob staatlich oder privat – falle nun entschädigungslos an den polnischen Staat. Und das Dekret vom 8. März 1946 „über das verlassene und ehemals deutsche Vermögen“ besagte, dass jedwedes deutsche Vermögen im

polnisch verwalteten Teil Ostdeutschlands in Staatseigentum übergehe. Das sechste Bierut-Dekret war die Verordnung des Ministers für die wiedergewonnenen Gebiete und stellvertretenden Ministerpräsidenten Władysław Gomułka vom 24. März 1946 „über die Durchführung einer Erfassung des ehemals deutschen beweglichen Eigentums“. Und dann brachte das eingangs erwähnte siebte Dekret vom 13. September 1946 den Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens bezüglich der Austreibung und kompletten Enteignung der Deutschen in Polen und dem polnisch verwalteten Teil Ostdeutschlands. Es schloss nunmehr ausdrücklich auch die deutsche Bevölkerung in Ostdeutschland ein und ging insofern über das Dekret vom 28. Februar und die Gesetze und 6. Mai 1945 hinaus.

Erklärung des EGMR

Bis zum Jahre 2002 wurde die Frage der Unrechtmäßigkeit beziehungsweise Aufhebung der Bierut-Dekrete praktisch nur von den Vertriebenenverbänden in der Bundesrepublik thematisiert. Dann sprach es auch der damalige bayerische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat der CDU/CSU Edmund Stoiber aus, dass die polnischen Erlasse und Gesetze nicht „mit der europäischen Rechtsordnung vereinbar“ seien.

Hieraufhin entstand in Polen erhebliche Unruhe und der Historiker Włodzimierz Borodziej, dessen Vater Wiktor ein hoher Funktionär des polnischen Staatssicherheitsdienstes Służba Bezpieczeństwa (SB) gewesen war, behauptete mit offensichtlicher Rückendeckung seitens der Regierung in Warschau, die Dekrete seien „seit Langem erloschen“. Die Antwort auf die Frage, woraus er das schließe und was dies konkret bedeute, blieb Borodziej indes schuldig.

2008 erklärte sich der von den Vertriebenenverbänden angerufene Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) für unzuständig, was Anträge auf Aufhebung der Bierut-Dekrete betraf. Zur Begründung verwies er darauf, dass die Europäische Menschenrechtskonvention erst am 3. September 1953 in Kraft getreten sei.



Nach dem Zweiten Weltkrieg Polens Pendant zu Josef Stalin: Staats- und Parteichef Bolesław Bierut

Foto: akg images



Auf ihn stößt der Besucher gleich zu Beginn der Ausstellung: Hermann Kaspars 30 Quadratmeter großer Gobelin „Die Frau Musica“

Foto: DHM/Yves Sucksdorff

VON DIRK KLOSE

DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM

„Gottbegnadete“ in der Bundesrepublik

Ausstellung im Pei-Bau über Bildhauer und Maler, die sowohl im Dritten Reich als auch im kapitalistischen Teil Nachkriegsdeutschlands geschätzt wurden

Vor gut 77 Jahren, im August des Jahres 1944, wurde im Auftrag von Adolf Hitler und Joseph Goebbels eine Liste mit den Namen sogenannter Gottbegnadeter erstellt. Das waren mehrere Hundert Künstler, die dem Regime so unabhkömmlich erschienen, dass sie bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges von jeglichem Front- oder Arbeitseinsatz befreit waren. Zu den Musikern unter ihnen zählten die Komponisten Richard Strauss und Carl Orff sowie die Dirigenten Wilhelm Furtwängler, Herbert von Karajan und Karl Böhm, zu den Schriftstellern Gerhart Hauptmann, Hans Carossa und Ina Seidel.

Doch auch 114 Bildhauer und Maler sind in der Liste aufgeführt. Ihnen gilt die etwa 300 Exponate zählende Ausstellung „Die Liste der ‚Gottbegnadeten‘. Künstler des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik“ im Pei-Bau des Deutschen Historischen Museums (DHM) in Berlin. Die von dem Historiker Wolfgang Brauneis kuratierte Schau vermittelt den Eindruck einer Kontinuität zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik anhand der Biographien von Künstlern, die sowohl im Dritten Reich als auch in der Bundesrepublik Wertschätzung genossen haben wie Arno Breker, Hermann Kaspar, Willi Meller oder Richard Scheibe. Die Ausstellung kommuniziert, was der Kunstkritiker Carsten Probst mit den Worten formuliert hat: „Diese Stunde Null im kulturellen Bereich gab es nicht.“

Für die Ausstellung haben Brauneis und das DHM zahlreiche Briefe, Empfehlungen und Danksagungen von Personen aus Politik und Wirtschaft, Zeitungsauschnitte, Plakate sowie besonders viele Photographien und Bilder in zwölf „biographischen Stationen“ zusammengestellt, daneben zahlreiche Filmdokumente aus der NS-Zeit und aus Fernsehinterviews etwa ab 1960, als die Künstler sich stärker als in der unmittelbaren Nachkriegszeit einem gewissen Rechtfertigungszwang ausgesetzt sahen.

Etwa 300 Exponate

Optische Höhepunkte sind aber einige großformatige Kunstwerke. So sieht der Besucher gleich nach Eintritt dem 30 Quadratmeter großen Gobelin „Die Frau Musica“ des Malers sowie Mosaik- und Gobelinkünstlers Hermann Kaspar (1904–1986), den der bayerische Staat 1969 der

Stadt Nürnberg zur Eröffnung der Meistersingerhalle geschenkt hat. Kaspar hat nach 1933 zahlreiche Staatsaufträge erhalten und große Mosaikenwände in Hitlers Reichskanzlei und im Haus der Deutschen Kunst in München gestaltet, was die Ausstellung in eindrucksvollen Bildern zeigt, war verantwortlich für die aufwändigen Festaufmärsche zum „Tag der Deutschen Kunst“, wovon alte Wochenschauen zeugen und eine Aufnahme, die ihn neben Hitler und anderen NS-Größen auf der Tribüne zeigt. Nach dem Krieg hat er unter anderem die schon 1935 begonnene Mosaikwand im Kongressaal des Deutschen Museums München vollendet, ferner das Deckengemälde des Hofbräuhauses.

Großaufträge vor und nach 1945 hatte auch Arno Breker (1900–1991), der, wie eine andere biographische Station zeigt, die besondere Wertschätzung von Hitler und Goebbels genoss, was ihm Aufträge zu mehreren Großplastiken im Berliner Olympiapark einbrachte. Nach dem Krieg arbeitete er vor allem im Rheinland, etwa für den Gerling-Konzern in Köln, in Duisburg, in Höxter. Portraitbüsten schuf er unter anderem von Bundeskanzler Ludwig Erhard, von den Kunstmäzenen Irene und Ludwig – beide Büsten sind im Pei-Bau aufgestellt –, von Winifred Wagner und dem Bankier Hermann Josef Abs. Ein Fernsehinterview aus dem 70er Jahren zeigt ihn als selbstbewussten Mann mit angenehm rheinischen Tonfall. Als besonderen Blickfang zeigt das DHM Brekers Statue der „Pallas Athene“ (1971) vor einem Wuppertaler Gymnasium, das nach einigen Kontroversen zum Sinnbild gegen Krieg und Gewalt deklariert wurde.

Auch die anderen biographischen Stationen zeigen Kontinuitäten auf. Über Richard Scheibe (1879–1964) erfährt der Ausstellungsbesucher, dass er vor der Zäsur von 1945 zahlreiche NS-Aufträge ausführte und danach unter anderem das

Ehrenmal für die Opfer des 20. Juli 1944 im Bendlerblock und die Erinnerungstafel an den Kennedy-Besuch 1963 am Schöneberger Rathaus schuf. Scheibe erhielt 1944 von Goebbels die Goethe-Medaille; 1954 verlieh ihm die Stadt Frankfurt die Goethe-Plakette.

Zwölf „biographische Stationen“

Auch zum Maler Werner Peiner (1897–1984), der großformatige Gobelins für Hitlers Reichskanzlei und Görings Landsitz „Carinhall“ gefertigt hat, gibt es eine biographische Station. Sein über zwanzig Einzelgemälde umfassender Zyklus „Dä-

„Diese Stunde Null im kulturellen Bereich gab es nicht“

Carsten Probst
Kunstkritiker

monen“, an dem er über das Kriegsende hinaus arbeitete und in dem sich Heroismus und Grauen mischen, ist der wohl düsterste Teil der Ausstellung.

Der Bildhauer Willy Meller (1887–1974) hat Großplastiken für das KdF-Seebad Rügen geschaffen. Im Jahr 1952 entwarf er den Bundesadler am Palais Schaumburg in Bonn.

Unter anderem auf dem Reichssportfeld in Berlin hat auch der Bildhauer Adolf Wamper (1901–1977) mehrere Großplastiken in der NS-Zeit geschaffen. Nach dem Krieg gab ihm die Stadt Düren 1962 den Auftrag für die Plastik „Flammenengel“, die heute vor dem Rathaus

steht und an die totale Zerstörung der Stadt 1944 erinnert.

Über die Bundesrepublik hinaus wirft die Ausstellung schließlich auch einen Blick in einen anderen Staat, dessen Territorium einst zum Dritten Reich gehört hat, allerdings nicht etwa in die realsozialistische DDR, sondern in die wie die Bundesrepublik ebenfalls kapitalistische Republik Österreich. Dort lebte der Maler Rudolf Hermann Eisenmenger (1902–1994), der sich erfolgreich am Kunstwettbewerb zu den Olympischen Spielen von 1936 beteiligt hat. Von ihm ist in der Ausstellung ein Brief aus dem Jahre 1944 an den damaligen Gauleiter und Reichsstatthalter in Wien sowie vormaligen Reichsjugendführer Baldur von Schirach zu sehen, in dem er die „glühende Bereitschaft“ der Künstler bekräftigt, „dem Führer jeden in unseren Kräften liegenden Dienst zu leisten“. 1973 erhielt Eisenmenger das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Schon 1955 konnte er mit dem Motiv von Orpheus und Eurydike den Eisernen Vorhang der wiederaufgebauten Wiener Staatsoper schmücken.

Am Ende dokumentiert eine multimediale Präsentation rund 300 Arbeiten dieser „Gottbegnadeten“, die mit zahlreichen Werken in öffentlichen Parks, in Botanischen und Zoologischen Gärten sowie als Kunst am Bau noch heute in vielen deutschen Städten präsent sind.

● Die Sonderausstellung „Die Liste der „Gottbegnadeten“. Künstler des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik“ ist noch bis zum 5. Dezember freitags von 10 bis 18 Uhr sowie donnerstags zwischen 10 und 20 Uhr im Pei-Bau zu sehen. Nähere Informationen erteilt das Deutsche Historische Museum, Unter den Linden 2, 10117 Berlin, Telefon (030) 20304-0, Fax (030) 20304-329, Internet: info@dhm.de

SHOOT ON SIGHT ORDER

Fadenscheinige Neutralität der USA

Am 7. Dezember 1941 griff Japan die Pazifikflotte der USA im Hafen von Pearl Harbor an. Am darauffolgenden Tag erklärte der US-Kongress den Kriegszustand mit Japan. Am 11. Dezember erklärten die Achsenmächte Deutschland und Japan den USA den Krieg. Damit waren die Vereinigten Staaten nun auch formell Partei im Zweiten Weltkrieg.

Faktisch waren sie es schon lange vorher gewesen, denn ihre Neutralität im Zweiten Weltkrieg war fadenscheinig. Nur ein Beispiel ist die Direktive des US-amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt „Shoot on Sight“ (Angriff bei Sichtung). Vorwand für seine „Shoot on Sight Order“ war Roosevelt der nach der „Greer“ benannte sogenannte Greer-Zwischenfall. Bei der „Greer“ handelte es sich um einen nach dem Konteradmiral James A. Greer benannten Zerstörer der Wickes-Klasse, der noch aus dem Ersten Weltkrieg stammte und nach Beginn des Zweiten Weltkrieges reaktiviert worden war.

Am 4. September 1941 befand sich die „Greer“ auf Versorgungsfahrt nach Island, als ein britisches Kriegsfugzeug den US-Zerstörer über ein getauchtes deutsches U-Boot in der Nähe informierte. Auf der „Greer“ begaben sich alle Mann auf Gefechtsstation, und das US-Schiff lief mit 22 Knoten in Richtung des U-Bootes, bei dem es sich um U 652 vom Typ VII C handelte. Die „Greer“ bekam Sonarkontakt mit U 652 und



Roosevelt bei seiner Radioansprache vom 11. September 1941

manövierte so, dass das deutsche Boot nicht auftauchen konnte. Derart in die Enge getrieben, schoss U 652 zwei Torpedos auf die „Greer“. Daraufhin warf das US-Schiff Wasserbomben auf das deutsche U-Boot.

Militärisch ging die Sache aus wie das Hornberger Schießen. Sowohl die deutschen Torpedos als auch die US-amerikanischen Wasserbomben verfehlten ihr Ziel. Nach mehreren Stunden Verfolgung durch den Zerstörer konnte das U-Boot entkommen. Die „Greer“ setzte ihre Fahrt fort.

Politisch nutzte Roosevelt den Vorfall für seine „Shoot on Sight Order“. Am 11. September 1941 redete er in einer Radioansprache, der 18. der berühmten „Fireside Chats“ (Kamingsgespräche), „über die Aufrechterhaltung der Freiheit der Meere und den Greer-Vorfall“. Er kritisierte in dieser Ansprache den Angriff von U 652 auf die „Greer“ als unprovokierten „Akt der Piraterie“ und gab bekannt, dass in den für die Verteidigung der USA relevanten Gewässern die Schiffe und Flugzeuge der US-Streitkräfte fortan deutsche U-Boote angreifen und Kriegsschiffe der Achsenmächte sich dort auf eigene Gefahr aufhalten würden. Manuel Ruoff

VON JOSEF KRAUS

Aufmerksame Leser spüren es nicht nur, sondern sie wissen es seit Langem: Viele Journalisten der Mainstreampresse betreiben ein suggestives und selektives „wording“. „Framing“ heißt das nun nicht minder neuhochdeutsch. Es bedeutet: Einen bestimmten Sachverhalt so „rahmen“, das heißt, in einen bestimmten Kontext stellen, dass der Sachverhalt zu den oft genug politisch einseitigen Absichten des Verfassers passt. Nachricht und Kommentar vermischen sich in den Medien ohnehin immer mehr. Kritische Leser merken, wem die politischen Sympathien der Verfasser gehören.

Da ein schräger Begriff, dort eine negative Etikettierung, hier eine bewusst anrühige Assoziation, dort ein Euphemismus für vermeintliche politische Sympathieträger. Merkel als „Mutti“, nüchterne Naturwissenschaftlerin, stets vom Ende her Denkende, Uneitle, als Führerin der freien Welt ... Auf der anderen Seite die „Umstrittenen“, die „Leugner“, die „Rechten“, die „Populisten“, die „Stockkonservativen“ ...

Man kennt die Beispiele zur Genüge, aber man konnte davon bislang nur mehr oder weniger von Fall zu Fall berichten. Eine empiriegestützte Statistik gab es nicht, sodass man sich stets den Vorwurf gefallen lassen musste, hier handle es sich um nicht-repräsentative Einzelfälle. Das ist nun anders. Soeben hat der Sprachwissenschaftler Holger Schmitt eine Sprachanalyse über – so der Titel seines neuen Buches – „Das Framing der Linken. Von ‚Umverteilung‘, ‚Diversität‘ und ‚Nazis‘“ herausgebracht. Das Buch ist ein schier kriminologisch-akribischer Beweis für die politische Schieflage großer Teile unserer Presse und ihrer – bewusst oder unbewusst – betriebenen sprachlichen Manipulationen.

Acht Millionen Texte ausgewertet

Die empirische Methode, die Schmitts Studie zugrunde liegt, heißt „Korpuslinguistik“. Es handelt sich dabei um eine computergestützte Auswertung eines Wortkorpus von etwa acht Millionen Texten mit rund 2,5 Milliarden Wörtern, die aus „Süddeutscher Zeitung“, „Berliner Zeitung“, „Mannheimer Morgen“, „Rhein-Zeitung“, „Focus“, „Spiegel“, „taz“ und etlichen mehr stammen. Ausgewertet wurden das Vorkommen von bestimmten Wörtern pro eine Million (WpM), ferner die Kollokationen. Mit Kollokation meint man das überzufällig häufig benachbarte Auftreten von Wörtern. Dazu wurden Wörter-„Fenster“ unterschiedlicher Größe definiert, zum Beispiel, welche Wörter in einem Fenster von neun Wörtern vor und neun Wörtern hinter einem bestimmten Begriff auftauchen.



Werden kaum je als „Aufmärsche“ oder „Krawalle“ angeprangert, sondern als „Demonstrationen“ verharmlost: Linke Gewaltexzesse, hier beim G-20-Gipfel 2017 in Hamburg

MEINUNGSMACHE

Die manipulierende Sprache der Linken

Wie das Denken von Medienkonsumenten auf subtile Weise beeinflusst wird, um ihnen die gewünschte Gesinnung einzuträufeln – kriminologisch-akribisch entlarvt von Buchautor Holger Schmitt

Schmitt unternahm diese Analyse für rund 50 Wortschatzeinheiten, beispielsweise für: Aktivist, Anstand, Aufmarsch, Europa, Gerechtigkeit, Gender, Islamismus, Klimaleugner, Mann/Täter, Solidarität sowie für die Adjektive demokratisch oder umstritten. Daraus ist ein kleines Nachschlagewerk geworden, dem man statistisch fundiert entnehmen kann, wie häufig bestimmte Begriffe in welchen politisch relevanten Konnotationen, also Bedeutungen oder Bewertungen, vorkommen. Wir beschränken uns hier auf wenige ausgewählte Beispiele.

Aktivist und Aufmarsch: Aktivisten sind fast immer nur Linke. Selbst wenn sie Straf- oder Gewalttaten begehen, heißen sie „Aktivisten“. Von rechten Aktivisten ist nie die Rede. Wenn Rechte oder Lebensschützer demonstrieren, dann wird das als „Aufmarsch“ verunglimpft. Mit „Aufmarsch“ sollen die Aufmärsche der Nationalsozialisten im Dritten Reich assoziiert werden. Deshalb ist es schier undenkbar, dass die Presse einmal von einem „Aufmarsch“ von „Fridays for Fu-

ture“ oder einer Linksgewerkschaft berichtet. Sollte in Berlin wirklich einmal eine „linke“ Demo verboten werden, dann wird eben eine „Demo“ verboten. Wenn eine „rechte“ Demo verboten wird, dann wird sie als Aufmarsch verboten.

Demokratisch: Wie selbstverständlich übernehmen die meisten Medien die Aussagen von Politikern der Altparteien, man wolle etwa bei anstehenden Koalitionsverhandlungen nur mit „demokratischen Parteien“ verhandeln. Dass es eine völlig legal gewählte und nicht verbotene Partei gibt, die im Bundestag die größte Oppositionsfraktion ist und in manchen Landtagen die zweitgrößte Fraktion stellt, wird weggewischt, als sei diese Partei illegal. Das heißt: Linke und Parteien der angeblichen „Mitte“ vereinnahmen nach eigenem Gusto den Demokratiebegriff.

Europa: Es sei dahingestellt, ob es aufgrund mangelnder Bildung oder bewusst vernebelnd geschieht: Die Begriffe EU und Europa gelten als austauschbar. So ist denn auch von Europawahl die Rede, obwohl es um die Wahl zum EU-Parlament

geht. Ansonsten soll wider alle Geographie und Geschichte gelten: Wer gegen die EU ist, ist gegen Europa. Alle, die das Bürokratie- und Wasserkopfmonster in Brüssel und die vordemokratisch anmutenden Besetzungen von EU-Spitzenämtern kritisieren, werden der Europafeindlichkeit geziehen. Für eine Kanzlerin Merkel scheitert Europa, wenn der Euro scheitert. Welch historischer Unsinn!

Doppelstandards werden vertuscht

Populismus: Als Populisten gelten immer nur die Rechten. Von Linkspopulisten ist de facto nie die Rede. Zudem finden sich beim Begriff Populismus fast nur negative Kollokate: Nationalismus, Extremismus, Rassismus, Demagogie, Hetze, Fremdenfeindlichkeit, billig, blank ...

Zurück zum Titel des Buches und zum Zentralbegriff „Framing.“ Er bedeutet: Man „rahmt“ einen bestimmten Sachverhalt, das heißt, man stellt ihn in einen anderen Kontext, sodass er zu den oft genug einseitigen Intentionen des Akteurs passt. Eigentlich ist Framing damit Vulgärbe-

haviorismus. Man koppelt einen positiven oder neutralen Sachverhalt immer wieder mit negativen Assoziationen, und schon ist der Empfänger der Assoziation, der Bürger Normalo, propagandistisch, demagogisch, manipulativ, volkspädagogisch auf Linie.

Der Zweck des Framings ist klar. Autor Schmitt schreibt hier Klartext: Der politische Gegner soll diskreditiert werden, eigene Anliegen sollen mit einem Heiligenschein umgeben werden, auch wenn sie alles andere als lauter sind. Bestimmte Begriffe sollen tabuisiert werden (etwa „Rasse“), es soll ein linkes Agenda-Setting stattfinden, und es sollen die moralischen Doppelstandards der Linken vertuscht werden. Und schließlich: Dem Medienkonsumenten soll eine bestimmte Gesinnung eingeträufelt werden.

Holger Schmitt: „Das Framing der Linken. Von ‚Umverteilung‘, ‚Diversität‘ und ‚Nazis‘“, Gerhard Hess Verlag GHV, Bad Schussenried 2021, 230 Seiten, broschiert, 16,80 Euro

SCHICKSALE

Vom afghanischen Minister zum Fahrradkurier in Leipzig

Sayed Sadaat war Kommunikationsminister beim mittlerweile geflohenen Präsidenten Aschraf Ghani: Heute fährt er Essen aus

Sayed Sadaat, der ehemalige afghanische Kommunikationsminister, lebt seit Dezember 2020 in Leipzig mit einem britischen Pass und verdient seinen Lebensunterhalt als Fahrradkurier. Er lieferte jetzt auch tiefe Einblicke in das korrupte System Ghanis vor dessen Fall.

Dass ein ehemaliger Asylsucher in Deutschland Staatspräsident eines afghanischen Staates wird, geschah vor einigen Jahren in Gambia. Dass aber ein ehemaliger Minister eines 40-Millionen-Landes Asylsucher in Deutschland wird, geschah jetzt mit dem 50-Jährigen aus Afghanistan zum ersten Mal. Sadaat war einst Mitglied im Kabinett des nach der Machtübernahme der Taliban mit einem Hubschrauber voller Bargeld geflüchteten afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani. Sadaat hat in

nur zwei Jahren ganz Afghanistan mit einem Mobilfunknetz versorgt. Jetzt aber saust er mit einem gebrauchten Mountainbike durch die Straßen von Leipzig und liefert Essen aus.

Dabei hätte er auch die Möglichkeit gehabt, nach Großbritannien zu gehen, dessen Pass er besitzt. Nach seinem IT-Studium in Oxford blieb Sadaat dort und spezialisierte sich auf die Entwicklung von SIM-Karten. Erst nachdem er sich zusehends einsam gefühlt habe in Europa, sei er 2016 nach Afghanistan zurückgekehrt, mit einem britischen Pass. Dort erhielt er unter Präsident Ghani einen Posten im Kommunikationsministerium, nach vier Monaten rückte er an dessen Spitze, nachdem seinem Chef wegen Korruption gekündigt worden war. Schätz-

ungsweise zehn Millionen Menschen in Afghanistan hätten durch ihn Zugang zu Mobilfunknetzen erhalten, so Sadaat, bevor auch er 2018 zurücktrat, weil er bemerkte, dass Regierungsmitglieder Regierungsgelder abzweigten, um die eigene Flucht vorzubereiten. Sie wollten auch an Sadaats Budget, doch er habe sich dagegen gestraubt, sagte er der „Leipziger Volkszeitung“. Deshalb habe ihm Ghanis Regierung klargemacht, dass seine Dienste nicht mehr gewünscht seien.

Warum gerade Deutschland?

Deshalb flüchtete er Ende 2020 nach Leipzig. Als britischer Bürger galt die Freizügigkeit in der EU noch bis Ende 2020, als diese Frist durch den Brexit endete. Warum aber ein Mann mit dem besten

Oxford-Englisch gerade nach Deutschland wollte, dessen Sprache er nicht sprach, ist nicht ganz schlüssig. Mit seinen Abschlüssen in IT und Telekommunikation hatte Sadaat gehofft, eine Arbeit in einem entsprechenden Bereich zu finden. Da er aber kein Deutsch spricht, waren seine Chancen gering.

Bei Beantragung von Sozialhilfe hätte er nach Großbritannien abgeschoben werden können, deshalb war die Arbeit beim Lieferdienst die einzige Lösung. Auch seine Familie und Freunde wollen das Land verlassen – wie Abertausende, die Afghanistan ebenfalls den Rücken kehren möchten. Die Zahl afghanischer Asylsucher in Deutschland ist seit Anfang des Jahres um mehr als 130 Prozent gestiegen, wie Daten des Bundesamtes für

Migration und Flüchtlinge zeigen. Vielleicht war die Sorge um seine Angehörigen sogar der wichtigste Grund, aus dem Sadaat nach Deutschland wollte, denn Deutschland scheint das Hauptaufnahmeland und das am einfachsten zu erreichende Land der Afghanistan-Auswanderer zu werden.

Für die Taliban hat der Ex-Minister angesichts seiner eigenen Erfahrung mit der Korruption des alten Systems Sympathie in den sozialen Medien geäußert. Auf Facebook hat er geschrieben: „Eine neue Phase beginnt. Und mit ihr das Hoffen auf ein fortschrittliches und sicheres Afghanistan.“ Warum er und seine Angehörigen dann gerade nach Deutschland wollen, konnte (oder wollte?) er allerdings nicht sagen.

Bodo Bost



RAUSCHEN

Baden mit Hürden

Zugang nur über einen Holzpalisadenzaun – Die Umgestaltung des Strandes trifft auf wenig Begeisterung

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Die neue Promenade von Rauschen kann zu Recht als ein merkwürdiges Bauwerk bezeichnet werden, das sowohl Urlauber als auch viele Experten verwirrt. Wo gibt es schon eine Promenade am Meer, von der aus man dieses nicht sehen kann? Wenn man die neue Promenade des Ostseebads zum ersten Mal besucht, könnte man den Eindruck gewinnen, dass die Architekten das Meer vor den Augen der Urlauber verstecken und so unzugänglich wie möglich machen wollten.

Die Promenade wird auf ihrer gesamten Länge von einer etwa anderthalb Meter hohen und ziemlich hässlichen Betonmauer eingerahmt. Wenn man sich auf eine der Bänke setzt, um den Blick aufs Meer zu genießen, stellt man fest, dass es nicht zu sehen ist. Um die See zu sehen, muss man aufstehen und näher an die Mauer herantreten.

Betonmauern statt Meeresblick

Doch damit ist es noch nicht genug. Die frühere Promenade im Zentrum des Kurorts schien dank ihrer Stützen über dem Sandstrand zu schweben. Die neue Promenade dagegen ist ein monolithischer Betonbau, der fast den gesamten Strand „auffrisst“. Er ist einfach nicht mehr zu sehen. Wer sich auf einer der noch vorhandenen schmalen Sandbänke sonnen und dann ins Wasser gehen möchte, hat es nicht leicht – die Promenade ist entlang des gesamten Strandes mit hohen Holzpalisaden gesäumt. Sie bilden praktisch einen durchgehenden Zaun entlang des Meeres.

Eine ähnliche Eingrenzung wurde im Bereich der alten Promenade errichtet, wo noch ein Strandstreifen vorhanden ist. Es gibt wohl kaum woanders Strände an der Ostsee, an denen man über einen Zaun aus hölzernen Wellenbrechern klet-



Wo man sich einst vom Strand aus direkt in die Wellen stürzen konnte, verhindert heute eine kilometerlange Palisadeneinfassung den Zugang zum Wasser: Strandabschnitt in Rauschen

Foto: J.T.

tern muss, um ins Wasser zu gelangen. Insgesamt wurden hier rund 6500 Wellenbrecher verbaut.

Pläne existierten seit 2012

Die Pläne für den Bau einer neuen Promenade wurden ab dem Jahr 2012 von den regionalen Behörden heftig diskutiert. Alexander Baschin, der damalige Leiter der regionalen Agentur für Architektur und Bauwesen, hatte die Idee der Umgestaltung aktiv gefördert. Der Entwurf für die umgesetzte Baumaßnahme stammte von Jewgenij Kostromin, einem Mitglied des von ihm gegründeten Architekturbü-

6500

Wellenbrecher wurden entlang der Promenade am Strand von Rauschen verbaut

ros und derzeit Chefarchitekt der Region. Es folgte eine mehrjährige Bauphase, in der immer wieder die Auftragnehmer ausgetauscht wurden. Sie alle hatten versprochen, die Promenade so schnell wie mög-

lich fertigzustellen, aber den Termin nicht einhalten können. Zunächst mussten die Arbeiten zur Ufersicherung durchgeführt werden. Dann war geplant, eine breitere Sandbank zu bauen. Die Arbeiten zum Schutz des Ufers verzögerten sich jedoch erheblich, und die Pläne für eine Strandaufschüttung wurden aufgegeben.

Aufschüttung des Strands fiel aus

Die neue Promenade ist 1240 Meter lang und etwa 30 Meter breit. Beim Bau der Promenade in Rauschen wurde die Mole abgebaut, und der Strand auf seiner gesamten Länge verschwand praktisch.

● MELDUNGEN

Neue Überwachung

Königsberg – Am 1. September wurde das System „Pautina“ zur Ortung von Automobilen im Königsberger Gebiet eingeführt. Es ermöglicht Gerichts-vollziehern den Zugriff auf die Software, um säumige Schuldner aufzuspüren. Das System wird im Großbereich Moskau bereits eingesetzt. Noch in diesem Jahr soll es in den meisten Regionen der Russischen Föderation zum Einsatz kommen. Das Programm ermöglicht es Polizeibeamten, gestohlene und an einem Unfall beteiligte Autos aufzuspüren. Darüber hinaus können Autofahrer das System nutzen, um Bußgelder wegen Verkehrsverstößen elektronisch anzufechten. Die entsprechenden Änderungen der Verwaltungsordnung wurden bereits in Kraft gesetzt. Zuvor nutzte die Polizei in der Königsberger Region das „Safe-City-System“, um nach Autos zu suchen und Verkehrsverstöße zu ahnden. **MRK**

Tilsit nach dem Krieg

Tilsit – Ab dem 23. August, dem 75. Jahrestag der ersten sowjetischen Umsiedlungen, wurde im Touristeninformationszentrum der Stadt (Leningrad u. 4) die Fotoausstellung „Ufer Tilsit-Sowjetsk“ im Rahmen der Jubiläumsausstellung „Dies ist unser gemeinsames Land. 75 Jahre Kaliningrader Gebiet“ eröffnet. Gezeigt wird die Ankunft des ersten Zugs mit Siedlern nach dem Zweiten Weltkrieg. Insgesamt ist die Jubiläumsausstellung der Geschichte der Region gewidmet, der kulturellen Traditionen sowie der Entwicklung von Sport, Bildung und vielem mehr in der Nachkriegszeit. Die Ausstellung ist noch bis zum 15. Dezember zu sehen. **MRK**

SÜDLICHES OSTPREUSSEN

Ungewöhnliche Bushaltestellen von Kaplittainen bis Woritten

Die Idee der Künstlerin Ewa Legeżyńska, Wartehäuschen hübsch zu gestalten, machte polenweit Schule

In den kleinen Ortschaften im Süden Ostpreußens gibt es viele schöne, ungewöhnliche Bushaltestellen, die sowohl heimische Einwohner als auch Touristen begeistern. Sie sind auffällig, farbenfroh sowie gut gepflegt und haben sich deshalb in der ganzen Region einen Namen gemacht.

Die Bushaltestelle im Dorf Skaibotten in der Nähe von Allenstein wurde in der gesamten Republik Polen bekannt, als Fotos davon in den sozialen Medien auftauchten. Das Wartehäuschen in Skaibotten hatte früher wie viele andere auch lediglich eine gewöhnliche Überdachung. Vor einigen Jahren hat es unerwartet ein neues Aussehen erhalten.

Anstelle der verfallenden überdachten Haltestelle entstand ein gemütliches kleines Wartehäuschen. An den Wänden hängen idyllische Gemälde und eine Kuckucksuhr. In der Mitte steht ein kleiner, mit einem Tischtuch bedeckter Tisch, und daneben ist ein Stuhl aufgestellt.

Die Idee stammt von der in Skaibotten lebenden Künstlerin Ewa Legeżyńska, die junge Leute von der Allensteiner Kunst-

schule ermutigte, die alte Bushaltestelle zu renovieren. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Der umgestaltete Ort wurde

eher zufällig von einem Internetnutzer entdeckt, der bei einem Spaziergang die Bushaltestelle fotografierte und die Bilder

in den sozialen Medien veröffentlichte. Die Initiative der Einwohner von Skaibotten erregte Aufmerksamkeit in der gesamten Republik Polen.

Die Bushaltestelle wurde als die schönste im ganzen Land bezeichnet. Fast jeder wollte sich ihr im Hintergrund fotografieren lassen. Wie lokale Medien berichteten, fand dort sogar schon eine Hochzeit statt. Es ist erwähnenswert, dass die Bushaltestelle je nach Jahreszeit ein neues Gesicht bekommt.

Skaibotten machte den Anfang

Die Haltestelle in Skaibotten ist nicht das einzige Kleinod in Südostpreußen. Auch andere Dörfer können sich schöner, farbenfroher und vor allem gut gepflegter Bushaltestellen rühmen. Zu ihnen gehören Neu-Kockendorf (Landgemeinde Jonkendorf), Kaplittainen mit den Engelsmalereien (Landgemeinde Wartenburg), Woritten (Landgemeinde Dietrichswalde), Plautzig (Landgemeinde Stabigotten), Werwitten (Landgemeinde Bartenstein), Glittehnen (Landgemeinde Kor-

schen) oder Söllen (Landgemeinde Bartenstein), wo eine der Szenen aus dem bekannten Zeichentrickfilm „Die Abenteuer des Ziegenbocks Matolek“ gezeigt wurde.

Anlaufstelle für Touristen

Diese kleinen malerischen Dörfer könnten sich dank ihrer ungewöhnlichen Haltestellen zu interessanten Anlaufpunkten für Touristen entwickeln, die nicht nur mit dem Auto, sondern auch mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind.

Erfreulich ist, dass die gemalten Motive bislang nicht von Rowdies zerstört wurden. So ist das Warten auf den Bus in einer gemütlichen Umgebung viel angenehmer. Es ist erwähnenswert, dass eine Fotogalerie der Bushaltestellen von Krystyna Joanna Świdzińska erstellt wurde, einer leidenschaftlichen lokalen Fotografin, die eine Fanseite „Mit der Fotografie durchs Leben“ betreibt. Das Ergebnis ihrer Arbeit kann auf ihrem Facebook-Profil bewundert werden. **David Kazanski**



Mutet an wie ein Ferienhäuschen: Bushaltestelle in Skaibotten

Foto: D.K.



ZUM 102. GEBURTSTAG

Wunderlich, Hedwig, geb. **Baginski**, aus Willuhnen, Kreis Neidenburg, am 14. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Gosziniak, Paul, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 87, am 14. September
Krause, Hans, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 13. September
Meyhöfer, Prof. Wolfgang, aus Wehlau, am 13. September
Vierling, Hildegard, geb. **Piaßbeck**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 14. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Eisenhuth, Renate, geb. **Friedrich**, aus Lyck, Morgenstraße 15, am 16. September
Kraft, Elsa, geb. **Prengel**, aus Tapi-
au, Kreis Wehlau, am 12. September
Krüger, Bernhard, geb. **Kack-
schies**, aus Groß Friedrichsdorf,
Kreis Elchniederung, am 16. Sep-
tember
Schmitt, Gerda, geb. **Brodowski**,
aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am
10. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bokemeyer, Marianne, geb.
Wolff, aus Paterswalde, Kreis
Wehlau, am 15. September
Ignée, Sigrid, aus Neidenburg, am
13. September
Janz, Ruth, aus Stobingen, Kreis
Elchniederung, am 12. September
Kobbe, Ruth, geb. **Ruppenstein**,
aus Noiken, Kreis Elchniederung,
am 14. September
Münter, Ruth, geb. **Naujokat**, aus
Lyck, am 11. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brunswick, Bruno, aus Langhei-
de, Kreis Lyck, am 11. September
Hoppe, Herta, geb. **Hübner**, aus
Pojerstieten, Kreis Fischhausen,
am 12. September
Meisoll, Erika, geb. **Reuter**, aus
Abschruten, Kreis Schloßberg, am
7. September
Pilger, Herta, geb. **Scheffler**, aus
Klein Dirschkeim, Kreis Fischhau-
sen, am 12. September
Schulten, Herta, geb. **Soyka**, aus
Warskillen, Kreis Elchniederung,
am 10. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gollub, Kurt, aus Klein Rauschen,
Kreis Lyck, am 14. September
Haertel, Hildegard, geb. **Kürzich**,
aus Langenwalde, Kreis Ortels-
burg, am 16. September

Kownatzki, Willi, aus Dreimüh-
len, Kreis Lyck, am 15. September
Thieme, Hildegard, geb. **Hübner**,
aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am
14. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Alex, Ruth, geb. **Weichler**, aus
Neidenburg, am 16. September
Bandlow, Meta, geb. **Hensel**, aus
Petersdorf, Kreis Wehlau, am
11. September
Brandt, Gisela, geb. **Boettcher**,
aus Mohrunen, am 9. September
Hinkle, Lore, geb. **Szeimies**, aus
Inse, Kreis Elchniederung, am
15. September
Hobrack, Ilse, geb. **Neumann**, aus
Reimannswalde, Kreis Treuburg,
am 10. September
Michelsen, Ilse, geb. **Grönick**, aus
Grünhausen, Kreis Elchniederung,
am 10. September
Pfeffer, Fritz, aus Klein Nuhr,
Kreis Wehlau, am 11. September
Rämer, Gertraut, geb. **Jebramek**,
aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am
15. September
Weiss, Lieselotte, geb. **Czinzoll**,
aus Klein Kanten, Kreis Mohrun-
gen, am 10. September
Wrage, Eva, geb. **Jakubzig**, aus
Lyck, Bismarckstraße 19, am
11. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bleck, Hanna, aus Lyck, am
14. September
Dabow, Waltraud, aus Rostken,
Kreis Lyck, am 15. September
Dudda, Gert, aus Tapiau, Kreis
Wehlau, am 14. September
Gritzka, Waldemar, aus Lyck, Bis-
marckstraße 15, am 12. September
Kensy, Artur, aus Eckwald, Kreis
Ortelsburg, am 10. September
Knübel, Ursula, geb. **Neumann**,
aus Ortelsburg, am 16. September
Krauß, Hedwig, geb. **Janzick**,
aus Lyck, am 10. September
Sawatzki, Adele, geb. **Richter**, aus
Seebrücken, Kreis Lyck, am
13. September
Schütt, Paul, aus Ortelsburg, am
10. September
Vogt, Ruth, geb. **Wallesch**, aus
Menguth, Kreis Ortelsburg, am 13.
September
Weinberg, Martha, geb. **Tholen**,
aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am
16. September
Wickert, Ursula, geb. **Wagner**,
aus Liebstadt, Kreis Mohrunen,
am 13. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Giovannini, Rita, geb. **Possekel**,
aus Rauschen, Kreis Fischhausen,
am 14. September
Göbel, Manfred, aus Adlig Lin-
kuhnen, Kreis Elchniederung, am
15. September
Hoffmann, Erika, geb. **Tarnow-
sky**, aus Friedrichsdorf, Kreis
Wehlau, am 15. September

Holstein, Margarete, geb. **Re-
kindt**, aus Craam, Kreis Fischhau-
sen, am 15. September
Kolberg, Alfred, aus Blumstein,
Kreis Preußisch Eylau, am 10. Sep-
tember
Mikiver, Erika, geb. **Meyer**, aus
Erlen, Kreis Elchniederung, am
11. September
Nielsen, Brunhilde, aus Neuen-
dorf, Kreis Lyck, am 14. September
Peters, Sieghardt, aus Treuburg,
am 16. September
Poguntke, Irmgard, geb. **Lel-
lesch**, aus Neidenburg, am 11. Sep-
tember
Püscher, Ilse, geb. **Soboll**, aus Bo-
bern, Kreis Lyck, am 16. September
Rinio, Heinz, aus Rogallen, Kreis
Lyck, am 15. September
Salamon, Günter, aus Kölmers-
dorf, Kreis Lyck, am 12. September
Uhlich, Elisabeth, geb. **Sender**,
aus Paterschobensee, Kreis Ortels-
burg, am 14. September
Vick, Ilse, geb. **Szogas**, aus Len-
gen, Kreis Ebenrode, am 10. Sep-
tember
Winkler, Sigrid, aus Finsterdame-
rau, Kreis Ortelsburg, am 10. Sep-
tember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bartsch, Siegmund, aus Danzig
und Blumstein, Kreis Preußisch
Eylau, am 13. September
Brettschneider, Herta, geb. **Som-
mer**, aus Canditten, Kreis Preu-
ßisch Eylau, am 14. September
Eckweiler, Lisbeth, geb. **Voß**, aus
Liska-Schaaken, Kreis Fischhau-
sen, am 10. September
Gayk, Erich, aus Großseedorf, Kreis
Neidenburg, am 15. September
Holzwarth, Else, geb. **Heise**, aus
Dankfelde, Kreis Lötzen, am
10. September
Müller, Anneliese, geb. **Barwig**,
aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am
12. September
Plickat, Erwin, aus Ebenrode, am
14. September
Rößling, Gerda, geb. **Marr**, aus
Leißienen, Kreis Wehlau, am
13. September
Sadlowski, Helmut, aus Fried-
richshof, Kreis Ortelsburg, am
13. September
Scherwat, Gert, aus Wilkendorf,
Kreis Wehlau, am 16. September
Stetzka, Adolf, aus Omulefofen,
Kreis Neidenburg, am 16. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Braun, Günter, aus Lötzen, am
13. September
Dopp, Brigitte, geb. **Denzer**, aus
Dreimühlen, Kreis Lyck, am
14. September
Elbe, Werner, aus Klemenswalde,
Kreis Elchniederung, am 13. Sep-
tember
Gehrmann, Alfred, aus Boyden,
Kreis Mohrunen, am 15. Sep-
tember



Der Ostpreußen Kalender erfreut sich seit Jahren großer Beliebtheit. Die Bilder ostpreußischer Maler ver-
zaubern jeden Betrachter der 50 mal 35 Zentimeter großen Kalendermonatsblätter. Für das Jahr 2022 hat
sich Type & Art dem Thema „Alltag in Ostpreußen“ angenommen. Das Aprilkalenderblatt zeigt Arwed Seitz’
„Fischer am Strand“. Durch erhöhte Druck-, Papier- und Verarbeitungskosten musste der Kalenderpreis auf
25,50 Euro angehoben werden. Der Subscriptionspreis bis Ende September beträgt 23 Euro. Zu bestellen ist
der Kalender bei **typeart satz&grafik GmbH**, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 557378-0,
Fax(0231) 557378-20, E-Mail: info@typeart-dortmund.de

Foto: Type & Art

Glaeser, Kurt, aus Saalfeld, Kreis
Mohrunen, am 7. September
Hübner, Martin, aus Grüneberg,
Kreis Elchniederung, am 10. Sep-
tember
Kasperowitz, Ruth, geb. **Waschk**,
aus Freiort, Kreis Lötzen, am
14. September
Ledergerber, Elly, geb. **Brenk**,
aus Leißienen, Kreis Wehlau, am
12. September
Mathiak, Hans-Lothar, aus Tapi-
au, Kreis Wehlau, am 13. September
Neumann, Edeltraut, geb. **Mu-
medey**, aus Treuburg, am 14. Sep-
tember
Piesker, Waltraut, geb. **Wittrien**,
aus Groß Hubnicken, Kreis Fisch-
hausen, am 14. September
Pruss, Emma, geb. **Trzaska**, aus
Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am
16. September
Rogge, Annemarie, geb. **Babow-
ski**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am
13. September
Rosemeier, Lucie, geb. **Haus-
mann**, aus Eydtkau, Kreis Ebenro-
de, am 10. September
Ruge, Elfriede, geb. **Muschlien**,
aus Rauschen, Kreis Fischhausen,
am 15. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Betz, Ingrid, geb. **Goerke**, aus Alt-
mühle, Kreis Elchniederung, am
12. September
Boehm, Helmut, aus Wehlau, am
15. September
Böhnke, Dieter, aus Hoppendorf,
Kreis Preußisch Eylau, am 15. Sep-
tember
Busse, Heinz, aus Thierenberg,
Kreis Fischhausen, am 14. Sep-
tember

Hallik, Renate, geb. **Drescher**, aus
Eydtkau, Kreis Ebenrode, am
16. September
Hellbardt, Ursula, geb. **Kädtler**,
aus Lippitz, Kreis Mohrunen, am
13. September
Jeschonnek, Werner, aus Willen-
berg, Kreis Ortelsburg, am 13. Sep-
tember
Klee, Helmut, aus Malga, Kreis
Neidenburg, am 10. September
Lesmeister, Gizela, geb. **Laskow-
ski**, aus Mothalen, Kreis Mohrun-
gen, am 11. September
Mosbach, Hermann, aus Groß-
udertal, Kreis Wehlau, am 16. Sep-
tember
Naujoks, Günter, aus Windkeim/
Groß Windkeim, Kreis Heiligen-
beil, am 14. September
Ohlenberg, Gerhard, aus Stampel-
ken, Kreis Wehlau, am 14. September
Pesch, Anneliese, geb. **Kropf**, aus
Leißienen, Kreis Wehlau, am
16. September
Petersen, Helga, geb. **Schreiber**,
aus Tapiau, Kreis Wehlau, am
10. September
Prystawik, Horst, aus Klaussen,
Kreis Lyck, am 12. September
Schneider, Frauke, geb. **Stolzen-
wald**, aus Quehnen, Kreis Preu-
ßisch Eylau, am 15. September
Szeguhn, Günther, aus Wehlau,
am 12. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bührlen-Enderle, Rotraut, geb.
Lindemann, aus Heinrichswalde,
Kreis Elchniederung, am 14. Sep-
tember
Elsner, Dieter, aus Mohrunen,
am 12. September

Fleischner, Reinhard, aus Birken-
heim, Kreis Elchniederung, am
13. September
Gayk, Horst, aus Ebendorf, Kreis
Ortelsburg, am 15. September
Hasse, Brigitte, geb. **Friederici**,
aus Selsen, Kreis Elchniederung,
am 14. September
Kalies, Burkhard, aus Eckersdorf,
Kreis Mohrunen, am 16. September
Klose, Siegfried, aus Halldorf,
Kreis Treuburg, am 10. September
Korsch, Gisela, aus Lyck, am
10. September
Kraft, Karin Erna Gudrun, geb.
Lindorf, aus Weissensee, Kreis
Wehlau, am 13. September
Krolzik, Helmut, aus Borken, Kreis
Ortelsburg, am 14. September
Mies, Christel, geb. **Sloksnies**,
aus Kreuzingen, Kreis Elchniede-
rung, am 12. September
Möhlenbrock, Brigitte, geb. **Un-
ruh**, aus Lank/Baumgart, Kreis
Heiligenbeil, am 12. September
Mrotzek, Hartmut, aus Gusken,
Kreis Lyck, am 15. September
Orschowski, Renate, geb. **Drock-
ner**, aus Argenhof, Kreis Tilsit-
Ragnit, am 14. September
Pilzecker, Bodo, aus Sodargen,
Kreis Ebenrode, am 15. September
Schüler, Lutz Claudius, aus Nei-
denburg, am 16. September
Stein, Rüdiger, aus Ortelsburg,
am 14. September
Szepanek, Rotraut, geb. **Schulz**,
aus Kleineppingen, Kreis Neiden-
burg, am 13. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Raeder, Wolfgang, aus Eydtkau,
Kreis Ebenrode, am 13. September

Hinweis

**Alle auf den Seiten
„Glückwünsche“ und
„Heimat“** abgedruckten
Glückwünsche, Berichte
und Ankündigungen werden
auch ins Internet gestellt.
Der Veröffentlichung kön-
nen Sie jederzeit widerspre-
chen.
Landsmannschaft Ostpreu-
ßen e.V., Buchtstraße 4,
22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine der Landsmannschaft Ost-
preußen

24. bis 26. September: Ge-
schichtsseminar in Helmstedt
11. bis 17. Oktober: Werk-
woche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommu-
nalpolitischer Kongress in Allen-
stein (geschlossener Teilneh-
merkreis)
5. November: Arbeitstagung
der Landesgruppenvorsitzen-
den (geschlossener Teilneh-
merkreis)

6./7. November: Ostpreußi-
sche Landesvertretung (ge-
schlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhisto-
risches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erteilt die Bundes-
geschäftsstelle der LO, Bucht-
straße 4, 22087 Hamburg, Tele-
fon (040) 41400826, E-Mail:
info@ostpreussen.de, Internet:
www.ostpreussen.de

LO-Mitglied
werden

Informationen erteilt der
Bundesgeschäftsführer, Dr.
Sebastian Husen, Buchtstra-
ße 4, 22087 Hamburg oder
sind abrufbar unter Internet:
www.ostpreussen.de oder
Telefon (040) 4140080.

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Danke

an alle Elchniederung, die mir so
lieb gemeinte Geburtstagsgrüße
übermittelten.

Ingrid R. Karstens-Preuß

Meine Tochter Tatjana hatte mir eine Geburtstagsreise in die Schweiz
geschenkt, um Verwandtenbesuche zu machen, aber auch um meiner
Vision nachzugehen, die ich plötzlich hatte, dass meine Mutter Ursula
Preuß, geb. Wittwer und ihr Bruder Erwin Wittwer in den 20'er Jah-
ren zur Kinderverschickung in die Schweiz zum Vierwaldstätter See
gebracht worden waren.
Wir sind mit dem Nachtzug von Hamburg nach Zürich gefahren. Von
dort fuhren wir direkt mit dem Leihwagen an den Vierwaldstätter See. Es
war ein sehr sonniger Tag und wir saßen am See auf einer Bank, als eine
ältere Dame mit einem Hund vorbeiging. Ich fasste allen Mut zusammen
und fragte sie, ob ihr etwas von ostpreußischer Kinderverschickung in
den 20'er Jahren in der Nähe des Vierwaldstätter Sees bekannt sei, die
Schweizer Eltern hatten. Ich war überglücklich, als sie sich erinnerte
und uns das noch vorhandene Haus zeigen konnte, dass sogar ganz in
der Nähe war. Wir konnten das Haus von unserer Bank aus sehen. Das
Haus ist heute noch als Hotel in Betrieb und wird von Wanderern zur
Übernachtung genutzt.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Landesdelegiertentagung

Stuttgart – Freitag, 10. September, 10 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49: Landesdelegiertentagung mit Berichten aus der Arbeit des Landesvorstands, Kassenbericht, Entlastung und Nachwahl a) 2. Beisitzer/in, b) Ältestenrat, c) Schlichtungsausschuss. Im Anschluss findet die Landeskulturtagung statt.

Landeskulturtagung

Stuttgart – Freitag, 10. September, 14 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49: Landeskulturtagung mit einem Vortrag von Christopher Spatz „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder“. Nach der Kaffeepause folgt ab 16.30 Uhr ein Vortrag von Uta Lüttich „750 Jahre Königsberger Stadtgeschichte“.

Gemeinsames Mittagessen um 12.30 Uhr. Die Tagung endet nach dem gemeinsamen Abendessen um etwa 18 Uhr mit dem Ostpreußenlied und dem Deutschlandlied (3. Strophe).

Landesfrauentagung

Stuttgart – Sonnabend, 11. September, 9 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49: Landesfrauentagung. Nach dem „Wort zum Sonntag“ von Irma Barraud folgen die Berichte der kulturellen Frauenarbeit in Baden-Württemberg. Außerdem wird Uta Lüttich über das Thema „Heimat Ostpreußen in Sitte und Bräuchen“ vortragen. Gemeinsames Mittagessen um 12.30 Uhr.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Jahreshauptversammlung

Altmühlfranken – Freitag, 17. September, Hotel Krone, Gunzenhausen: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. Die Landsleute werden von ihren persönlichen Erlebnissen in der Heimat, von Flucht, Vertreibung und Neuanfang berichten.

Treffen

Hof – Sonnabend, 11. September, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße: Treffen.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Künstlerführung

Bremen – Mittwoch, 22. September, 14 Uhr, Brunnen „Unser Planet“: Führung mit Bernd Altenstein. Nach der Führung besteht

die Gelegenheit, zwanglos in einer in der Nähe gelegenen Lokalität noch etwas zu verzehren.

Unsere Jahreshauptversammlung im Grollander Krug, am 14. Juli, verbunden mit einem Königsberger Klops-Essen, liegt nun schon wieder einige Wochen zurück. Nach der Sommerpause hoffen wir, wieder in einen normalen Veranstaltungs-Rhythmus zu kommen.

Inzwischen befürchten wir aber, dass die wieder steigenden Corona-Zahlen dieses vereiteln werden. Spätestens, wenn die Wahlen zum Deutschen Bundestag am 26. September erfolgt sind, werden die Verantwortlichen, entgegen ihren derzeitigen Beschäftigungen, wieder dem Ernst der Lage entsprechen und neue Einschränkungen anordnen.

Wir möchten Ihnen daher schon kurzfristig etwas anbieten und zwei Veranstaltungen für den Monat September ankündigen. Wir würden uns über Ihre Teilnahme freuen.

Erfreulicherweise hat sich unser Mitglied, der 1943 in Schloßberg geborene Bildhauer Bernd Altenstein, bereit erklärt, eine Führung zu den von ihm geschaffenen Werken „Unser Planet“ auf dem Domshof und „Das Ende“ an der Bischofsnadel mit uns zu unternehmen. Jeder von uns kennt diese im Bremer öffentlichen Raum an prominentester Stelle stehenden Bildhauerarbeiten, und es wird sicherlich auf großes Interesse stoßen, wenn Bernd Altenstein, langjähriger Professor an der Bremer Hochschule für Künste, Erläuterungen rund um diese Arbeiten geben und unsere Fragen dazu beantworten wird.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teiffeld 1, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Tag der Heimat

Hamburg – Sonnabend, 18. September, 15 Uhr, Einlass ab 14.30 Uhr, Gemeindehaus (Bachsaal), Hauptkirche St. Michaelis, Krayenkamp 4, 20459 Hamburg: Tag der Heimat. Der Tag der Heimat 2021 findet statt unter dem Leitwort „Vertreibungen und Deportationen ächten – Völkerverständigung fördern“. Programm: Musikalische Begleitung: „Im Herzen jung“, Eröffnung, Fahnengruß, Totengedenken, die Festrede hält Otto Horst, Vorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, das Schlusswort trägt Christoph de Vries, MdB vor. Für die Durchführung der Veranstaltung des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (LvD) gelten die Corona-Sicherheitsbestimmungen.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Alle Treffen abgesagt

Wetzlar – Alle Treffen der Ortsgruppe Wetzlar für dieses Jahr

müssen abgesagt werden. Der Gaststättenbetreiber ist plötzlich verstorben. Die Gaststätte bleibt für unbestimmte Zeit geschlossen. Der Vorstand wird sich Anfang des Jahres 2022 neu beraten. Fragen beantwortet der Vorsitzende Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Jahreshauptversammlung

Landesgruppe – Wiederum gewährte das Ostpreußische Landesmuseum der Landesgruppe Niedersachsen in gewohnter ostpreußischer Art Gastfreundschaft für die Jahreshauptversammlung. Museumsdirektor Joachim Mähnert begrüßte die Teilnehmer zu Beginn der Versammlung und gab einen kurzen Einblick in seine Arbeit und die Aktivitäten und Pläne, vor allem in die geplanten Veranstaltungen des Ostpreußischen Landesmuseums für dieses Jahr, die aufgrund der Corona-Pandemie nicht umgesetzt werden konnten.

Ein umfangreiches Programm absolvierten die Teilnehmer der Jahreshauptversammlung der Landesgruppe Niedersachsen: Vorträge von LO-Bundesgeschäftsführern Sebastian Husen und des Museumsdirektors sowie Berichte der Mitglieder der Landesgruppe. Die Landesvorsitzende, Barbara Loeffke, freute sich, den Bundestagsabgeordneten Eckhard Pols, zahlreiche Vertreter aus den Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppen sowie einige Gäste, unter ihnen den Geschäftsführer des BdV-Landesverbands Niedersachsen, Michael Gediga, den Vorstandsvorsitzenden der Ostpreußischen Kulturstiftung und Vorsitzenden der Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums, Rolf-Dieter Carl, den Kreisvertreter von Schloßberg, Michael Gründling, Bernd Dauskardt sowie Brigitte Junker von der Kreisgemeinschaft Angerburg begrüßen zu können. Krönender Abschluss der Zusammenkunft war die Übergabe eines kostbaren Geschenks an das Ostpreußische Landesmuseum.

„Heimatpolitik hat Zukunft in Deutschland“ unter diesem Motto stand das Grußwort unseres Bundestagsabgeordneten Pols, der von seiner Arbeit als Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten im deutschen Bundestag berichtete. So konnte kürzlich das Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung in Berlin eröffnet werden, das mit 75 Millionen Euro gefördert worden ist. Verdreifacht worden sind die Bundesförderungsmittel gemäß § 96 BVFG. Erfreulich ist auch, dass der DRK Suchdienst bis 2025 verlängert worden ist. Mit vereinten Kräften konnte die von Pols

geleitete Gruppe erreichen, dass im Regierungsprogramm der Union dieser Politikbereich erstmals verankert worden ist. Davon profitierten auch das Ostpreußische Landesmuseum und das Ostpreußische Kulturzentrum in Ellingen sowie die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen.

Im Mittelpunkt der Tagung stand neben den Berichten der Vorsitzenden der Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppen der Vortrag von Bundesgeschäftsführer Sebastian Husen zum Thema „Unsere Landsmannschaft Ostpreußen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. In seinen mit Engagement vorgebrachten Ausführungen blendete Husen zunächst auf das Jahr 1945 zurück. Rund ein Dreivierteljahrhundert ist es her, dass über 14 Millionen Deutsche am Ende des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat fliehen mussten oder vertrieben wurden: „...ordnungsgemäß und human, wie im Protokoll der Potsdamer Konferenz behauptet, war daran gar nichts. Es war vielmehr der größte Bevölkerungstransfer in der jüngeren europäischen Geschichte. Die Grausamkeiten, die damit einhergingen, hat Bundespräsident Gauck 2015 an dem erstmalig durchgeführten deutschlandweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung ausgeführt.“ Die schwierige Ankunfts-geschichte der Vertriebenen hat der Historiker Andreas Kossert in seinem Buch „Kalte Heimat“ umfassend beschrieben und hat den Mythos der angeblich gegliückten Integration der Heimatvertriebenen relativiert. Ständig der Heimat gedenkend, suchten die Vertriebenen das Zusammensein mit den Schicksalsgefährten, doch die Alliierten verboten landsmannschaftliche Vereinsgründungen. Erst 1948 wurde das Koalitionsverbot für Vertriebene aufgehoben, und endlich konnte am 6. November 1949 die Konstituierung der Landsmannschaft Ostpreußen als eingetragener Verein erfolgen. Zu den 17 Unterzeichnern des Gründungsprotokolls gehörte auch Forstmeister Hans-Ludwig Loeffke. In der Frühphase der LO ging es zunächst weniger um politische Anliegen, sondern um Hilfe bei der Bewältigung des täglichen Überlebenskampfes.

Ein wichtiges Datum in der Vertriebenenorganisation war der 5. August 1950, an dem die Charta der deutschen Heimatvertriebenen verabschiedet wurde: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig.“ Für die Landsmannschaft entstanden 38 Heimatkreisgemeinschaften und später 16 Landesverbände, die die Erinnerung an die Heimat mit ihren Treffen und der Pflege von Kultur und Brauchtum wachhielten. Schon ab 1949 wurde eine Wochenzeitung herausgegeben, die zunächst unter dem Namen „Wir Ostpreußen“ erschien, 2008 wurde die Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ ins Leben gerufen, seit 2009 wird an einem zentralen Internet-Bildarchiv für Ostpreußen gearbeitet.

Auf der Basis der historischen Wahrheit führt die LO einen Dialog mit den polnischen, russischen und litauischen Nachbarn, kommunalpolitische Kongresse werden für die Heimatkreisvertreter und polnischen Bürgermeister und Landräte durchgeführt. Für die nördlichen Heimatreise gibt es das Deutsch-Russische Forum. Nicht unerwähnt blieb das einse-



Bei seinem Grußwort: Bundestagsabgeordneter Eckhard Pols Foto: OL

mestrige, von der Landsmannschaft einem Absolventen der juristischen Fakultät der Kant-Universität Königsberg ermöglichte Studium im Fachbereich Rechtswissenschaften an der Universität Marburg. Seit 2011 besteht ein Verbindungsbüro in Allenstein.

Wie es in zehn Jahren in unseren Organisationen aussehen wird, vermag niemand vorausszusehen. Was jedoch nicht untergehen wird, so schloss Husen seinen Vortrag, ist Ostpreußen in seiner faszinierenden Geschichte und der Schönheit seiner Landschaft – und das wird auch weiter Menschen anziehen und für diese Menschen muss es Angebote geben. Und hier ist die Landsmannschaft gefragt und muss sich Schritt für Schritt zu einem Verein der Freunde und Förderer Ostpreußens entwickeln. Ein langer Applaus dankte Husen für seine interessanten Ausführungen.

Die Corona-Pandemie hat zwar die regelmäßigen Veranstaltungen der Kreis- und Ortsgruppen unterbunden, dennoch wurden die Kontakte untereinander gepflegt und die Erinnerungsarbeit für Ostpreußen fortgesetzt. Gemeinsam mit weiteren Landesgruppen wurde Stellung genommen zu den geplanten organisatorischen Veränderungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Die Kreis- und Ortsgruppen wurden bei ihren Aktivitäten für Ostpreußen unterstützt. Die PAZ erschien regelmäßig und trug zur Festigung der Kontakte der Mitglieder bei. Der Vorstand der Landesgruppe baute die Kontakte zu den befreundeten Vertriebenenorganisationen wie dem Bund der Vertriebenen, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, den Parteien und den örtlichen gesellschaftlichen Gruppen aus. Nach der Totenehrung berichtete Mähnert über die große Aufgabe des Museums, jüngere Besucher zu gewinnen, bei denen große Wissenslücken zu erkennen sind.

Monatsversammlung

Braunschweig – Mittwoch, 22. September, 15 Uhr, Gaststätte Mahlzeit, Kälberwiese 13 a: Monatsversammlung.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Heimatsnachmittag

Bielefeld – Montag, 13. September, 15 Uhr, Gasthaus-Restaurant Bültmannshof Das Wirtshaus 1802,

Kurt-Schumacher-Straße 17a, 33615 Bielefeld: Heimatsnachmittag der Ost-, und Westpreußengruppe Bielefeld und Umgebung. Folgende Themen sind vorgesehen: Ein Kurzbericht über eine neuntägige Fahrt durch Ostpreußen im August. Ein Film über Trakehnen aus vergangenen Zeiten sowie aktuelle Beiträge bei Kaffee und Kuchen.

Herzlich eingeladen sind alle Mitglieder, Bekannte und Freunde, die sich für die Geschichte und Pflege der Kultur unserer Vorfahren interessieren. Der Veranstaltungsort ist mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“, Haltestelle „Bültmannshof“ zu erreichen. Alle Corona-Auflagen werden erfüllt.

Zur Kuchenbestellung ist eine Voranmeldung bei Barbara Dörr, unter Telefon (0521) 82026 erbeten. Wir freuen uns auf Ihr Kommen und Wiedersehen.

Noch Plätze frei

Bielefeld – Für die Fahrt zum Ostpreußen-Museum in Ellingen vom 1. bis 5. Oktober sind noch Plätze frei, weitere Informationen unter Telefon (05202) 5584.

Treffen

Essen – Freitag, 17. September, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfsstraße 51, 45144 Essen: Treffen der Ost- und Westpreußen zu den Themen: Erich Kästner und die Wahlen zum Bundestag.



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Gedenktag

Landesgruppe – Sonntag, 12. September, 11 Uhr, Ernst-Thälmann-Straße 8 (Wermighoffstraße) 02977 Hoyerswerda: Gedenktag der Vertriebenen und Spätaussiedler, mit der Eröffnung der Begegnungsstätte „Transferraum Heimat“ für Lehrer und Schüler durch Ministerpräsident Michael Kretschmer, der eine Festrede hält. Diese Begegnungsstätte soll unseren Lehrern mit ihren Schülern die Erlebnisgeschichte von Flucht und Vertreibung nahebringen und auch die Sinne schärfen, damit so ein Krieg wie der Zweite Weltkrieg nie wieder geschieht.

Erntedank

Limbach-Oberfrohna – 25. September, 14 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3, 09212 Limbach-Oberfrohna: Erntedankfest.

Herbstfest

Stadt Wehlen – Mittwoch, 15. September, Gasthof Alte Säge: Herbstfest in Dorf Wehlen. Unkostenbeitrag beträgt fünf Euro.

Aus den Heimatkreisgemeinschaften

Zusendungen für die Ausgabe 38/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 38/2021 (Erstverkaufstag 24. September) **bis spätestens Dienstag, den 14. September**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Hotel Esplanade. Die Einladungen zu den Sitzungen sind schriftlich und laut Satzung termingemäß versandt worden.

Tagesordnungspunkte: Begrüßung, Bericht Vorstand, Bericht Kassenprüfer, Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes, Mitgliederversammlung.

Ab 15 Uhr ist Einlass in die Veranstaltungsräume. Begrüßung der Teilnehmer in der L'Orangerie und Eröffnung der Ausstellung „Erinnerungen an unvergessene Orte im Kreis Mohrunen“ durch Kulturreferentin Gisela Harder. Besuch des Agnes-Miegel-Denkmal mit Blumenniederlegung. Am Abend dann ein gemütliches Beisammensein mit kulturellen Einlagen.

Die Sitzungen, Treffen und die Mitgliederversammlung finden unter der zurzeit geltenden Corona-Bestimmungen statt.

Heimatkreistreffen

Bad Nenndorf – Sonntag, 19. September, 31542 Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8, Grandhotel L'Orangerie: Heimatkreistreffen. Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, uns Ihre Teilnahme per E-Mail: tkacz@alice-dsl.net oder telefonisch bis zum 8. September mitzuteilen. Danke!

PAZ wirkt!



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgo-ev@t-online.de; **Sprechstunde:** Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr

Jahrestreffen

Lüneburg – Freitag, 17. bis Sonnabend, 18. September, Hotel Bergström, Bei der Lüner Mühle, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 308636 und Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg.

Freitag, 17. September, 15.30 Uhr, Hotel Bergström, Raum „Ravel“: Mitgliederversammlung der KGO, 18.30 Uhr, Hotel Bergström, Raum „Lindbergh“: Begrüßungsabend.

Sonnabend, 18. September, 10.15 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Eingangshalle: Führungen durch die neue Dauerausstellung: „Geschichte Ostpreußens“, „Kunst und Kultur Ostpreußens“, „Flucht, Vertreibung, Ankunft“; 12.30 Uhr, nach einer Mittagspause, Hotel Bergström, Raum „Lagerfeld“: Einlass, 13.15 Uhr: Feierstunde, Vortrag von Henriette Piper: „Der letzte Pfarrer von Königsberg – Hugo Linck zwischen Ostpreußen und Hamburg“, 15 Uhr: gemütliches Zusammensein bei Kaffee und Kuchen.



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatismuseum** im Kreishaushaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen

Verden – Sonnabend, 25. und Sonntag, 26. September, Thedinghauser Straße 16, Landhotel Zur Linde, Telefon (04231) 29800, E-Mail: info@landhotelzurlinde.de, Internet: www.landhotelzurlinde.de: Kreistreffen.

Liebe Kreis-Preußisch-Eylauer, endlich kann nun wieder unser Kreistreffen stattfinden, und zwar wie bereits im Kreisblatt Nr. 110 angekündigt am 25. und 26. September, einem Wochenende, (Bundestagswahl, vergessen Sie nicht vorher zu wählen, das ist schon jetzt möglich) diesmal in einem Hotel, noch in der Stadt Verden, aber einer eher ländlichen Umgebung. Kommen Sie bitte zahlreich, verabreden Sie sich mit Freunden. Für den Fall, dass das Tagungshotel bereits ausgebucht ist, rufen Sie die Tourist-Info Verden an, Telefon (04231) 12345.

Planen Sie bitte Ihre Teilnahme an der Mitgliederversammlung am Sonnabend, 25. September, 14 Uhr im Tagungshotel ein. Jeder Empfänger des „Preußisch Eylauer Kreisblatts“ ist Mitglied. Einladung und Tagesordnung sind in der neuesten Ausgabe des Preußisch-Eylauer Kreisblatts, Seite zehn, abgedruckt, desgleichen das gesamte Programm des Treffens.



Für die Werkwoche in Helmstedt gibt es noch freie Plätze. Vom 11. bis 17. Oktober führt die Landsmannschaft Ostpreußen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt die 67. Werkwoche durch. Unter Anleitung können dort Stickereien in Weiß- und Kreuzsticktechnik, Web- und Knüpfarbeiten und gestrickte Handschuhe in typischen Mustern angefertigt werden. Die Seminargebühr (inklusive sechs Übernachtungen im Doppelzimmer mit Dusche und WC sowie Vollverpflegung) beträgt 150 Euro. Einzelzimmer sind gegen Zuschlag erhältlich. Die Anmeldeunterlagen sind unter Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare/werkwoche.html abrufbar oder können bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Hanna Frahm, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26, E-Mail: frahm@ostpreussen.de angefordert werden. Die Durchführung steht unter dem Vorbehalt möglicher staatlicher Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Foto: LO

DITTCHENBÜHNE

Copernicus auf der Bühne

Bringen Sie bitte in jedem Fall Ihre Maske mit. Genaue Verhaltensmaßregeln am Ort.

Ich freue mich, Sie in Verden zu begrüßen. Je mehr Landsleute erscheinen, desto größer ist unser Bekenntnis zur Heimat.

Ihre Evelyn v. Borries, Kreisvertreterin



Das Stück über Nicolaus Copernicus, das auf der Dittchenbühne gezeigt wird, thematisiert die Wahrheitssuche eines der bedeutendsten Astronomen der Weltgeschichte. Seine Erkenntnis, dass sich nicht die Sonne um die Erde, sondern die Erde um die Sonne dreht, entpuppte sich als Sprengstoff für die damalige Theologie. Das Stück – so der Chef der Dittchenbühne Raimar Neufeldt – gehe auf die ostpreußische Dichterin Hedwig von Lölhöff zurück und wurde vom Fernsehjournalisten Joachim Thode sowie von Neufeldt für die Dittchenbühne bearbeitet. Für die aktuelle Copernicus-Inszenierung wurde das Stück

noch einmal von Regisseur Marcus Arendt variiert.

Für die noch folgende Aufführung am 19. September gibt es nur noch wenige Karten. Die Vorstellung am 15. September ist bereits ausverkauft.

Karten für das Stück „Kopernikus – Auf der Suche nach der Wahrheit“ mit Stephan Will als Kopernikus, Katrin Cibin als Barbara, Kai Göhring als Dominikus und Franziska Kiesow als Clementia können direkt beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, bestellt werden unter Telefon (04121) 89710 oder per E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

FRANZ ERNST NEUMANN

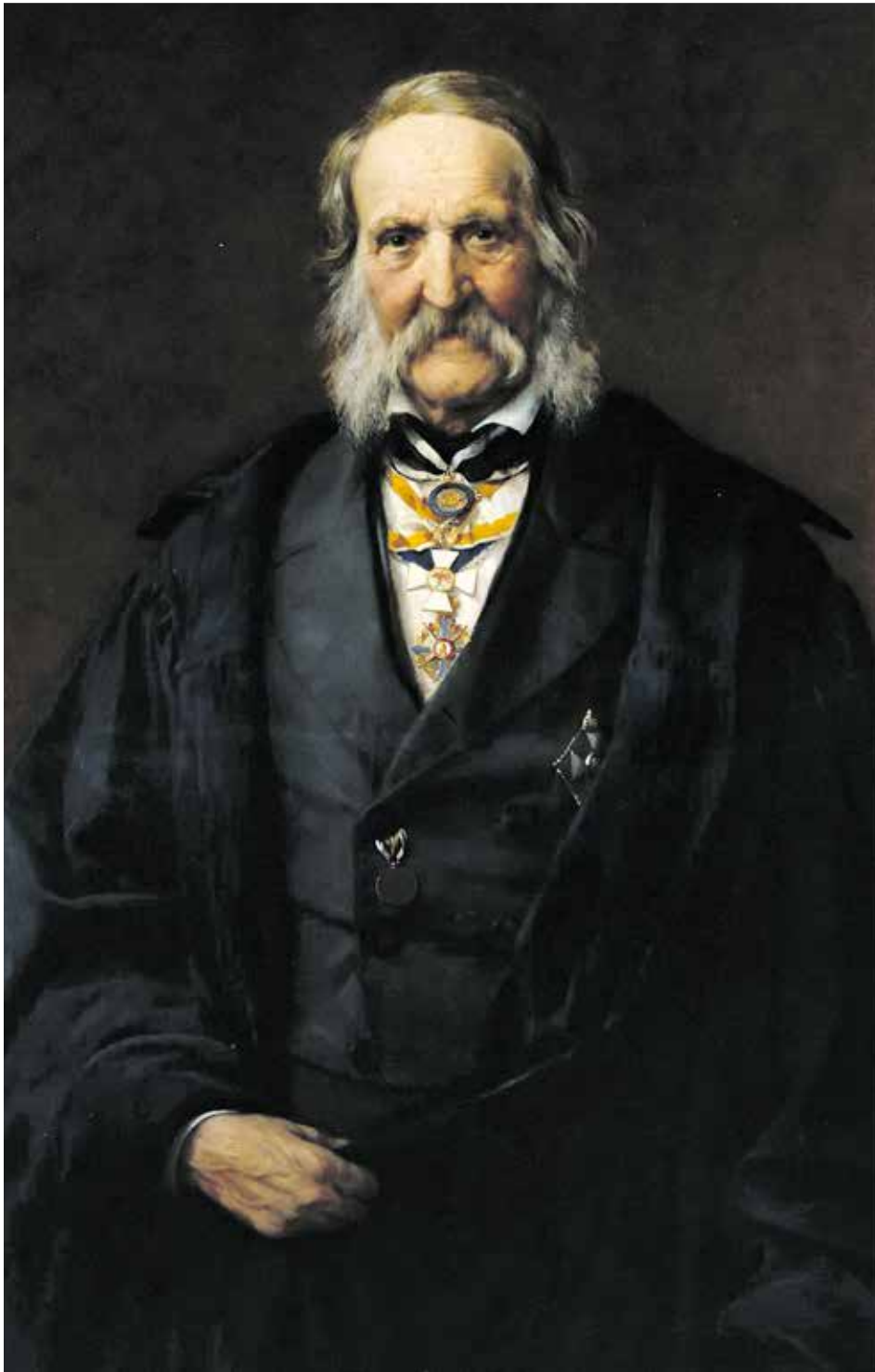
Ein Tummelplatz der Naturwissenschaftler

Über den Begründer der „Königsberger Schule“ der Physik

VON WOLFGANG KAUFMANN

Franz Ernst Neumann gilt als Begründer der „Königsberger Schule“ der Physik, denn seine früheren Studenten und Doktoranden besetzten zum Ende des 19. Jahrhunderts fast alle einschlägigen Lehrstühle in Deutschland. Besonders hervorzuheben wären dabei Gustav Robert Kirchhoff, ab 1875 Professor an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin und vor allem bekannt für das Kirchhoffsche Strahlungsgesetz sowie wichtige Erkenntnisse über elektrische Stromkreise, Friedrich Ernst Dorn, ab 1881 beziehungsweise 1885 Professor in Darmstadt und Halle und ein maßgeblicher Erforscher der Radioaktivität, Alfred Clebsch, zwischen 1858 und 1872 Professor in Karlsruhe, Gießen und Göttingen und Mitbegründer der Quantenmechanik, sowie Georg Hermann Quincke, von 1872 bis 1907 Ordinarius in Würzburg und Heidelberg sowie Pionier auf den Gebieten der Akustik und Molekularphysik.

Seine grandiose akademische Laufbahn war Neumann nicht in die Wiege gelegt. Der am 11. September 1798 im brandenburgischen Vorwerk Mellin geborene uneheliche Sohn der geschiedenen Gräfin Charlotte Friderike Wilhelmine von Mellin und ihres Gutsverwalters Franz Ernst Neumann wuchs trotz des beachtlichen Vermögens der Mutter in bescheidenen Verhältnissen bei den Großeltern väterlicherseits auf. Bereits mit 16 Jahren schloss er sich dem Colbergschen Grenadier-Regiment „Graf Gneisenau“ an, um als Freiwilliger in den Befreiungskriegen gegen Napoleon zu kämpfen. Dabei erlitt der Jüngling in der Schlacht von Ligny, die am 16. Juni 1815 zwei Tage vor dem alles entscheidenden Treffen bei Belle-Alliance und Waterloo stattfand, eine schwere und



Ein bescheidener Mann und großer Physiker: Franz Ernst Neumann Foto: *akg images*

fast tödliche Verwundung: Eine Kugel durchbohrte seine Oberlippe, die Zunge und den Oberkiefer, sodass Neumann später neu sprechen lernen musste. Anschließend machte er 1817 sein Abitur am Friedrichwerderschen Gymnasium in Berlin und begann danach, dem väterlichen Wunsch entsprechend, Theologie zu studieren. Allerdings nur für kurze Zeit, denn schon bald besuchte er lieber Vorlesungen in Mathematik und Naturwissenschaften. Finanziert wurde sein Studium vom preußischen Staat sowie durch Zuwendungen des Geologen und Vulkanologen Leopold von Buch.

1826 nach Königsberg

Neumann promovierte am 16. März 1826 mit einer kristallographischen Arbeit und wechselte im Herbst des Jahres als Privatdozent an die Universität Königsberg, die ihn angesichts seiner bisherigen akademischen Leistungen von der eigentlich üblichen Aufgabe befreite, eine Habilitationsschrift zu verfassen. Der 28-Jährige hielt zunächst mineralogische Vorlesungen in Vertretung des Universalgelehrten Carl Gottfried Hagen und wurde am 10. März 1828 außerordentlicher Professor. Da Neumann es vorzog, ausschließlich wissenschaftlich zu arbeiten, anstatt sein kümmerliches Gehalt durch Privatunterricht aufzubessern, lebte er in sehr bescheidenen Verhältnissen. Deshalb sah sich der Astronom und Mathematiker Friedrich Wilhelm Bessel schließlich veranlasst, beim preußischen Kultusminister Karl Sigmund Franz Freiherr vom Stein zum Altenstein zu intervenieren. Infolgedessen wurde Neumann am 17. Mai 1829 nach von Hagens Tod zum ordentlichen Professor für Physik und Mineralogie berufen – mit einem Jahresgehalt von 500 Talern. Dergestalt abgesichert, widmete er sich der

Physik der Erde und den physikalischen Eigenschaften von Mineralien, sich dabei immer stärker der theoretischen Physik widmend. Da seine diesbezüglichen Vorlesungen ein absolutes Novum darstellten und lange Zeit auch blieben, wurde Königsberg sukzessive zum Tummelplatz junger talentierter Naturwissenschaftler aus allen Teilen Deutschlands, der Schweiz und Russlands.

Weil die ostpreußische Universität damals noch über kein physikalisches Labor verfügte, kaufte Neumann 1847 aus eigenen Mitteln ein abseits gelegenes Haus auf dem Hintertragheim und stellte die Haupträume den Studenten zum Experimentieren zur Verfügung, während er und seine Familie im kärglichen Rest des Anwesens lebten. Diese Bescheidenheit zeigte der Physiker auch auf anderen Gebieten, während er zugleich auf eine umfassende wissenschaftliche Schulung des akademischen Nachwuchses hinarbeitete und diesem das von ihm selbst vorgelebte „Ethos der Exaktheit“ einpflanzte. Dadurch wurde Königsberg ab etwa 1850 zur Heimstätte einer aufstrebenden und selbstbewussten modernen Physik.

Aufgrund der enormen Verdienste Neumanns hagelte es schließlich auch Ehrungen aller Art, die belegen, wie sehr der preußische Staat seine Arbeit schätzte. So erhielt er 1860 den Orden Pour le Mérite für Wissenschaften und Künste und 1888 den Kronenorden I. Klasse mit Stern. Dazu kam 1894 die Ernennung zum Wirklich Geheimen Rat.

Bereits im Jahre 1876 wurde Neumann von der Verpflichtung entbunden, Vorlesungen zu halten. Trotzdem blieb er bis zu seinem Tode am 23. Mai 1895 an der Universität Königsberg aktiv und unternahm noch mit 94 Jahren „Spaziergänge“ von bis zu drei Stunden Dauer.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Zeichen gegen Ungeduld der Diplomatie

Deutsche Oberschlesier exhumieren Soldaten der Roten Armee

Schier endlos reiht sich Grab an Grab auf dem Friedhof sowjetischer Soldaten im oberschlesischen Kandrzin [Kędzierzyn]. Etwa 20.000 Rotarmisten fanden auf dieser Nekropole ihre letzte Ruhestätte, die damit die größte ihrer Art in der Republik Polen ist. Unter den Rotarmisten ruhen in Kandrzin Russen, Ukrainer, Weißrussen, Tataren und Polen aus der Gegend um Lemberg. Zuletzt wurden Überreste sowjetischer Soldaten 1953 dorthin umgebettet. Am 4. September kamen etwa 50 weitere hinzu, und zwar mit einer Gedenkfeier für die Exhumierten. Den Gottesdienst hielt Erzpriester Stanisław Strach, Pfarrer der Polnisch-Orthodoxen Kirche in Kandrzin, in Russisch, Ukrainisch und Polnisch, verlas aber auch einen Teil der Liturgie in deutscher Sprache, weil an der Feierlichkeit auch zwei deutsche Kriegsveteranen teilnahmen. „Das war beeindruckend und zeugte von Respekt“, so Waldemar Golasz, der zweite Vorsitzende der Stiftung „Silesia“, welche die Exhumierungen durchführte.

Ob der stellvertretende Botschafter Weißrusslands in Polen, Ministerialrat Aleksander Czesnowski, der russische Generalkonsul, Ivan Kosanogov, oder Vertreter von Kombattantenorganisationen – alle sprachen von der Wichtigkeit des Gedenkens an die Soldaten, die für Europas Freiheit gekämpft hätten. Czes-

nowski betonte, dass „die Geschichte von den Siegern geschrieben wird“.

Roland Dubowski, Vorsitzender des Verbandes der Erben Polnischer Kombattanten des Zweiten Weltkrieges, bemängelte einen ab 1989 eingetretenen Trend zur Entfernung von Gedenkstätten des Zweiten Weltkrieges aus der Öffentlichkeit. „In unserem Vaterland wird derzeit eine Politik der Zerstrittenheit mit unseren Nachbarn geführt. Diplomatie scheint ungesund zu sein“, sagte der Warschauer. „Ich hoffe, dass die Weißrussen und Aleksandr Lukaschenko nicht erlauben werden, dass in Weißrussland die ‚bunte Revolution‘ Oberhand gewinnt und ihr Staatskapital nicht an das sogenannte ausländische Kapital verscherbelt wird“, mahnte Dubowski.

Kosanogov dankte den Mitarbeitern der Stiftung „Silesia“ für ihre Arbeit in Sachen Bewahrung des Gedenkens sowjetischer Soldaten und der polnischen Regierung für die Pflege dieser Grabstätten. Andrzej Latussek, Vorsitzender der Stiftung „Silesia“, ging als einziger auf den besonderen Ort und die Umstände ein, die zu der späten Bestattungsfeierlichkeit führten. „Der Großteil der ‚Silesia‘-Mitarbeiter sind deutsche Oberschlesier. Unsere Großväter haben gegen diese sowjetischen Soldaten gekämpft. Dieses Moment und dieser Ort sind einer der geeignetsten Orte des Vergebens“, so Latussek, der seit



Letzte Ehre den sowjetischen Soldaten: Gedenkfeier am 4. September auf dem Friedhof in Kandrzin Foto: *C. W. Wagner*

zwölf Jahren nach gefallenen Soldaten sucht, um sie an einen Ort zu bringen, der ihnen eine würdige Ruhestätte sein kann.

Die Überreste der Rotarmisten fanden Latussek und seine Mitstreiter in Langlieben [Długomiłowice] bei Cosel [Kozle]. Der Langliebener Golasz wurde im August durch den Ortspolizisten auf einen Fund aufmerksam gemacht. „Im Januar 1945 fanden in Langlieben Exekutionen von

Kriegsgefangenen statt. Als bei uns neue Wasserleitungen gelegt wurden, hatte man Knochen gefunden. Es waren Überreste von etwa 30 Menschen“, so Golasz. Magdalena Przysiężna-Pizarska vom Geschichtsinstitut der Universität Oppeln, die mit der Stiftung zusammenarbeitet, fand heraus, dass es sich nicht um exekutierte Gefangene, sondern um Soldaten handelt. Überreste von weiteren 18 Rot-

armisten wurden in Bielau [Biała Nyska] bei Neisse [Nysa] gefunden. Golasz weiß, dass in seinem Heimatort noch etwa tausend sowjetische Soldaten vergraben sind. Es liegen ihm Gefallenenslisten aus russischen Archiven vor, die dies belegen. Hilfe beim Lesen der Dokumente bekam er von Menschen, die nach Kriegsende aus dem sogenannten Ostpolen nach Oberschlesien kamen. „In meiner Familie haben viele ihr Leben im Krieg verloren. Sie sind auch nie gefunden worden. Indem ich den unbekannten Soldaten eine Identität zurückzugeben versuche, hoffe ich, dass andere dies auch für meine Angehörigen tun werden“, erklärt der deutsche Oberschlesier seine Motivation.

Für die Silesia-Mitstreiter gibt es noch viel zu tun. Latussek berichtet von etwa 60.000 Soldaten allein in Schlesien, die noch nicht geborgen wurden. Doch die Suche und vor allem die Exhumierungen sind sehr kostspielig. Seine Stiftung (fundacjasilesia.eu) lebt von Spenden und Nachlässen und die Arbeit der Mitglieder ist ehrenamtlich. Am Anfang hatte Latussek sehr eng mit dem Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge zusammengearbeitet, aber nachdem dessen Chef in den Ruhestand gegangen war, fand Latussek keinen rechten Draht mehr zum neuen Vorstand. „Der Bund greift jetzt lieber auf unsere polnischen Kollegen zurück“, sagte er. *Chris W. Wagner*

HINTERPOMMERN

Der Cordula-Schrein von Cammin

In der ältesten und größten Kirche Pommerns befand sich der verlorene Pommernschatz

VON ERWIN ROSENTHAL

Der Dom zu Cammin, von 1176 bis 1650 Bischofssitz des Bistums Cammin und heute neben der Jakobskirche in Stettin eine der beiden Kathedralkirchen des Erzbistums Stettin-Cammin, ist ein Gotteshaus der Superlative. Er ist nicht nur das imposanteste Bauwerk der Stadt Cammin, sondern auch die älteste und zugleich größte christliche Kirche Pommerns. Zudem schmückt sich der Dom mit der schönsten Orgel und dem einzigen erhaltenen gotischen Kreuzgang Pommerns.

Die Orgel hatte seinerzeit Ernst Bogislav von Croy, bis 1650 evangelischer Bischof von Cammin, hiernach Statthalter von Hinterpommern und später Statthalter des Herzogtums Preußen, gestiftet.

Einst Bedeutende Schatzkammer

Das Domarchiv und das Dommuseum, auch die Camminer Schatzkammer genannt, waren weit über die Grenzen Pommerns hinaus bekannt. Heute werden in deren Räumen Silberkelche, Münzen und Messgewänder ausgestellt. Bis zum Jahre

1945 hingegen lagerten hier das in mehr als 700 Jahren angesammelte historische und kirchliche Gerät, wertvolle Kunstwerke und Raritäten aus dem Orient.

Die einzigartige Sammlung enthielt unter anderem einen Bischofsstab (um 1300), ein Parficalkreuz (um 1450), ein Kruzifix (um 1200) und eine Mitra (um 1400). Auch Reliquien wie „das Handtuch der Maria“ oder die Peitsche mit der Jesus die Wechsler, Verkäufer und Käufer aus dem Tempel getrieben haben soll, hatten hier ihren Platz gefunden.

Größte Kostbarkeit

Die größte Kostbarkeit in der Camminer Schatzkammer war jedoch ein im Mammen-Stil der Wikingerzeit um 1000 nach Christi von einem nordischen Künstler angefertigter Reliquienschrein, der sogenannte Cordula-Schrein, in dem früher die Gebeine der heiligen Cordula aufbewahrt wurden.

Cordula (gestorben um 304 oder um 451) zählt zu den Jungfrauen – der Legende nach sollen es mehr als zehntausend gewesen sein – die auf einem Schiff aus England gekommen waren und in Köln das Martyrium erlitten. Cordula hatte



Die Kopie des Cordula-Schreins im Pommerschen Landesmuseum Greifswald

Foto: Pommersches Landesmuseum

sich zunächst im unteren Schiffsraum versteckt, ging aber am nächsten Morgen freiwillig ins Lager der Hunnen und wurde dort ebenfalls getötet.

Ausführung gibt Rätsel auf

Der ovale Holzkasten in den Maßen 63 mal 26 mal 33 Zentimeter war mit 22 unregelmäßigen viereckigen Platten aus Elchgeweih belegt, die von vergoldeten Bronzebändern zusammengehalten wurden. An den Schnittpunkten der Bänder befanden sich Tierköpfe.

Die Platten und die Bronzebänder waren ebenfalls mit zahlreichen Tierornamenten bedeckt. Möglicherweise ist das Dekor des Schreins den Schnitzereien bzw. Malereien an den echten wikingerzeitlichen, schiffsförmigen Hallenhäusern nachempfunden worden.

Fast sagenhaft muten die Erzählungen über die Herkunft des Cordula-Schreins an. Nach neueren Auffassungen kam er als Geschenk des Bischofs Asker von Lund an

Otto von Bamberg nach Cammin. Nordische Historiker vertreten hingegen die Auffassung, dass der kostbare Schrein im Jahre 1135, während des Vergeltungszuges der Pommern gegen die norwegische Metropole Konghelle von Herzog Ratibor I. erbeutet wurde. Ratibor I. hatte nach dem Tode seines Bruders Wartislaw I. die Regierung in Pommern übernommen und bei Stolpe an der Peene, wo sein Bruder angeblich durch einen „heidnischen“ Lutizen erschlagen worden war, eine Kirche erbaut und später ein Kloster gegründet.

Seit 1945 verschwunden

Wie die Herkunft des Kunstwerkes liegt auch sein gänzlich Verschwinden im Jahre 1945 im Dunkeln. Es gibt mehrere Erklärungen für das Schicksal des Pommernschatzes. So sollen die Transportfahrzeuge, mit dem er – offensichtlich viel zu spät – in Sicherheit gebracht werden sollte, in ein Panzergefecht geraten und zerstört worden sein.

Eine zweite Erklärung: Als sich die russischen Armeen der Odermündung näherten, soll ein berittener Soldat versucht haben, den Schrein in Sicherheit zu bringen. Unterwegs verliert sich dann seine Spur. Und weiter: Der Schatz wurde mit einem Planwagen in Richtung Westen transportiert. Bei Parlowkrug, an der Kreuzung der Straßen Wollin-Pribbernow/Cammin-Pribbernow soll der Wagen auf einer Brücke umgekippt sein, wodurch der Schatz verloren ging.

Der Wert des Schreins lässt sich auch daran ermesen, dass sich Nachbildungen im Römisch-Germanischen Zentralmuseum in Mainz, im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg, im Dänischen Nationalmuseum in Kopenhagen und im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald befinden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Original des berühmten Schreins eines Tages wieder auftaucht. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.



Der Kreuzgang des Camminer Doms

Foto: Erwin Rosenthal

SEHENSWERT

Eine der ältesten Dorfkirchen Vorpommerns in Tribohm

Dorfkirchen – die Schönen vom Lande

Die Kirchen waren über Jahrhunderte Mittelpunkte in den Dörfern und Städten. Sie dokumentieren zudem bis heute vielgestaltige architektonische und künstlerische Leistungen. Doch die Instandhaltung blieb vielerorts, besonders in den neuen Bundesländern auf der Strecke. So sind zahlreiche Kirchenbauten als Kulturdenkmäler von regionaler und nationaler Bedeutung inzwischen substanziell stark gefährdet. Deshalb bildeten sich Fördervereine zum Erhalt der Baudenkmäler.

Die Deutsche Stiftung Denkmalpflege startete eine Aktion „Rettet unsere Kirchen“, die über Jahre für Spenden sorgte, um die gefährdeten Sakralbauten zu erhalten. Zu den betroffenen Kirchen, denen mittlerweile auf diesem Wege geholfen werden konnte, gehört die denkmalgeschützte Dorfkirche in Tribohm im Landkreis Vorpommern-Rügen.

Dendrochronologische Untersuchungen ergaben, dass sie um 1240 erbaut wurde und damit zu den ältesten erhaltenen Kirchenbauten in ganz Nordvorpommern gehört, ein weitgehend original erhaltener Feldsteinbau. 1421, vor 600 Jahren, erhielt

die Kirche in Tribohm zudem einen hölzernen Kirchturm.

Der Ort Tribohm wurde urkundlich erstmals in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts schriftlich erwähnt. Das geschah im Zusammenhang mit der Übereignung von Land durch den adligen Gutsherrn Eckard von Dechow an das neue Kloster Neuenkamp. Dieses Zisterzienserkloster entstand ab 1231 mit Erlaubnis des Rügenfürsten Wizlaw I. im Gebiet der heutigen Stadt Franzburg, entwickelte sich als Tochterkloster des niederrheinischen Klosters Kamp und verfügte nach großen Schenkungen bald über Besitztümer in rund 90 Städten und Dörfern auf Rügen, in Pommern und Mecklenburg. Das reichte vom Kampschen Hof in Stralsund als Handelsplatz des Klosters über das Mühlenmonopol in Plau bis zum Besitz in Tribohm. Parallel entstand die Kirche, über die das Kloster Neuenkamp das Patronat ausübte, das sie 1456 an die Universität Greifswald abtrat.

Nach Beschädigungen im Dreißigjährigen Krieg sowie im Nordischen Krieg wurden Kirche und Kirchturm mit der In-

neneinrichtung nach 1745 gründlich saniert. Die Sanierungsarbeiten betrafen auch den Altar, die Kanzel, den Beicht-



Der Altar aus dem Jahr 1745 wurde vermutlich in einer Rostocker Werkstatt gefertigt und 1846 erneuert.

Foto: Schiwago/Wikipedia

stuhl und die Patronatslogen, die ein barockes Gesicht erhielten.

Die nächste Sanierung erfolgte 100 Jahre später. Mittendrin der Einbau einer neuen Orgel und die Schenkung eines Gemäldes von Bernhard Plockhorst. Die Orgel schuf Carl August Buchholz in Berlin, ein einst deutschlandweit bekannter Orgelbauer.

Plockhorst war zu Lebzeiten ein berühmter Maler, der in Weimar als Kunstprofessor an der Großherzoglichen Kunstschule lehrte und zahlreiche Häuser sowie Kirchen mit seiner religiösen Malerei ausschmückte. Seine Christusdarstellungen sind bis heute in den USA verbreitet. Dagegen ist er hierzulande jetzt nur noch Experten ein Begriff. Die Buchholz-Orgel und das Plockhorst-Gemälde hoben einst den Wert der kirchlichen Innenausstattung.

Doch nach langer stiefmütterlicher Behandlung gedieh die Dorfkirche in Tribohm zum Pflegefall. Der Pfarrer, Denkmalschützer und schließlich die Deutsche Stiftung Denkmalpflege (DSD) sorgten ab 1997 für Erhaltungsarbeiten. Das reichte

von der Dachsanierung über die Restaurierung der Mauern und der Innenausstattung bis hin zur archäologischen Untersuchung des Chorraumes.

Bis 2010 wurden rund 750.000 Euro an Spenden investiert. Die Liste der Spender ist lang. Sie reicht vom Kirchenkreis, dem Bundesland und der Stiftung KiBa über die Reemtsma-, die Zeit- und die Hoffmann-Stiftung bis zur Deutschen Stiftung Denkmalschutz. Mittendrin ein Spendenkonzert des Deutschlandfunks in der Reihe „Grundton D“ mit Michaela Petri, der „dänischen Nachtigall“.

Nun ist die Kirche in Tribohm von außen und innen wieder ein Schmuckstück und wurde zuletzt in einer Sendereihe des Norddeutschen Rundfunks „Dorfkirchen – die Schönen vom Lande“ durch Monika Schepeler einem größeren Publikum vorgestellt. Tribohm ist inzwischen ein Ortsteil der Gemeinde Ahrenshagen-Daskow südwestlich von Stralsund.

Martin Stolzenau

● Info www.ev-kirche-ahrenshagen.de/kirche_tribohm.html

„Das ist die schwere Schuld der Bundesregierung“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Beste Grüße und machen Sie weiter so, ich freue mich jeden Donnerstag auf die neue PAZ!“

Robert Dick, Frankfurt am Main



Ausgabe Nr. 33

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WER REGIERT UNS?

ZU: ENDE EINES POLITIKSTILS (NR. 34)

Viele, die Politserien wie „Borgen“, „Parlament“ oder „House of Cards“ gesehen haben, bezweifelten, dass Vorgänge wie die dargestellten in der Realität – zumindest bei uns – möglich wären. Nach Beobachtungen in den letzten Monaten sind diese Zweifel verfliegen: Fast 200 Menschen starben bei einer Überschwemmungskatastrophe im hoch entwickelten Deutschland, weil unter anderem wegen eines fehlerhaften Formulars keine Warnungen angekommen waren.

Tausende afghanischer Menschen werden geopfert, weil Warnungen unter anderem der Botschaft nicht gehört werden, auf Visaverfahren bestanden wird und dann nicht mehr genug Zeit bleibt. Regierungsentscheidungen zu Pandemiebedingten Regelungen basieren auf der Expertise weniger Stellen, die politisch motiviert gesteuert werden – statt faktenbasiert auf Grundlage aktueller Studien aus Ländern, die wesentlich mehr Daten erheben und auswerten als wir. Wirtschaftsbesse schließen sich zusammen, um massiv Einfluss auf die Wahl zu nehmen, indem Politiker in Kampagnen diffamiert werden.

Politiker treffen Fehlentscheidungen und Fehleinschätzungen, die offensichtlich sind. Es werden keine unabhängigen Expertenteams gebildet und in die Meinungsbildung einbezogen. Politik folgt wirtschaftlichen Interessen, Lobbyisten geben die Richtung vor. Verantwortung wird seitens der Politik demnach auch nicht übernommen: Ja, wir wurden überrascht, wir werden uns viel verzeihen müssen. Aber wir machen auf jeden Fall weiter so.

Und wo ist die unabhängige Presse? Kein Journalist, kein „Rechercheverbund“ wagt es, die Informationskampagne zur Pandemie und Impfkampagne zu hinterfragen und aktuelle Studien zu veröffentlichen. Und es gäbe – siehe oben: faktenbasiert und objektiv – sehr gute Gründe, das zu tun. Wer steuert die Medien so,

dass selbst bislang kritische Journalisten verstummen oder nicht mehr zu hören sind? „Folge dem Geld“ – ein Ratschlag für Kriminalisten, aber auch für alle, die politische Entscheidungen hinterfragen. Wer Antworten will, muss herausfinden, wer wen finanziert.

Wird sich durch die Wahl zum Bundestag etwas ändern? Die Wähler hätten es in der Hand. Nur ist zu fürchten, dass, ähnlich wie schon in der Pandemie nahezu perfekt vorexerziert, die breite Bevölkerung und die Medien mit Informationskampagnen überzogen werden, die es fast unmöglich machen, sich ein objektives Urteil zu bilden.

Trotzdem sollten wir nicht aufgeben und keinesfalls den Politikern unsere Stimmen geben, die heute gegen die Menschen handeln und nicht zu der ihnen übertragenen Verantwortung stehen.

Siegfried Müller-Hildebrand, Bad Vilbel

ZWANGSISOLATION IST FOLTER

ZU: LOCKDOWN HAT IQ GEDRÜCKT (NR. 34)

Das Ergebnis der Untersuchung von Wissenschaftlern der Brown Universität im US-Bundesstaat Rhode Island zu den Intelligenzdefiziten von unter dem Lockdown geborenen Kindern verwundert mich nicht. Die zwangsweise Isolation des Menschen von Mitmenschen ist eine Freiheitsentziehung, eine Form der Folter, die erhebliche Beeinträchtigungen des vegetativen Nervensystems, der Wahrnehmung und der kognitiven Leistungsfähigkeit zur Folge hat.

Wer meint, dass die Isolation notwendig sei, um die Gesundheit des Einzelnen vor „dem Virus“ zu schützen, sollte sich auch mit anderen gesundheitlichen Aspekten und den Menschenrechten beschäftigen. Letztere sind nämlich unveräußerlich, das heißt sie sind individuelle (höchstpersönliche) Rechte und können keinem Kollektiv untergeordnet werden. Sie entziehen sich somit auch staatlicher Souveränität. Daher bleibt etwa die Anwendung von Folter selbst dann unrechtmäßig,

wenn diese auf einem formal rechtmäßig zustande gekommenen Gesetz oder gar auf einer Volksabstimmung basiert.

Sabine Preißler, Wiesbaden

IM INTERESSE PUTINS ABGEHAKT

ZU: KÖNIGSBERG TRÄGT SEINEN NAMEN (NR. 31)

Alle wissen, dass Kalinin ein Schwerverbrecher war. Ich möchte nicht aufzählen, welche Verbrechen er zu verantworten hatte. Warum werden alle Städte und Orte in unserem Nord-Ostpreußen nach sowjetischem Muster benannt? Dies sollte man Herrn Putin fragen.

Gleichzeitig möchte ich daran erinnern, dass die Städte Königsberg und auch Tilsit einen geschichtlichen Ursprung haben. Der Oberste Sowjet der UdSSR hat am 14. November 1989 von einer „ungesetzlichen und verbrecherischen Verfolgung“ gesprochen. Eine Einschätzung findet sich auch im RSFSR-Gesetz über die „Rehabilitierung der verfolgten Völker“ beziehungsweise einer Verordnung des Obersten Sowjets der UdSSR im gleichen Jahr, die von Kalinin unterzeichneten Erlasse mehr und ganz formell außer Kraft zu setzen.

Warum muss Königsberg immer noch seinen Namen tragen? Warum hat sich unsere Regierung noch nicht mit dieser Frage beschäftigt? Wahrscheinlich hat man diese Angelegenheit im Interesse von Putin abgehakt.

Eine zukünftige Zusammenarbeit mit unseren jungen Mitgliedern der Stadtgemeinschaften Königsberg und Tilsit muss eine gesicherte Zukunft für viele Jahre bringen.

Günter Balschuweit, Suhl

VERGEBLICH GEFALENE OPFER

ZU: TOTALE AUFGABE (NR. 33)

Das Kind ist in den Brunnen gefallen (in Afghanistan, d. Red.). Warum? Man wollte ein islamisches Land zur Demokratie führen, ohne wissen zu wollen, dass solches nicht möglich ist. Die Scharia steht am

Ende immer dagegen. Ein mir bekannter deutscher Jurist, der an der Entstehung der afghanischen Verfassung mitgearbeitet hat, sagte mir, wie die Scharia alle Artikel, besonders die der Rechte der Frauen, in Haft genommen hat. Selbst die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen wurde von den islamischen Staaten nur unter dem Scharia-Vorbehalt akzeptiert.

Kurzum, ohne internationale Ächtung dieser Rechtsordnung wird der Islam weiter seine menschenverachtende Rolle in der Welt spielen. Gerne wünschte ich mir auch eine Stellungnahme der muslimischen Verbände dazu.

Insofern ist der Kampf gegen die Taliban gescheitert und wird immer wieder überall scheitern, denn der Islam ist ohne Scharia nicht denkbar. Jetzt über die Taliban entsetzt zu sein, ist reine Rhetorik. Alle ausländischen Soldaten, die in Afghanistan gefallen sind, sind vergeblich gefallen. Das ist die schwere Schuld auch der Bundesregierung. Der Außenminister und die Verteidigungsministerin sollten zurücktreten. Auch die Kanzlerin, die letztlich die oberste Verantwortung für das Desaster trägt. Das sind sie den toten Soldaten und deren Angehörigen schuldig.

Prof. em. Dr. D.h.c. Karl-Heinz Kuhlmann,

Bohnte

KINDER DEINES VOLKES

ZU: DIE UNSICHTBAREN QUELLEN VON EMPATHIE UND SOLIDARITÄT (NR. 30)

Wenn Herr Nehring schon aus der Thora zitiert, dann bitte vollständig. Im 3. Buch Mose 19,18 heißt es zum Gebot der Nächstenliebe: „An den Kindern deines Volkes sollst du dich nicht rächen und ihnen nichts nachtragen.“

Während im Christentum mit dem Nächsten im heutigen Zeitgeist die gesamte Menschheit gemeint ist, meint die Thora die „Kinder deines Volkes“. Dies ist ein gewaltiger Unterschied mit gewaltigen politischen Konsequenzen.

Dr. Roland Mackert, Böblingen

ANZEIGE

Wer ist Annalena Baerbock und wessen Interessen vertritt sie?

■ Annalena Baerbock wurde durch den Frauenbonus im Juni 2021 grüne Kanzlerkandidatin. Obwohl sie mit falschen Angaben im Lebenslauf und zahlreichen Plagiaten in ihrem Buch *Jetzt für Schlagzeilen* sorgte, wissen die wenigsten, wer Annalena Baerbock ist und wofür sie steht. Bestsellerautor Michael Grandt sorgt in diesem Buch für Klarheit. In einer aufwendigen Recherche hat er bemerkenswerte Enthüllungen über die grüne Hoffnungsträgerin ans Licht gebracht.

George Soros, Klaus Schwab und das Weltwirtschaftsforum

Enthüllt wird nicht zuletzt, wessen Interessen Annalena Baerbock vertritt. Dabei zeigt sich: Die grüne Spitzenkandidatin ist die Wunschkandidatin des Globalisten Klaus Schwab und seines Weltwirtschaftsforums. Sie absolviert dort ein 5-jähriges Führungs-Ausbildungsprogramm und wurde zur »Jungen globalen Führerin« (Young Global Leader) gekürt. Aus dieser Kaderschmiede der Globalisten sind unter anderen auch die spätere Bundeskanzlerin Angela Merkel, der spätere spanische Ministerpräsident Aznar, der spätere EU-Kommissionschef Barroso, der spätere britische Regierungschef Blair und sein späterer Finanzminister Brown sowie der spätere französische Regierungschef Sarkozy hervorgegangen. So würde auch mit Baerbock wieder eine willfährige Handlangerin der Eliten an die Macht kommen.

»Mein Ziel ist eine Regierung zu bilden.«

In diesem aufsehenerregenden Buch bekommen Sie brisante Antworten auf Fragen, wie etwa:

- Was hat es mit dem grünen »Geheimpapier« »Societal Transformation Scenario« auf sich?
- Warum sind die Agenda des Weltwirtschaftsforums und das Programm der Grünen nahezu identisch?
- Was haben George Soros und Black Lives Matter mit Baerbock zu tun?
- Welche Ministerposten könnten Baerbock, Habeck & Co. in einer neuen Regierung besetzen?

Außerdem erfahren Sie,

- wie es mit der Welt »nach Corona« weitergehen soll;
- wie die Ökosozialisten einen »besseren« Menschen kreieren wollen;
- wie radikal unser Vermögen künftig »umverteilt« werden soll;
- warum das grüne Klimadiktat mehr Staat, mehr Verbote, weniger Freiheit, dafür Entmündigung und Kontrolle bedeutet.



Michael Grandt: »Junge globale Führerin« gebunden • 239 Seiten • Best.-Nr. 984 300 • 20,60 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

FRÄNKISCHE HOHENZOLLERN

Die Residenz des „Wilden Markgrafen“

Auf dem Hohenzollern-Radweg unterwegs nach Ansbach – König Friedrich II. ließ sich hier von der Rokoko-Pracht imponieren

VON HELGA SCHNEHAGEN

Nur fünf Kilometer trennen Neuendettelsau von Windsbach. Das Wappen mit dem Zollernschild und dem Wellenbalken charakterisiert den Ort (6000 Einwohner) bis heute ebenso wie die hübsche historische Altstadt aus der Markgrafenzeit und die Lage im idyllischen Tal der Fränkischen Rezat. Entlang des Flusses verläuft der Hohenzollern-Radweg bis zum Schlossplatz von Ansbach.

Zuvor sollte man kurz in Lichtenau Station machen. Seine Zufahrt durch das Obere Tor mit dem Heimatmuseum ist leicht zu übersehen. Die Exklave der Stadt Nürnberg war ein bohrender Stachel im Fleisch der Ansbacher Markgrafen, den sie trotz aller Kämpfe nie ziehen konnten. Erst mit dem Übergang an Bayern 1806 endeten die 400-jährigen Streitereien.

Über den Marktplatz mit seinen Voluten-Giebel-Häusern erreicht man ein wahres Prachtwerk der Renaissance: die perfekt sanierte Burg Lichtenau. Über hundert Jahre schrieb sie als Gefängnis und Zuchthaus bayerische Justizgeschichte. Seit 1983 ist sie Außenstelle des Staatsarchivs Nürnberg mit über 16 Kilometern Archivmaterial. Die Flächenburg samt Mauer und Bastionen ist von außen frei zugänglich.

Die Fahrt endet mit Glanz und Gloria vor dem Ansbacher Schloss. 1331 hatten die Hohenzollern Stadt und Stift (1563 aufgelöst) Ansbach erworben, ab 1456 bauten sie den Ort zur markgräflichen Residenz aus. Die Cadolzburg wurde mehr und mehr zur Nebenresidenz und zum bevorzugten Jagdschloss.

Insgesamt 13 regierende Markgrafen residierten in Ansbach (um 42.000 Einwohner), darunter eine Frau, Markgräfin Christiane Charlotte. Nach dem Tod ihres Mannes Wilhelm Friedrich war sie ab 1723 bis zur Volljährigkeit ihres Sohnes Carl Wilhelm Friedrich (CWF), dem „Wilden Markgrafen“, Vormund und Landesherin. CWF wurde 1729 im Alter von 17 Jahren nicht nur für volljährig erklärt, sondern auch mit der erst 14-jährigen Friederike Luise, Tochter von König Wilhelm I. von Preußen, verheiratet.

So unglücklich diese Ehe auch war, so prachtvoll wurde Ansbach ausgebaut. Um den Bruder beziehungsweise Schwager Friedrich II. bei seinem Besuch 1743 zu beeindrucken, vollendete man mit Hoch-



Ansbacher Schmuckstück: Die Orangerie, die von Christiane Charlotte, der Ehefrau Wilhelm Friedrichs von Brandenburg-Ansbach, vollendet wurde

druck die Ausstattung der Residenz mit Frankens bedeutendsten Rokoko-Räumen. Ansbachs Rokoko-Festspiele, die im Juli stattgefunden haben, erinnern als kultureller Höhepunkt bis heute an das Maskenfest, das man Friedrich zu Ehren gab. Er soll dabei Flöte gespielt haben.

CWF amüsierte sich underdessen mit zahlreichen Affären und der Beizjagd, für die er den größten Falkenhof Europas unterhielt. 1734 vermählte er sich unter dem Namen „Unteroffizier Falk“ mit der Tochter des markgräflichen Falkners und ließ den illegitimen Nachwuchs zu Freiherrn von Falkenhausen erheben.

Verkauf an Preußen

In Ansbach war der doppelgeschossige Festsaal mit einem Deckenfresko von Carlo Carlone schon zur Taufe des legitimen Sohnes Alexander 1736 fertig geworden. Aus dem Rahmen fällt der Kachelsaal mit rund 2800 Fliesen aus der ehemaligen Ansbacher Fayencemanufaktur, die Carl Wilhelm Friedrichs Eltern 1710 gegründet hatten. Von klassizistischer Nüchternheit ist der Raum, von dem aus Freiherr Karl

August von Hardenberg als dirigierender Minister die markgräflichen Territorien später verwaltete.

Die Markgräftümer Ansbach und Kulmbach/Bayreuth sind mehrfach in Personalunion regiert worden. So auch unter ihrem letzten Markgrafen Alexander. 1791 wurde zu ihrem Schicksalsjahr. Alexander verkaufte seine Fürstentümer gegen eine jährliche Leibrente an Preußen, heiratete seine Geliebte, die englische Schriftstellerin Elizabeth Craven, nachdem die jeweiligen Ehepartner der beiden im selben Jahr gestorben waren, und widmete sich in England der Pferdezucht.

Preußens Gastspiel in Franken endete 1806 beziehungsweise 1810 mit der Übergabe der Fürstentümer durch Napoleon an das Königreich Bayern. Mit dem Ende der Markgrafenfamilie war Ansbach zur Provinzstadt geworden, wodurch sie bis heute den noblen Charme einer barocken Residenzstadt bewahren konnte. Denn für ihre Modernisierung hatte sich offensichtlich nie jemand interessiert.

An die Wiege Preußens in Ansbach erinnert die Bronzeskulptur für Markgraf

Albrecht von Brandenburg-Ansbach in der Reitbahn neben dem Schloss. Der Sohn von Friedrich d. Ä. und Sophie war als letzter in Hochmeister des Deutschen Ordens in Preußen (1511–1525), Gründer des Herzogtums Preußen und bis 1568 dessen erster Herzog. Er gründete 1544 die Universität in Königsberg und leitete die längste Friedens- und Aussöhnungsphase im baltischen, preußischen, polnischen und russischen Raum ein.

Nach dem Aussterben der fränkisch-preußischen Hohenzollern im Mannesstamm gelangte das Herzogtum ab 1618 in Personalunion an das Kurfürstentum Brandenburg.

Gegenüber ragt unübersehbar die Dreiturmfassade der ehemaligen Stifts- und Hofkirche St. Gumbertus empor. In der Georgskapelle stiftete Markgraf Albrecht Achilles 1459 für die Ordensmitglieder in Franken eine zweite Schwanenritterkapelle. Im Sockel des von ihm gestifteten Altars ließ er sich und seine zweite Frau Anna von Sachsen abbilden.

Unter der Schwanenritterkapelle befindet sich seit 1976 die Grablege der

Markgrafen und ihrer Familien, darunter auch die von Friederike Luise, Schwester Friedrichs des Großen.

Nachdem Soldaten im Dreißigjährigen Krieg die Grablege in Heilsbronn verwüstet hatten, wurde sie zuerst in die Johanniskirche und ab 1976 sukzessive in die Gruft von St. Gumbertus in Ansbach verlegt. Kunstvoll unter den 25 Särgen von 1665 bis 1791 sind nur die Sarkophage von Georg Friedrich d. J. († 1703) und Wilhelm Friedrich († 1723). Ab 1730 werden die Säрге nur noch von Samt umspannt – vorbei war es mit der Glorifizierung der Fürstenfamilie.

Im Glanz des 18. Jahrhunderts sonnt sich dagegen bis heute die Orangerie auf der Ostseite von Ansbachs Schlossplatz. Das legendäre Café-Restaurant ist der Logenplatz im Hofgarten mit seiner barocken Blumenpracht. Stilvoller kann eine Reise nicht enden.

● **Internet** www.ansbach.de; Übernachtung: Hotel Platengarten, Promenade 30, 91522 Ansbach, stilvolles historisches Gebäude-Ensemble direkt am Schlossplatz

ORTSBESICHTIGUNG

Wo das Zentgericht mit dem Tode droht

Ein Ausflug in den südhessischen Odenwaldkreis – Michelstadt fasziniert mit nahezu unberührten mittelalterlichen Bauten

Besucher stehen erst einmal einigermaßen ratlos auf dem Marktplatz von Michelstadt und begutachten das Gebäude mit den spitzen Türmchen und dem hölzernen Unterbau. Touristen aus Übersee bekommen dabei Schnappatmung, weil das ganze Ensemble so unglaublich alt aussieht. Und dann hört man es tuscheln: „Das kann doch nicht echt sein.“

Kurzzeitig vermuten die Touristen sogar, dass sie sich eventuell in eine Lego-Land-Filiale verirrt haben, doch dann lesen sie eine in Stein gemeißelte Zahl in für die Spätgotik typischen arabischen Ziffern auf der Seitenwand: 1484. Ein derart gut erhaltenes Verwaltungsgebäude, eingebettet in ein historisches Gesamtensemble, ist in Deutschland sehr selten, sodass das Michelstädter Rathaus sogar

einmal auf einer Briefmarke der Deutschen Bundespost verewigt wurde.

Das ganze Ambiente des Marktplatzes ist in der Tat außergewöhnlich. Wäre da nicht die Zusammenwürfelung von Baustilen aus verschiedenen Epochen, so könnte man sich im Unterbau auch im Mittelalter wäghen. Marktstände, Tiere, feilschende Menschen, ein Gewusel, Staub und ohrenbetäubender Lärm auf einem abgeschiedenen Marktflecken vor 535 Jahren. Eine sehr ferne Zeit, die man sich heute kaum vorstellen kann, sodass auch das Rathaus wie ein Fremdkörper wirken kann.

Im Rathaus ging es mit Sicherheit oft sehr ruppig zu, weil dort das Zentgericht im Unterbau tagte. Ganz üble Gesellen, die das Pech hatten, zum Tode verurteilt



Das Alte Rathaus in Michelstadt

zu werden, mussten den langen schweren „Centhweg“ gehen, der schnurstracks zum Michelstädter Galgen führte, der etwas außerhalb der Stadtmauer lag. Kurzzeitig sah man im 17. Jahrhundert von dieser Hinrichtungsmethode ab und köpfte die unglücklichen Verbrecher stattdessen.

Aber es ist nicht nur das berühmte Michelstädter Rathaus, das einen in Staunen versetzt. Nur unweit vom Ortskern entfernt, findet man im Stadtteil Steinbach die nächste Rarität.

Und wieder glaubt man es kaum. Zwischen 815 und 827 soll sie erbaut worden sein, die Basilika aus der Karolingerzeit, und zwar von Einhard, seines Zeichens Hofgelehrter, Biograph Karls des Großen und zudem Vertrauter von einem gewissen Ludwig dem Frommen. Die Einhards-

basilika ist architektonisch gesehen eine Sensation, denn sie zählt in Deutschland zu den erhaltenen Bauwerken der Karolinger, die man nur noch an einer Hand abzählen kann. Zu ihnen gehört auch die Torhalle des ehemaligen Klosters in Lorsch in Hessen, die seit 1991 zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt.

In der Basilika herrschte bis vor Kurzem eine meditative Stille. Fast glaubte man einen Mönchschor im Hintergrund einen Choral singen zu hören, doch es war wohl das unvorstellbare Alter des Bauwerks, das bei Besuchern mit zu viel Phantasie Halluzinationen hervorrufen konnte. Nach dem Lockdown erscheinen die Reisebusse wieder wie eine apokalyptische Vision am Horizont und zerstören jäh die himmlische Ruhe. *Bettina Müller*

FÜR SIE GELESEN

Männer und Frauen im Beruf

Die Gegenwart und Zukunft erforderten eine neue Art der Zusammenarbeit zwischen Männern und Frauen, lassen die Autoren Ruth Terink und Richard Schneebauer in ihrem Ratgeber „Typisch Mann, typisch Frau?“ wissen. Die Unternehmensberaterin und der Soziologe, seit 20 Jahren in der Männerberatung des Landes Oberösterreich tätig, haben sich vorgenommen, das berufliche Miteinander der Geschlechter zu optimieren.

In erster Linie geht es darum, was Frauen und Männer voneinander lernen können. Und das sei eine Menge, so die Autoren. Obwohl starre Geschlechterbilder im 21. Jahrhundert langsam aussterben, zeigen Studien, dass immer noch Männer die Kunst des Aufstiegs am besten beherrschen und dass sich Frauen und Männer im Berufsleben verschieden verhalten. Doch wie unterschiedlich sind beide Geschlechter? Und ist es Veranlagung, Erziehung oder von allem etwas?

Die Broschur ist gewissermaßen eine Art handlicher Taschencoach mit vielen Tipps und Anleitungen für beide Geschlechter. Aufschlussreich zeigen die einzelnen Kapitel das Geschlechterverhalten. Männer und Frauen folgen zum Beispiel unterschiedlichen Kommunikationsregeln mit anderen Erwartungen an das Kommunikationsverhalten des Gegenübers, was oft zu Konflikten führen kann. So sei nach Meinung einiger Soziologen die weibliche Sprache eher als Beziehungssprache einzustufen mit dem Ziel, die Beziehungsebene zu fördern und Verbindungen aufzubauen im Gegensatz zur männlichen Berichtssprache, die vorrangig Informationen vermitteln und Rangfolgen klarzumachen versuche.

Vage Formulierungen der Frauen, gerne im Konjunktiv und hypothetisch, unterschieden sich deutlich von der Sprache der Männer, die Dinge als gegeben darstellten. Die Art, wie Frauen kommunizieren, könne von Männern als Unentschlossenheit und Unsicherheit aufgefasst werden. So sei es nicht verwunderlich, dass Frauen sich in Führungspositionen oft an männlichen Vorbildern orientieren und deren Verhalten übernehmen.

Dabei zeige eine US-Studie zur Untersuchung der kollektiven Intelligenz von Gruppen im Vergleich zu der der einzelnen Mitglieder, dass die Intelligenz der Gruppe umso höher war, je mehr soziale Sensibilität sie hatte, je ausgeglichener die Gelegenheiten der Wortbeiträge untereinander und je größer der Frauenanteil waren. Daraus wurde geschlossen, dass Frauen einen wesentlichen Beitrag leisten, um ein Ganzes zu schaffen, das mehr ist als die Summe seiner Teile.

Nach Ansicht der Autoren ergänzen sich Männer und Frauen im Berufsleben hervorragend – wenn man sie nur lasse. Unternehmen täten also gut daran, die unterschiedlichen Kompetenzen perfekt zu mixen. Dazu gehöre auch, die Geschlechter mit speziellen Programmen individuell zu fördern.

Silvia Friedrich



Ruth Terink/Richard Schneebauer: „Typisch Mann, typisch Frau. Wie Frauen und Männer noch besser zusammenarbeiten“, Haufe Verlag, Freiburg im Breisgau 2021, broschiert, 128 Seiten, 9,95 Euro

KULTURGESCHICHTE



FOTO: SHUTTERSTOCK

Vielfältig genutztes Symbol

Sinnbild der Liebe, Erkennungszeichen unter Geheimbüdlern oder Träne des Propheten Mohammed – die Rose hat von den frühen Hochkulturen des Alten Orient über das christliche Mittelalter bis in die Gegenwart eine charakteristische Bedeutung

Charakteristisches Sinnbild Die Rose ist nicht nur ein sehr beliebtes und ästhetisch ansprechendes Gewächs, sondern auch ein vielfältig genutztes Symbol bildlicher oder anderweitiger Art.

Mit dem Einsatz beziehungsweise der Bedeutung dieses sehr charakteristischen Sinnbildes, das unter anderem als Erkennungszeichen unter Geheimbüdlern diente, befasst sich die Germanistin und Historikerin Hella Soldan in ihrem Werk „Mit Rosen bedacht. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des Rosensymbols“. Darin spannt sie den Bogen von den frühen Hochkul-

turen des Alten Orients über die griechisch-römische Antike und das christliche Mittelalter bis hin ins Industriezeitalter sowie dann schließlich auch bis zur unmittelbaren Gegenwart.

Soldan offenbart dabei umfassende Kenntnisse in Bezug auf die Thematik, welche teilweise sogar eine gewisse Alltagsrelevanz hat. So erfährt der Leser beispielsweise, dass Rosen für gläubige Muslime die Tränen des Propheten Mohammed symbolisieren, weswegen es im Islam als Sakrileg gilt, auf Rosenblüten oder -blätter zu treten.

Neben seiner inhaltlichen Qualität besticht das Buch auch durch die hochwertige, ja fast schon opulente Ausstattung sowie die ebenso reichliche wie informative Bebilderung: Rund 150 Fotos, Zeichnungen und Gemälde verdeutlichen die Aussagen von Soldan auf sehr gelungene Weise.

Wolfgang Kaufmann

Hella Soldan: „Mit Rosen bedacht. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des Rosensymbols“, Basiliskens-Presse, Marburg an der Lahn 2021, gebunden, 215 Seiten, 36 Euro

MEDIENKRITIK

Manipulation statt Aufklärung

Klaus Kunze zeigt, wie gebührenfinanzierte Medien ihren Auftrag, zu informieren, umgehen

VON BERND KALLINA

Nicht der Besitz von Produktionsmitteln im Sinne der Güterproduktion, sondern der Besitz von Produktionsmitteln im Sinne von Sinnproduktion, der Bewusstseins- und Normbeherrschung einer Bevölkerung machen heute die Fronten der Klassenherrschaft aus.“ Diesen Schluss zog schon zu Beginn der 1970er Jahre der renommierte Sozialwissenschaftler Helmut Schelsky in seinem Werk „Die Arbeit tun die anderen – Priesterherrschaft der Intellektuellen“.

In dem lesenswerten Buch „Die sanfte Gehirnwäsche. Wie die öffentlich-rechtlichen Medien uns umformen“, greift der Autor Klaus Kunze diese herrschaftssociologische Basis-Betrachtung auf und erläutert mittels vieler Beispiele manipulative Wirkungszusammenhänge unserer öffentlich-rechtlichen Massenmedien.

Vorweg muss seitens des Rezensenten aber darauf hingewiesen werden, dass ein negatives Pauschalurteil über unsere Massenmedien unangemessen wäre. Es gibt nämlich eine Fülle hervorragender Sendungen. So zum Beispiel handwerklich wunderbar gemachte Tier- und Naturfilme, Reiseberichte über landschaftliche Schönheiten, mitreißende Sportübertragungen, hilfreiche Straßen-Verkehrsmeldungen sowie Reportagen über größere Unfälle, nicht zuletzt kulinarische Fernseh-Schauenster für Kochrezepte und sicherlich auch die abendlichen Wetterberichte. Motto: Das Wetter kann am nächsten Tag schön sein, obwohl es ARD oder ZDF gemeldet haben.

Aber überall dort, wo es um politische, gesellschaftliche, kulturelle oder zeitgeschichtlich strittige Fragen geht, sind oft-

mals gängelnde Interpreten am Werk, die journalistische Meinungsmacht zur verstörenden Manipulation missbrauchen. Ihr Ziel: Die „Umformung der Gesellschaft“, wie Kunze hervorhebt.

Was hingegen die Mehrheit der Bevölkerung zur illegalen Massenzuwanderung oder zur Thematisierung abweichender sexueller Orientierungen von Minderheiten denkt und fühlt, findet in den Programmen kaum Erwähnung. Hauptsache die weltanschauliche Richtung stimmt – und die erweist sich als zeitgeistig-verkürzt: vom „bunten“ Krimi mit „diverser“ Rollenbesetzung zur abstoßenden Gender-Schluckauf-Sprache, über die tägliche Dauerbewältigung des Dritten Reiches bis hin zum ewigen „Kampf gegen Rechts.“

Gängelnde Interpreten am Werk

Der Autor gliedert seine Felddescription von „fehlorientierten“ Rundfunkmedien in drei große Hauptkapitel: „Der Zustand“, „Die Rechtslage“ und „Die Herrschaftstechniken“. Kunze veranschaulicht dies in exkursorischen Einschüben wie „Die Wirklichkeit wird umgedreht“, „Ideologische Schleicherwerbung“, „Verkündung statt Information“ oder „Das Menschenbild der Meinungsmacher“. Gleich auf den ersten Seiten seines lesenswerten Buches präzisiert der Autor: „Am Anfang war das Wort! Beginnen wir also bei der Manipulation der Sprache“ und unterrichtet die Leser über das Modell „Begriffsmikado“, „ein beliebter Zeitvertreib für gesellschaftlich engagierte Sozialklempler“.

Die Ergebnisse derartiger „Umformungen“ sind vielfältig zu beobachten: Beispielsweise bei der Fälschung von Herkunft deutscher Landsleute aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches.

Schnell wurde im Zeichen der neuen Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel in den 1970er Jahren aus Ostdeutschland, also aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland, plötzlich Polen, Russland oder Tschechoslowakei. Und das traditionelle Mitteldeutschland der inzwischen untergegangenen DDR mutierte – erkennbar geographie- und geschichtswidrig – im Gefolge der 1989er Friedlichen Revolution flugs zu „Ostdeutschland“.

Im Abschnitt „Die Rechtslage“ bei unseren durch Gebührenbeiträge finanzierten Medien wird vor allem eines sonnenklar: Es klafft eine immer größer werdende Lücke zwischen dem theoretischen Postulat der staatsvertraglich festgelegten Pflicht zur „Ausgewogenheit“ und seiner überall erkennbaren abweichenden Praxis, der Sündenfall schlechthin sozusagen. Denn: Berichteten die kritisierten Medien wenigstens „relativ ausgewogen“, verlöre der Unmut über sie schnell an Bedeutung. Doch das ist nicht der Fall.

Fehlende Ausgewogenheit

Ein besonders auffälliges Beispiel stellt die skandalöse Berichterstattung beziehungsweise „Nicht-Berichterstattung“ der öffentlich-rechtlichen Medien über die größte Oppositionspartei im Deutschen Bundestag dar, die AfD: Schon bei den Nachrichtensendungen von ARD und ZDF fällt auf, dass alle anderen im Parlament vertretenen Parteien ausgiebig und – gemessen am Wahlergebnis – unverhältnismäßig häufig zu Wort kommen, nur die AfD nicht. Ausnahmen: Negativ-Meldungen über diese Partei, zum Beispiel bei internen Konflikten oder wenn es um geheimdienstliche Verdachts-Stellungnahmen geht, deren Behauptungen einfach

eins zu eins übernommen werden – ohne sie „kritisch zu hinterfragen“, um eine 68er Floskel zu gebrauchen. Statements von Verfassungsschutzämtern über die AfD werden wie monströse Staatsoffenbarungen weitergereicht, die unzulässige Gleichsetzung von „rechts“ mit „rechts-extrem“ ebenso.

Auch fragt sich der an Ausgewogenheit interessierte Medienkonsument, warum in öffentlich-rechtlichen Diskussionsrunden nie die Chefredakteure der aufgabenstarken konservativen Wochenzeitungen „Junge Freiheit“ (JF) oder der PAZ eingeladen werden. Es drängt sich der fatale Eindruck auf, dass hier ein tatsächlich „herrschaftsfreier Diskurs“ (Jürgen Habermas) mit oppositionellen Kollagen aus dem rechten Lager verhindert werden soll. Bei den meinungsbildenden sogenannten Polit-Talkshows „Anne Will“, „Hart aber fair“, „Maischberger“ sowie „Maybrit Illner“ sieht es ebenfalls nach reinen „Closed-Shop-Runden“ aus.

Fazit: „Unsere öffentlich-rechtlichen Medien sind inzwischen zu einem reinen Machtinstrument herrschender Kreise geworden“, so der Autor und weiter: „Einen Ausweg aus dem Irrgarten von Täuschung und Lügen können wir nicht finden, bevor wir ihre Funktionsweise begreifen.“



Klaus Kunze: „Die sanfte Gehirnwäsche – Wie die öffentlich-rechtlichen Medien uns umformen“, WPR Wirtschafts- und Verbands-PR GmbH, Hamburg 2020, gebunden, 190 Seiten, 19,90 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg
Telefon 09 31 / 45 26 5035
Telefax 09 31 / 45 26 5036

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
Tel. 09 31 / 45 26 50 35
Flechsig Medienvertrieb



CD – Lorbas und Marjellchen – Heiteres aus Ostpreußen
Ostpreußische Texte in ostpreußischer Mundart werden auf dieser CD präsentiert. Dazu ertönen ostpreußische Lieder. Mit Texten von Robert Johannes und anderen. Gestaltung Dr. Herbert Hefft. Aus dem Inhalt: Zogen einst fünf wilde Schwäne, Der Bauer Schneidereit, Öck böen emol önnne Stadt gewäse, Mein Jettchen u.v.m. Gesamtspielzeit 29 Minuten
Nr. P 533200 CD 12,95 €



M. Haslinger/Ruth Maria Wagner
Rezepte aus der guten ostpreußischen Küche
Von Beetenbartsch bis Schmandschinken
Mit vielen herzhaften Rezepten aus der ostpreußischen Küche, leckeren Vor- und Hauptspeisen, Backwerk, Marzipan uvm. 162 Seiten
Nr. P 1009 Gebunden 14,95 €



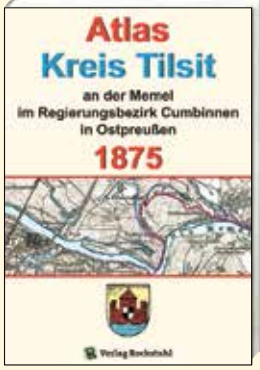
CD – Heiteres aus Ostpreußen – Humor'chen aus Ostpreußen – Geschichten, Anekdoten, Dammeleien
Rudi Meitsch erzählt vom Bullenball in Insterburg, dem Flohche, vom dicken Buttgeret und vielem mehr. Aus dem Inhalt: Heringe für die Domnauer, Ostpreußen und ihre Pferde, Schulmeister auf der Kurischen Nehrung. Die CD enthält 43 Tracks und hat ein Gesamtspielzeit von 51 Minuten
Nr. P 533058 CD 12,95 €



CD – Heiteres aus Ostpreußen – Mannchen ham wir gelacht! – Ostpreußische Vertellkes
Manfred aus Preußisch-Eylau und Eduard aus Insterburg erzählen von Bauer Grigoleit, von Kaukehmen, Skaigsirren, Plebischken und vielem mehr. Und auch das Lied „Ännchen von Tharau“ erklingt, sogar auf „ostpreußische Platt“. 23 Tracks. (Gesamtspielzeit: 32 Minuten).
Nr. P 533059 CD 12,95 €



Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen. Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m.
Nr. P 5875 CD 12,90 €



Harald Rockstuhl
Atlas Kreis Tilsit an der Memel im Regierungsbezirk Gumbinnen in Ostpreußen 1875
Reprint von 1875. Die ursprüngliche Karte im Maßstab von 1:100 000 wurde auf 153 % vergrößert. Herausgegeben von der Kartogr. Abteilung der Königl. Preuss. Landesaufnahme 1875 – Aufgenommen vom Königl. Preuss. Generalstab 1860–1867. In 4 Farben gedruckt. 24 Seiten
Nr. P A1401 Kartoniert 19,95 €



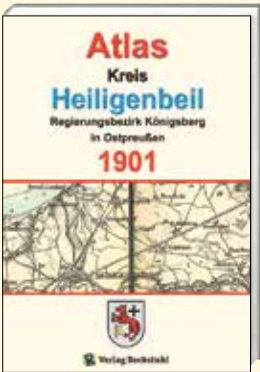
W. Haupt
Königsberg, Breslau, Wien, Berlin 1945
Der Bildbericht vom Ende der Ostfront
Dieser Bildband dokumentiert das militärische Geschehen in Ostpreußen und Schlesien bis zum Ende in Wien und Berlin mit eindrucksvollen Fotos, darunter viele in Farbe.
192 S., 42 s/w-Abb. und 16 Farbtafeln
Nr. P A1643 Kartoniert 14,95 €



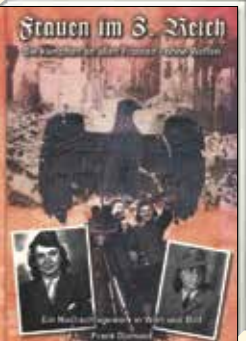
H. W. Sontag
E. Wollenberg
Als der Osten brannte
Als der Osten brannte. Die unglaublichen Erlebnisse eines Jungen 1944/45. 160 Seiten, zahlreiche s/w Abb. und Skizzen
Nr. P A1674 Kartoniert 9,95 €



Atlas Kreis Fischhausen
Regierungsbezirk Königsberg in Ostpreußen 1893
Herausgegeben von der Kartogr. Abteilung der Königl. Preuss. Landesaufnahme 1876/1893. Aufgenommen vom Königl. Preuss. Generalstab 1859 1864, einzelne Nachträge 1893- Reprint - neu als Broschur in A 4 mit Rückstich. Die ursprüngliche Karte im Maßstab von 1:100 000 wurde auf 175 % vergrößert. Mit Eisenbahnstrecken, Mühlen, Kirchen, Friedhöfen, Förstereien, Denkmälern und Wiesen, Weiden, Heide, Ödland, und trockenes Moor und vieles mehr.
48 Seiten
Nr. P A1647 Kartoniert 19,95 €



Harald Rockstuhl
Atlas Kreis Heiligenbeil 1901 – Regierungsbezirk Königsberg in Ostpreußen
Reprint von 1901. Die ursprüngliche Karte im Maßstab von 1:100 000 wurde auf 190 % vergrößert. Herausgegeben von der Kartogr. Abteilung der Königl. Preuss. Landesaufnahme 1875 – Aufgenommen vom Königl. Preuss. Generalstab 1860–1867. In 4 Farben gedruckt. 48 Seiten
Nr. P A1402 Kartoniert 19,95 €



Frank Djemant
Frauen im 3. Reich
Fast eine halbe Million Frauen zogen für Deutschland in den 2. Weltkrieg. Sie waren als Nachrichtenhelferinnen, Verwaltungskräfte, in Pflege- und Sanitätsdiensten und in der Rüstungsindustrie sowie im öffentlichen Dienst eingesetzt. Dieses Buch zeigt die Frauen in NS-Deutschland im Einsatz für eine vermeintlich gute Sache.
72 Seiten, ca.450 S/W- und Farbbilder
Nr. P A1607 Gebunden 19,90 €



Deutscher Schulatlas
Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
Nr. P 9965 Gebunden 9,99 €

Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlases. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheinens des Atlases im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm. 48 Seiten

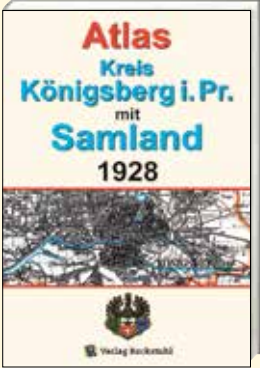
Siegfried von Vegesack hat in seiner großartigen Romantrilogie vom Schicksal der Baltendeutschen ein faszinierendes Panorama einer versunkenen Kultur- und Gesellschaftsschicht gezeichnet. Am Beginn entfaltet sich in berührenden Bildern das Leben auf einem großen Gutshof, poetisch, unverkitscht und mit wachem Auge für die soziale Wirklichkeit geschildert. Später treten die politischen und sozialen Spannungen zwischen Deutschen und Russen einerseits, der Herrschicht und den weitgehend rechtlosen Esten und Letten andererseits immer stärker ins Blickfeld, bis Vegesack schließlich den Untergang der deutschen Kultur im Baltikum in den Wirren des Ersten Weltkriegs, der bolschewistischen Aufstände und der Freikorpskämpfe schildert.



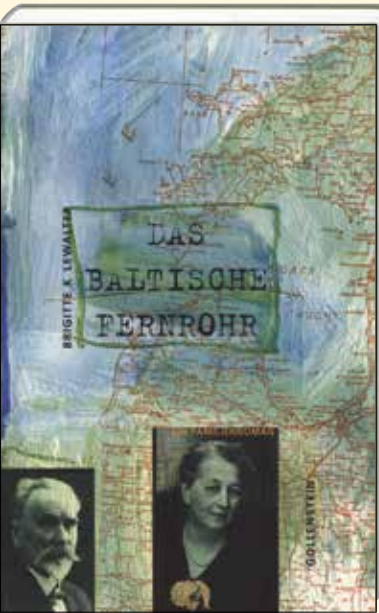
Siegfried von Vegesack
Die baltische Tragödie
520 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 9627 19,90 €



Katja Lipinski
Frauen an die Front
Von 1939 bis Kriegsende 1945
Von 1939 bis Kriegsende 1945. Die bekannte Autorin beschreibt in ihrem Buch die Flucht einer Luftwaffen-Stabschelferin aus dem Urwald Laplands, wo man sie buchstäblich beim Rückzug am Inari-See vergessen hat. Ohne Marschbefehl und Unterstützung schlägt sie sich über Narvik in Norwegen bis ins zerstörte Deutschland durch.160 S. Abb aus Privatarchiven
Nr. P A1641 Kartoniert 10,10 €



Harald Rockstuhl
Atlas Kreis Königsberg in Preußen mit Samland 1928
Historische Karten Ostpreußen
Reprint von 1928 des Zusammendruckes aus den Karten des Deutschen Reiches 1:100 000. Hrsg. vom Reichsamt für Landesaufnahme Berlin. Mit Messtischblatt-Begrenzungen und Messtischblatt-Nummern. In 4 Farben gedruckt. 48 Seiten.
Nr. P A1341 Kartoniert 19,95 €



Brigitte Lewalter
Das baltische Fernrohr
Ein Familienroman
Dem Zaren Vasallentreue geschworen, dem Ostseeraum zugehörig, versuchen die Deutschbalten ihre Lebensart gegenüber den Russen zu verteidigen und in das neue Jahrhundert hinüberzuretten. Romanhaft verdichtete Biografien ranken sich um das Leben der 1868 in Südrussland geborenen Helene Neumann. Sie ist die Tochter eines baltendeutschen Arztes und Großmutter der Autorin. Helenes verwitwete Mutter kehrt 1878 mit ihren Kindern nach Nordlivland zurück. Helene heiratet einen Tierarzt, zieht mit ihm nach Riga und verbringt dort an seiner Seite mehr als vier Jahrzehnte. Mit wachen Sinnen erlebt sie den Zerfall des Zarenreiches und die Schrecken der lettischen Revolution 1905. Sie erleidet im Zuge des Ersten Weltkrieges die bolschewistische Besetzung Rigas, erlebt die Befreiung der Stadt und die Gründung des lettischen Staates. Das baltische Fernrohr ist zugleich eine beeindruckende Schilderung des Endes einer Epoche und des Kampfes der Letten um ihre Unabhängigkeit. Zerfall und Auflösung einer Gesellschaft spiegeln sich in einem facettenreichen Familienporträt. 389 Seiten
Nr. P A1623 Gebunden mit farbigem Schutzumschlag 16,95 €

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31/ 45 26 50 35
Telefax 09 31/ 45 26 50 36
Email flechsigmedien@web.de
Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,90*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
Straße/Nr.	Telefon
PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● **AUFGESCHNAPPT**

Eren Ünsal ist enttäuscht. Wie die „taz“ berichtet, beklagt die Leiterin der Berliner „Landesstelle für Gleichbehandlung“, dass von einem Internet-Portal der Senatsverwaltung für Justiz, auf dem man seit April anonym „diskriminierende und sexistische Werbung“ melden kann, kaum Gebrauch gemacht werde. Lediglich fünf entsprechende Hinweise seien bis Ende August eingegangen, zwei davon als tatsächlich diskriminierend eingestuft worden. Auf die Unternehmen sei man zugegangen. Ünsal erklärte, die „kritische Auseinandersetzung mit Werbung“ solle gefördert werden. Die Bewertung erfolgt durch eine neunköpfige Jury. In der Selbstdarstellung heißt es, diese sei „multiprofessionell, divers, ehrenamtlich und unabhängig mit Fachleuten aus unterschiedlichen Handlungsfeldern der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit“ besetzt. Laut „taz“ müsse das „Meldeangebot“ nun noch bekannter gemacht werden. Die Zeitung gibt sich gewiss: „Mehr als nur fünf Reklamen gibt es in jedem Fall zu melden.“ E.L.



Kurs halten!

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Ahmad Mansour warnt im „Focus“ (1. September) eindringlich vor der Illusion, die Taliban seien „gemäßigter“ geworden oder könnten mit Geld zu einem humaneren Handeln bewegt werden:

„Eine Gruppe, deren ideologische Basis in der wahhabitisch salafistischen sunnitischen Scharia zu finden ist, kann sich nicht verändern oder moderater werden. Denn ihr religiöses Verständnis besitzt diese Flexibilität nicht ... Es muss allen klar werden, jeder Euro, den wir der Taliban geben, um Menschen freizukaufen, bedeutet einen Euro Subvention für Menschenrechtsverletzungen vor Ort und den Aufbau von Terrorstrukturen. Über kurz oder lang, direkt oder indirekt wird dieser Terror auch uns, hier in Europa, treffen.“

Der frühere CDU-Politiker und letzte Innenminister der (seinerzeit bereits demokratisch verfassten) DDR, Peter-Michael Diestel, zieht in der „Welt“ (2. September) eine düstere Bilanz der Politik von Angela Merkel:

„Dass sie aus unserer gemeinsamen Partei eine Wischiwaschi-Partei gemacht hat, deren Inhalte man nicht mehr feststellen kann, das ist ein Grund meiner Unzufriedenheit mit ihrer Tätigkeit ... Und ich bin ganz sicher, dass die CDU auf einem Weg ist, sich gegenstandslos zu machen, wenn sie so weiterarbeitet. Sie werden einen großen Einschnitt erleben als Christdemokraten, wenn Angela Merkel nicht mehr Kanzlerin ist.“

Die Lohnforderung der Lokführer liegt deutlich unter der erwarteten Inflationsrate, trotzdem sind sie wegen des Streiks zum Buhmann geworden. Angelika Barbe empfindet das als ungerecht, wie sie im Blog der PAZ-Autorin Vera Lengsfeld (1. September) schreibt:

„Herr Pofalla (CDU) bekommt als Bahnvorstand 1,8 Million Euro Jahresgehalt, während Lokführer, die eine hohe Verantwortung für die sichere Personenbeförderung tragen, mit Almosen abgespeist werden sollen ... Wir Bürger sollten uns nicht von der Anti-GDL-Kampagne des Bahnvorstand vereinnahmen lassen. Wer kritisieren will, kann es tun – dann aber die Verantwortlichen. Hier werden die Passagiere bewusst auf die Lokführer gehetzt und die Spaltung der Gesellschaft vertieft.“

● **WORT DER WOCHE**

„Die Taliban wollen einen Staat aufbauen. Eine ehemalige deutsche Küchenkraft tut denen nichts. Sie zu verfolgen, würde ihnen nur unnötige Feinde in der Bevölkerung schaffen.“

Marco Hochstein, Afghanistan-Veteran der Bundeswehr, zweifelt in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (3. September) daran, dass alle deutschen Ortskräfte nun von den Taliban bedroht seien

DER WOCHENRÜCKBLICK

Dort hui, hier pfui

Warum „Nation Building“ die Rettung bringen soll, wo „Nation“ doch als rückwärtsgewandt gilt

VON HANS HECKEL

Es hätte so schön werden sollen. „Nation Building“ lautete das Zauberwort, auf dem alle Träume ruhten, in Afghanistan ebenso wie in Libyen oder dem Irak. Die Rechnung lautete: Wenn sich die Menschen nicht mehr nur ihren Clans, Stämmen, religiösen Führern oder gar „Warlords“ verpflichtet fühlen, sondern echte Patrioten ihres Landes werden – loyal zu ihrer demokratisch gewählten Regierung, dann komme alles andere fast von selbst: Recht und Freiheit, Frauen-Emanzipation, Bildung und Fortschritt, Frieden, Wohlstand und Stabilität.

Also all die Dinge, die unser Europa ausmachen, weshalb wir hier so gut und so gerne leben. Aber Moment mal, da fällt einem doch etwas auf: Dieselben Münder, welche den Afghanen, Libyern oder Irakern die „Nation“ als Pforte zum Glück anbieten, präsentieren sie uns Europäern, und uns Deutschen zumal, als das genaue Gegenteil, als Tor zur Hölle.

Ständig werden wir ermahnt: Wir sollen nur ja nicht „in nationale Kategorien zurückfallen“ und uns stattdessen von der „Enge nationalen Denkens“ lösen. Während die besagten Orientalen sich zu einer Nation vereinen sollen, um sich in ihr zu assimilieren, gilt es in Deutschland schon als geradezu menschenverachtend, wenn man öffentlich auf die Assimilation von Einwanderern hofft oder gar auf deren „Eindeutschung“ – welch Schreckenswort! – hinarbeitet.

„Vielfalt“ statt Assimilation

Nein, jeder Einwanderer soll ganz im Gegenteil unbedingt seine „Identität“ als Nichtdeutscher hegen und bewahren, indem er „zu seinen Wurzeln steht“. Damit die Abgrenzung von den Deutschen nicht wankt, wird den Einwanderern sogar mit viel Mühe ein Rochus auf die indigene Bevölkerung eingebläst. So sollen schwarze Immigranten auf der Hut sein vor dem „toxischen Weißsein“ der einheimischen Deutschen, weil die Teutonen nämlich alle Rassisten sind.

Die Losung heißt „Vielfalt“, was bedeutet: Als Ideal für Deutschland gilt genau jenes möglichst lose zusammenhängende Sammelsurium von ethnischen Gruppen und Grüppchen, welches Länder wie Afghanistan angeblich daran hindert, demokratisch, stabil und wohlhabend zu werden. Der Teufel an der Wand trug in unseren Gestaden Namen wie

„D-Mark-Nationalismus“, als es um den Euro ging, oder zuletzt „Impf-Nationalismus“. Kanzlerin Merkel war es sogar lieber, wenn besser erst mal gar nicht geimpft wird, solange Brüssel es nicht schafft, die Maßnahmen zu dirigieren. Nur nicht in nationaler Regie impfen, das war das Wichtigste und stand über allem. Die monatelange Verzögerung der Impfkampagne nahm Merkel dafür geduldig hin.

Beim Euro mussten wir sogar lernen, dass es beinahe unweigerlich zum Krieg führen würde, wenn wir beim Geld weiter national blieben: „Scheitert der Euro, scheitert Europa“ war die Zwillingsparole von „Europa oder Krieg“.

Wo bleibt der Krieg mit England?

Die nationsverachtenden „Europäer“, gemeint sind die Vertreter der EU, nehmen die vermaledeiten Nationen gleich von zwei Seite in die Zange. Von der einen entwinden sie den Nationalstaaten zugunsten des Brüsseler Zentralismus ein Souveränitätsrecht nach dem anderen. Von der anderen Seite kämpfen sie für ein „Europa der Regionen“. Die kleinen Regionen sollen am besten an den Nationalstaaten vorbei direkt mit der EU-Zentrale kommunizieren. Zentralisten lieben kleine Einheiten, weil sie sich von ganz oben viel leichter kontrollieren lassen als große Bundesglieder.

Warten wir ab, wie weit sie kommen. Diejenigen, die sich verängstigt in den Euro haben locken lassen, weil sie an die Behauptung „Europa oder Krieg“ geglaubt haben, müssten sich heute eigentlich verdutzt-erleichtert die Augen reiben. Denn nach dieser sagenhaften Logik müsste es nach dem Brexit längst knallen am Ärmelkanal. Tut es aber nicht und wird es auch nicht. Nanu?

Aber so erfolgreich sie beim Verdampfen der Nationen in Europa auch sein mögen, in den genannten orientalischen Ländern sind sie mit dem gegenteiligen Ziel erbärmlich gescheitert. War das nicht vorherzusehen? Hatten die großen, weisen Entscheider denn keine Fachleute, die mal einen etwas genaueren Blick auf die Versuchsobjekte des „Nation Building“ hätten werfen können?

Oder hatten die USA und mit ihnen ihre Verbündeten in Wahrheit ganz etwas anderes vor? Es gibt einen Hinweis: Hat es Sie auch schon gestört, dass uns ständig erzählt wird, die afghanischen Ortskräfte hätten „uns geholfen“ (siehe Seite 8)? War es nicht umge-

Für das Ziel, den „nationalen“ Weg um jeden Preis zu versperren, verzögerte Merkel sogar die Impfkampagne um Monate



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de